



PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Nummer 31

September 1985

Preis DM 3,50

ZUM 8. MAI 1985:

'VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG' IM DIENST DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Kaum ein politisches Ereignis hat in diesem Jahr solche Wellen geschlagen, wie der 8. Mai, der 40. Jahrestag der Kapitulation der faschistischen Wehrmacht und der Befreiung von der Hitlerbarbarei. Die Bedeutung der Geschehnisse, die sich aus Anlaß dieses Jahrestages ereignet haben, erschöpft sich nicht in der aktuellen Tagespolitik.

Über den spektakulären Aufwand um den Besuch Ronald Reagans anlässlich des 40. Jahrestags der Zerschlagung des deutschen Faschismus hinaus bleiben zwei Namen, gleichsam als stigmatisierende Zeichen, an denen der Umgang der politischen Repräsentanten der Bundesrepublik mit der faschistischen Vergangenheit ablesbar bleibt: Bitburg und Bergen-Belsen.

Diese Namen stehen für den Versuch der offiziellen Bundesrepublik, jener selbsterklärten "Rechtsnachfolgerin" des '3. Reiches', 40 Jahre nachdem der

deutsche Faschismus als Instrument des deutschen Imperialismus durch seine Zerschlagung an der Fortsetzung seiner Verbrechen an den Völkern gehindert wurde, mit dem Mantel der "christlichen Nächstenliebe" den abgrundtiefen Riß zwischen Tätern und Opfern zuzudecken.

AUS DEM INHALT

Zum "oppositionellen" 8. Mai	S. 13
Der 8. Mai in der DDR	S. 24
Freispruch für türkischen Faschisten im TIO - Prozeß	S. 35
Zur Beteiligung des deutschen Imperialismus am Völkermord in Armenien	S. 41
Unterstützt den bewaffneten Kampf gegen Rassismus und Imperialismus in Südafrika	S. 52

Diese Namen stehen für den Versuch, unterschiedlos nur noch 'Opfer der Geschichte' kennen zu wollen, seien es Angehörige der faschistischen Wehrmacht oder verfolgte und gefolterte Antifaschisten.

Diese Namen stehen für den Versuch, den Schleier der "Versöhnung über die Gräber hinweg" gleichermaßen über peinigende und mordende SS-Verbrecher und über gepeinigte und gemordete KZ-Häftlinge zu legen.

Doch Täter und Opfer sind nicht versöhnt. Kein noch so geschicktes Szenarium der Herrschenden kann dies verdecken. In bewegender Weise brachten dies die ehemaligen französischen jüdischen KZ-Häftlinge in Bergen-Belsen zum Ausdruck, die sich mit ihrem stillen Protest der Verhöhnung der Opfer durch den miteinander gekoppelten Besuch des Soldatenfriedhofs Bitburg und des KZ Bergen-Belsen entgegenstellten. Daß es am Ort ihrer Peinigung wieder deutsche Uniformen waren, die ihnen entgegentraten, um sie als Hindernisse für das "Gedenken" der Herrschenden zu entfernen, stellt den westdeutschen Staat moralisch auf die Stufe des Hitlerfaschismus, auch wenn er politisch noch keine faschistische Diktatur ist.

DER OFFIZIELLE 8. MAI IN WESTBERLIN

Für die Vertreter von Abgeordnetenhaus und Senat war bei der Durchführung ihrer Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai dieses empörend-makabre Szenarium der 'Versöhnung' von Tätern und Opfern der faschistischen deutschen Vergangenheit ebenfalls maßgeblich, haben sie doch im westdeutschen Imperialismus den gleichen Auftraggeber, auch wenn die Durchführung ohne Ronald Reagan weniger spektakuläre Verkleidung aufwies und somit weniger öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog.

Das Gedenken der offiziellen Veranstaltungen zum 8. Mai in Westberlin galt gleichermaßen allen "Opfern", die "die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und der Krieg gefordert haben", so der Präsident des Abgeordnetenhauses, Peter Rebsch (CDU) (Rebsch-Rede, S.1, Landespressedienst v. 7.5.1985), bei seiner Eröffnung der Veranstaltung im Abgeord-

netenhaus, seien es die für die Interessen des deutschen Imperialismus und Faschismus gefallenen deutschen Soldaten, derer in "Trauer und in stillem Gebet" (ebd.) mit einer Kranzniederlegung auf dem Friedhof Lilienthalstraße in Neukölln (*) "vor ihren Gräbern" gedacht wurde, seien es die im Kampf gegen den Faschismus und gegen die Interessen des deutschen Imperialismus gefallenen Widerstandskämpfer, deren in Plötzensee gedacht wurde, der Stätte in Berlin, an der so viele Antifaschisten ihr Leben unter dem Fallbeil gelassen haben.

Galten diese Gesten, welche die parlamentarische Gedenkveranstaltung einrahmten, der "Versöhnung" an den Gräbern und Gedenkstätten der "Opfer" der Geschichte, ob sie im Kampf gegen den Faschismus oder für seine kriegerischen Ziele ihr Leben lassen mußten, so ließen die Reden im Abgeordnetenhaus, sofern sie überhaupt einige allgemeine Worte über die faschistische Vergangenheit verloren, diese als historisch erledigt erscheinen.

Nach diesen Reden hat es den Anschein, als erachteten die politischen Repräsentanten Westberlins die faschistische Vergangenheit an diesem 40. Jahrestag des 8. Mai allein dadurch für "bewältigt", daß nur Redner auftraten, die persönlich nicht mit dem Hitlerfaschismus verbunden waren.

So betonte der Regierende Bürgermeister Diepgen, daß er aufgrund seines Alters "keine persönliche Erinnerung an den 8. Mai 1945" hat. Als weitere Redner waren eingeladen: als Vertreter der westlichen Alliierten Sir Frank Roberts,

(*) Auf dem Friedhof Lilienthalstraße befindet sich gerade 50 Meter entfernt von dem mit dem allgemeinen Mahnspruch versehenen Denkmal "Den Opfern des Krieges zum Gedenken" ein offenkundig militaristisches Kriegerdenkmal. Dieses bekundet mit "Den Gefallenen der 3. Panzerdivision Berlin-Brandenburg in dankbarer Kameradschaft 1935 - 1945" den deutschen Landsern die Dankbarkeit für die 'Verteidigung' Berlins gegen die Rote Armee. Auch diesen Soldaten wurde "vor ihren Gräbern" in "stilllem Gebet" gedacht.

während des Krieges tätig im britischen Außenministerium in London, in den sechziger Jahren Botschafter seines Landes in Bonn. Diesem wurde assistiert von Prof. Richard Löwenthal, der die Zeit des Krieges in der Emigration in England verbrachte, das er, ungeachtet der Verzögerung der Eröffnung der zweiten Front und der Hauptlast, die die Rote Armee im antifaschistischen Krieg trug, als Land lobend herausstrich, "das als einziges vom Anfang bis zum Ende dieses Krieges gegen Hitler kämpfte" (Löwenthal-Rede, S.1). Neben dem anerkannten rechten Sozialdemokraten Löwenthal, dessen verbissener Antikommunismus als Mitbegründer der Denunzianten- und Spitzelorganisation "Notgemeinschaft für eine Freie Universität (NOFU)" bekannt ist, wurde als 'Kompromiß' mit der AL, um eine von ihr geforderte Parlamentsdebatte zu umgehen und um so eine Gedenkveranstaltung größtmöglicher 'nationaler Einheit' zu gewährleisten, Prof. Ossip K. Flechtheim - auch er mußte im '3. Reich' emigrieren - nach anfänglichen Querelen als weiterer offizieller Redner hinzugezogen. Doch auch wenn Flechtheim einige kritische Töne in diese Gedenkveranstaltung brachte, indem er darauf hinwies, "daß die Bundesrepublik in einer eigenartig gebrochenen Kontinuität mit der Vergangenheit" stehe (Flechtheim-Rede, S. 1), so änderte dies dennoch am politischen Hauptziel dieser Veranstaltung nichts, ja bot allenfalls ein 'demokratisches' Feigenblatt, nachdem diese Musterdemokraten die parlamentarische Debatte zuvor verhindert hatten.

Alle Redner konzentrierten sich darauf, der faschistischen Vergangenheit die "40 Jahre demokratischer Wiederaufbau" entgegenzustellen, sprachen von der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, wobei sie offenbar als selbstverständlich Westberlin als zur Bundesrepublik gehörig betrachteten, und ließen so den deutschen Faschismus nur noch als historisch von Bedeutung erscheinen.

Die Gedenkveranstaltung im Abgeordnetenhaus, die eigentlich richtigerweise "Feierstunde über die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik" hätte heißen müssen, wenn man vom Inhalt der auf ihr gehaltenen Reden ausgeht, verfolgte das vorrangige Ziel, aus dem

Bewußtsein zu verdrängen und in Vergessenheit geraten zu lassen, daß 1945 zwar das Hitlerregime und seine Wehrmacht eine vollständige Niederlage erlitten haben, daß aber der deutsche Imperialismus n i c h t z e r - s c h l a g e n worden ist, der die faschistische Diktatur für seinen Kampf um die Weltherrschaft errichtet und eingesetzt hatte.

"Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch" - diese Erkenntnis soll aus dem Bewußtsein der werktätigen Massen gelöscht werden.

Es gilt deshalb, die Phrasen und demagogischen Manöver in den Reden der bürgerlichen Politiker und Ideologen der Bourgeoisie in ihren klassenmäßigen Wurzeln aufzudecken und mit der Wirklichkeit zu konfrontieren, um das Geschichtsbewußtsein über die historische Kontinuität des deutschen Imperialismus im westdeutschen Imperialismus zu behaupten, wenn die werktätigen Massen nicht erneut zum Werkzeug seiner weltweiten räuberischen Ziele werden sollen.

Diepgens "Weg in die Befreiung von innen" ist der Weg des westdeutschen Imperialismus zur "Befreiung" von seiner Niederlage

Mit dem 8. Mai 1945 verbindet sich die größte Niederlage des deutschen Imperialismus in seiner Geschichte. Mit Hilfe der faschistischen Diktatur hatte er die ganze Welt mit Krieg überzogen, um sein Ziel der Weltherrschaft zu erlangen. Doch durch den Kampf der vereinigten Völker, durch die Schläge vor allem der Roten Armee wurde er zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen, wodurch seine Weltherrschaftspläne vorläufig gescheitert waren.

Ist für den deutschen Imperialismus der 8. Mai ein "Tag der Kapitulation", so feiern die Völker diesen Tag als den der Befreiung vom Joch des Faschismus.

Der Regierende Bürgermeister Diepgen gibt sich in seiner Rede als 'Volksvertreter' und gesteht durchaus



Am 30. April hissen die sowjetischen Befreier das rote Banner auf dem Reichstag in Berlin

zu, daß neben der Kapitulation auch die Befreiung "e i n politischer Inhalt des 8. Mai" ist. Doch die Einschränkung folgt auf dem Fuß, es kommt das berühmte "Aber":

"Befreiung der Welt und der Deutschen vom Nationalsozialismus - das ist ohne Zweifel e i n politischer Inhalt des 8. Mai. A b e r Befreiung von Etwas ist nicht automatisch eine Befreiung zu Etwas.

Anders als bei den Deutschen in der damaligen sowjetisch besetzten Zone einschließlich des sowjetisch besetzten Sektors in Berlin bekamen wir in den Zonen und Sektoren der westlichen Alliierten eine neue Chance, nämlich mit der äußeren Befreiung eine innere in Gang zu setzen. Der Weg der Bundesrepublik Deutschland in die Souveränität als Demokratie am 5. Mai 1955 war der Weg in diese Befreiung von innen."(Diepgen-Rede, Landespresso Dienst Berlin, 7.5.1985, S. 2; Hervorhebungen von uns)

Nun ist die Katze aus dem Sack! In der SBZ, der späteren DDR, fand kein "Weg in die Befreiung von innen" statt, einen solchen findet man angeblich nur in der BRD, der Diepgen Westberlin selbstredend dazuschlägt. Mit dieser Gegenüberstellung läßt Diepgen deutlich werden, was er für "Befreiung" hält.

Nach 1945 lagen die Sympathien und Hoffnungen aller demokratisch gesinnten Kräfte bei der SBZ, der späteren DDR, denn in diesem Teil Deutschlands wurde der Kampf gegen die Wurzeln des Faschismus konsequent aufgenommen. Der faschistische Staatsapparat wurde völlig zerstochen, die Monopole enteignet und die Grundherren, die preußischen Junker verjagt. Es wurden erste Schritte unternommen, den Sozialismus aufzubauen und damit die Ausbeutung zu beseitigen.

Auch wenn die Revisionisten und Sozialimperialisten in der DDR diese positiven Ansätze und vielversprechenden Entwicklungsmöglichkeiten Mitte der fünfziger Jahre zunicht gemacht haben, bleibt die historische Wahrheit, daß nur in der DDR mit der Befreiung von den Wurzeln des Faschismus, unterstützt von der Roten Armee und der Sowjetunion Stalins, nach Kriegsende ernst gemacht

wurde. Diese historische Wahrheit stellt Diepgen auf den Kopf; er erweist sich als typischer imperialistischer Farbverkehrer.

Denn für was steht der 5. Mai 1955? Es ist der Tag der Unterzeichnung des "Deutschlandvertrages", der Tag, an dem das Besatzungsstatut beendet und die Souveränität des westdeutschen Staates wiedererrichtet wurde. Im gleichen Jahr wurde in den "Pariser Verträgen" die Grundlage gelegt, zur Sicherung der Macht der gleichen Monopole, die auch hinter Hitler standen, erneut eine imperialistische Armee zu schaffen, ein Aggressionsinstrument, dessen Charakter sich schon daraus erhellt, daß ehemalige Hitlertypen wie Heusinger an ihre Spitze gestellt wurden.

Was Diepgen in seiner Rede als "Weg in die innere Befreiung" verkaufen will, ist nichts anderes als der Weg zur Konsolidierung der Macht des westdeutschen Imperialismus, der 'Gesundschrumpfung' des deutschen Imperialismus auf der ihm verbliebenen Hälfte seines ehemaligen Reichsgebietes. Dieser Prozeß war 1955 im wesentlichen abgeschlossen. Der westdeutsche Imperialismus war wieder auf dem Weg zu einer imperialistischen Großmacht.

Der staatliche Unterdrückungsapparat war in weitgehender personeller Kontinuität mit dem faschistischen Staatsapparat reorganisiert worden. Allein in Westberlin wurden über 18000 Beamte und Angestellte, die nach dem 8. Mai 1945 entsprechend dem Potsdamer Abkommen entfernt wurden, nach 1949 in ihren alten Rängen wieder eingestellt.

Die Macht der Monopolbourgeoisie ist gesichert worden. Die Forderung des Potsdamer Abkommens nach Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher wurde sabotiert. Bereits in den ersten Nachkriegsjahren wurden Kriegsverbrecher und Konzernherren wieder in ihre alten Positionen gehievt, da man ja 'tüchtige Fachleute für den Wiederaufbau' brauchte.

Der Weg erneuter imperialistischer Expansion wurde beschritten, schon 1952 wurde mit offizieller Genehmigung wieder Kapital exportiert. Bis Ende 1955 flossen bereits etwa 825 Millionen DM ins

ZUR MILITÄRISCHEN STÄRKE DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

■ Dem westdeutschen Imperialismus als dem Nachfolger des Hitlerfaschismus ist es nach zwei verlorenen gigantischen Weltkriegen in kurzer Zeit gelungen, eine mächtige imperialistische Armee aufzubauen, die zweitstärkste Armee innerhalb der NATO mit 700 000 Mann (einschließlich der "zivilen Kräfte") und 2 Millionen Reservisten im Bedarfsfall.

■ Militarisierung das bedeutet keinesfalls nur den auf über 60 Milliarden DM festgelegten Militärhaushalt von 1985 (siehe hierzu "Grünes Bulletin", Sep./Okt.84, S.7 und "Handelsblatt" vom 5.6. Okt.84).

■ Die Militarisierung macht sich auch fest an der ideologischen Vorbereitung der werktätigen Massen zu Kanonenfutter durch die Schürung von deutschem Chauvinismus und Rassismus.

■ Besonders wichtig für die westdeutschen Militaristen war und ist der Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie, mit deren Hilfe der westdeutsche Imperialismus sich heute selbstständig mit den modernsten Waffen ausrüsten kann - von Leopardpanzern über Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber bis hin zu Radarsystemen und Lenkwaffen.

Hundertausende arbeiten in Rüstungsbetrieben und ihren Zulieferfirmen, die altbekannte Namen tragen wie Krupp, Thyssen, Siemens, Krauss-Maffei oder Messerschmidt, wie Hoechst, Bayer Leverkusen, BASF (vormals IG Farben). Hier werden in alter Tradition für die Rüstung produziert und Milliardenprofite gemacht. Diese Firmen stehen für die ungeheuren Verbrechen der Hitlerfaschisten und heute für den westdeutschen Imperialismus. Sie sind sichere Gewähr dafür, daß die westdeutschen Imperialisten mit den Waffen und Ausrüstungsgegenständen bestens ausgestattet sind, die für ihre aggressiven Ziele notwendig sind.

■ Die Bundeswehr ist zunehmend auch außerhalb der Grenzen der BRD aktiv.

Die Bundeswehr übt den Krieg, führt Militärmanöver in aller Welt durch, baut ihre Luftwaffenstützpunkte auf Kreta und Beja in Portugal aus. Die westdeutsche Kriegsmarine "zeigt Flagge" und überschritt dazu bewußt die NATO-Grenzen bei einem Flottenmanöver im Indischen Ozean, um vor aller Welt deutlich zu machen, daß der westdeutsche Imperialismus selbstständig und unabhängig von anderen Imperialisten seine Ziele verfolgt, daß er seine weltweite ökonomische Expansion auch militärisch zu schützen gedenkt.

■ Der westdeutsche Imperialismus ist inzwischen zu einem der größten Waffenexporteure der Welt geworden, sei es nach Chile

oder Südafrika, in die Türkei oder Saudi-Arabien. Der Rüstungsexport hat sich im Zeitraum von 1979-1983 von 1,5 Milliarden auf 3 Milliarden verdoppelt ("Handelsblatt" vom 4.6.84). Damit werden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Armeen kleinerer "verbündeter" Länder im Kriegsfall reibungslos an die Bundeswehr angegliedert werden können. Schon seit Jahren wird der Leopard-Panzer nach Italien, Dänemark, Norwegen, Belgien und Holland geliefert, so daß über eine "Art Panzerstandardisierung im europäischen Bereich der NATO" gesprochen werden kann. Kraus-Maffei erzielte mit Produktion und Verkauf vom Leopard 2 bis 1983 Rekordumsätze ("Handelsblatt", 14.2.84).

■ Westdeutsche Militärexpertinnen und "Anti-Terror-Spezialisten" sind für die Ausbildung faschistischer Armeen und Polizeieinheiten sehr gefragt, so in Ländern Südamerikas wie Chile, Brasilien, Argentinien, Peru oder in Südafrika und der Türkei. Oder es werden Offiziere und Soldaten aus diesen Ländern hier in Westdeutschland an den Bundeswehrschulen "weitergebildet". Auf diese Weise wird der politisch-militärische Einfluß des westdeutschen Imperialismus ohne größeres Aufsehen weltweit ausgedehnt.

■ Eine wichtige Rolle bei der Militarisierung spielt die Frage der Atomwaffen. Die auf die Benutzung von Atomwaffen ausgelegte Bundeswehr, der jederzeitige Zugriff auf Uran (z.B. durch maßgebliche Beteiligung an der bislang größten Uran-Mine der Welt in Namibia) und Plutonium (z.B. lagern in einem Lager der NUKE (Hanau) 400 und im Kernforschungszentrum Karlsruhe ca. 500 Kilogramm Plutonium, womit mindestens 900 Atomsprengköpfe hergestellt werden können), die Ausbaufähigkeit des sogenannten "Atomprogramms zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" für die Atomwaffenproduktion, die führende Rolle bei der Entwicklung der atomaren Bewaffnung z.B. Pakistans, Südafrikas, Argentinien, Indiens, Iraks, Brasiliens u.a.m., die Erprobung verschiedener Atomraketen, früher in Zaire, heute in Argentinien zeigt, daß der westdeutsche Imperialismus die faktische Verfügungsgewalt über Atomwaffen besitzt. Daran ändert auch nichts, daß aus Gründen politischer Opportunität, dies offiziell nicht zugegeben wird. Wer aber meint, dieses Feld sei für die westdeutschen Imperialisten tabu, unterliegt einer ähnlichen Illusion, wie sie diejenigen hatten, die nach dem 2. Weltkrieg meinten, Westdeutschland würde auf den Aufbau einer eigenen Armee verzichten.

Ausland, die Exportkredite nicht einberechnet. (Quelle: DWI, Bericht 1/2, 1956, S. 7) 1955 bereits gab es kaum noch ein überseeisches Land, in dem vom westdeutschen Imperialismus kein Kapital nach dem 2. Weltkrieg neu angelegt worden wäre. Man begann vom "deutschen Wirtschaftswunder" zu sprechen. Das Tempo, in dem der westdeutsche Imperialismus erneut Boden bei der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker wettmachte, könnte einen tatsächlich an "Wunder" glauben lassen, wenn man nicht wüßte, daß die Grundlage dafür die nicht zerschlagene Macht des deutschen Imperialismus war.

Wenn Diepgen diesen "Weg in die Befreiung

von innen" lobt und 40 Jahre nach Kriegsende auf die "bisherige Wegstrecke" (Diepgen-Rede, S. 4) mit Zufriedenheit und Genugtuung zurückblickt, dann kommt dies nicht von ungefähr, denn mit dieser Nachkriegsentwicklung wurden die Grundlagen dafür gelegt, daß der westdeutsche Imperialismus heute wieder eine der stärksten imperialistischen Großmächte der Welt ist.

Der westdeutsche Imperialismus hat sich wieder riesige Einflußgebiete auf der Welt verschafft, in die er ökonomisch, politisch und militärisch eindringt und die er bestrebt ist, in Konkurrenz zu anderen imperialistischen Großmächten ständig auszudehnen. Westdeutschland ist

ZUR ÖKONOMISCHEN STÄRKE DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Mit einem Außenhandelsvolumen im Wert von 325 Milliarden Dollar im Jahr 1984 steht Westdeutschland weltweit an zweiter Stelle nach den USA, ist damit zusammen mit den USA die führende Exportmacht der Erde und hat nach Japan mit 9 Milliarden Dollar den größten Exportüberschuß unter den imperialistischen Ländern erzielt. Durch diese beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt kann der westdeutsche Imperialismus immer mehr Länder finanziell und ökonomisch von sich abhängig machen. Das hat z.B. in Österreich und der Schweiz enorme Ausmaße angenommen (Exportanteil 42% bzw. 29%) und in Ländern wie Griechenland und Portugal zur Marktbeherrschung geführt. In die Länder Osteuropas dringt der westdeutsche Imperialismus als Hauptlieferant (nach der UdSSR) immer stärker ein, während es ihm in der Türkei, im Iran und Irak gelang, den US-Imperialismus beiseitezuschieben und den Exportmarkt führend zu beherrschen.

Mit ihren privaten Kapitalinvestitionen in Form direkter Beteiligung an Unternehmen in aller Welt im Wert von insgesamt 111 Milliarden DM bis Ende 1984 haben die westdeutschen Imperialisten bereits den dritten Platz nach den USA und Großbritannien erobert (die UdSSR betrieb höchstens staatlichen Kapitalexport). Der Löwenanteil dieser Kapitalinvestitionen wird in den industriell entwickelten Ländern getätigt, gleichzeitig aber nehmen die Kapitalinvestitionen in abhängigen, weniger entwickelten Ländern zwecks Ausbeutung ihrer Rohstoffe und ihrer Arbeiter zu. Die west-

deutschen Kapitalinvestitionen in diesen Ländern, besonders in Brasilien, Argentinien, Mexiko, in Nigeria, Südafrika und Ägypten, im Iran, Indien und Singapur belaufen sich inzwischen auf 28 Milliarden DM und lassen unter den dort fast ausnahmslos herrschenden faschistischen Regimes märchenhafte Profite erahnen.

Das westdeutsche Finanzkapital hat ein weltweites Netz finanzieller Abhängigkeiten gespannt, wobei allein die privaten Bankkonzerne (der staatliche Kapitalexport wie "Entwicklungshilfe", "Militärhilfe", staatliche Kredite usw. fällt nicht darunter und müßte eigentlich noch zusätzlich berücksichtigt werden) und Unternehmen Ende 1984 als große Gläubiger aller Länder der Erde Kreditforderungen in Höhe von 466 Milliarden DM in ihren Büchern stehen haben, und die Gewinne aus diesen Krediten zig Milliarden betragen. Schuldnerländer sind - um nur einige zu nennen und das weltweite Ausmaß dieser Aktivitäten des westdeutschen Imperialismus zu illustrieren - Brasilien, Argentinien, Mexiko, Österreich, Indien, Indonesien, Türkei, Ägypten, Nigeria, Israel, Irak, aber auch Polen und die Sowjetunion.

(Zahlenangaben siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandelsserie und Internationaler Währungsfond, Direction of Trade Statistics, Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.)

(aus: GEGEN DIE STRÖMUNG Nr.34, Mai 1985, S. 6)

heute nach den USA eine der führenden Exportmächte in der Welt. In den privaten Kapitalinvestitionen hat es bereits den dritten Platz erobert. Das westdeutsche Finanzkapital hat ein weltweites Netz finanzieller Abhängigkeiten gestrickt und gehört zu den größten Gläubigern der Erde.

Zur Sicherung seiner Ausbeuterinteressen und seiner Einflußsphären hat der westdeutsche Imperialismus sowohl gegen seine imperialistischen Konkurrenten als auch gegen die um Befreiung kämpfenden Völker eine riesige Militärmaschinerie geschaffen, die das Herz jedes Hitlergenerals höher schlagen

litarismus als entscheidender Durchbruch hin zur selbständigen Entwicklung des westdeutschen Imperialismus.

Heute ist dieser Entwicklungsabschnitt bereits Geschichte. Der westdeutsche Imperialismus hat nicht nur seine nachhaltige Schwächung überwunden, sondern er hat seinen Platz unter den imperialistischen Großmächten zurückeroberter.

Mit einem Wort: Unter dieser Art "Befreiung" verstehen die Politiker des westdeutschen Imperialismus Sicherung und Ausbau des imperialistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems in parlamentarischer Maske.



ließe. Er verfügt über die zweitstärkste Armee innerhalb der NATO, über eine nicht minder leistungsfähige eigene Rüstungsindustrie, auf die gestützt er sich mit den modernsten Waffensystemen ausrüstet. Er gehört nicht nur zu den größten Waffenexporteuren der Welt, auch die Bundeswehr ist zunehmend außerhalb der Grenzen der BRD aktiv.

"Der Weg in die Befreiung von innen", den Diepgen so hochlobt, das ist nicht die Befreiung vom Faschismus, sondern die Befreiung des westdeutschen Imperialismus von den Folgen seiner Niederlage, die Erringung der Souveränität und die Wiedererrichtung des westdeutschen Mi-

Löwenthals Rede: Revanchistischer Geist unter dem Deckmantel des "Prinzips der gegenseitigen Vergebung"

Die Haltung zu den vom Hitlerfaschismus am polnischen Volk begangenen Verbrechen sowie die Haltung zur Aussiedlung von etwa 3,5 Mio Deutschen aus Polen - also die Haltung zu Ursache und Konsequenz, sind ein Prüfstein, an dem sich die revanchistischen Geister offenbaren.

Löenthal äußert sich hierzu unter Berufung auf ein Kirchendokument, das ihm zufolge Mitte der 60er Jahre die "neue Politik der Bundesrepublik", die "Politik der Entspannung" vorbereiten half:

"Der erste wichtige Durchbruch war nach meiner Überzeugung jenes Dokument der Deutschen Evangelischen Kirche über die deutsch-polnischen Beziehungen, das 1965 in Erinnerung rief, was Deutsche in Hitlers Krieg Polen und was Polen am Ende dieses Krieges den ausgetriebenen Deutschen angetan hatten, und ohne jeden Versuch einer 'Aufrechnung' beide Völker 20 Jahre nach Kriegsende dazu aufrief, einander zu vergeben. Es fand ein bemerkenswertes Echo in einer Stellungnahme der polnischen katholischen Kirche, die das Prinzip der gegenseitigen Vergebung annahm ..." (Löenthal-Reede, Manuskript, S. 13)

War also die Aussiedlung Deutscher aus

Polen eine "verbrecherische Vergeltungsmaßnahme", nicht anders als die Verbrechen Hitlers an Polen? Entstand hier eine Schuldlast, für die das Prinzip der "Gegenseitigkeit" gilt? Sind sich also Ursache und Konsequenz ebenbürtig?

Um sich die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Aussage vor Augen zu führen, ist es notwendig, sich die grauenvolle Bilanz des Überfalls des deutschen Imperialismus auf Polen bewußt zu machen:

Polen war zu Beginn des II. Weltkrieges eines der ersten Opfer des deutschen Angriffs, und nach seiner Besetzung begannen die Faschisten, das polnische Volk buchstäblich auszurotten. Dem faschistischen Vernichtungsfeldzug fiel jeder v i e r t e Pole zum Opfer. Es starben s e c h s Millionen Polen, f ü n f Millionen Polen wurden verschleppt oder zwangs umgesiedelt.

Als Folge dieser ungeheuren Verbrechen legten die Alliierten bereits auf der Konferenz von Jalta Maßnahmen in Bezug auf Polen fest, die nach dem Sieg über den Faschismus bei enger Absprache mit der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit im Potsdamer Abkommen ergänzt wurden. Diese Maßnahmen betrafen Reparationen, die Oder-Neiße-Grenze, die Umsiedlung u.a.m.

Die Umsiedlung Deutscher aus Polen wurde notwendig, um ein für allemal zu verhindern, daß sich deutsche Minderheiten erneut als fünfte Kolonne mißbrauchen lassen, um die Nachbarländer Deutschlands sturmreif für einen imperialistischen Überfall zu machen.

Sie wurde ferner notwendig, da nach den grauenhaften Erfahrungen mit Deutschen, die sich während des 2. Weltkriegs zum Großteil auf die Seite der Kriegsverbrecher gestellt hatten, von denen viele direkt an Verbrechen und Gemeinheiten aller Art beteiligt waren und unmittelbaren Vorteil daraus zogen, ein "normales Zusammenleben" zwischen Deutschen und Polen absolut unmöglich war.

Unmittelbar mit der Aussiedlung verknüpft war die Festlegung der neuen Oder-Neiße-Grenze. Die frühere Grenze

zwischen Polen und Deutschland gestattete den deutschen Imperialisten, Polen von Norden, Westen und Süden in die Zange zu nehmen. Durch die neue Grenzziehung an Oder und Neiße sollte den berechtigten Sicherheitsansprüchen Polens Genüge getan werden.

Diese Entschließungen waren durch bittere Erfahrung bedingte Wiedergutmachungsmaßnahmen, sie sollten dem polnischen Volk Schutz vor einer Wiederholung faschistischer Gewaltakte, Schutz vor einem evtl. neuen deutschen Angriff geben.

Wer Ursachen und die unentbehrlichen Konsequenzen daraus, sowohl die an Polen begangenen Verbrechen als auch Maßnahmen zu ihrer Wiedergutmachung nach dem "Prinzip der Gegenseitigkeit" auf eine Ebene stellt, begeht nicht nur eine beispiellose Geschichtsfälschung, er tritt vor allem Rechte und berechtigte Sicherheitsinteressen der Völker, die vom 'eigenen' Imperialismus terrorisiert wurden, mit Füßen.

Wer sich gegen das sog. "Unrecht der Vertreibung" wendet, erklärt für "Unrecht", daß Verbrechen des deutschen Faschismus gesühnt werden mußten.

Die Aussiedlung betraf nicht nur die dem polnischen Volk durch ihre Untaten hinreichend bekannten Kräfte. Durch die Aussiedlung kam auch die Mitschuld der Mehrheit des deutschen Volkes an den Verbrechen des deutschen Faschismus zum Ausdruck. Wer die Aussiedlung von großen Teilen der deutschen Minderheiten aus Polen für Unrecht erklärt, leugnet diese Mitschuld, denn sie verlangt, daß auch das deutsche Volk in die Verantwortung genommen werden und bestimmte Opfer für die Wiedergutmachung auf sich nehmen mußte.

Hat der westdeutsche Imperialismus nicht in Gestalt des SPD-Historikers Löwenthal einen treuen Anwalt gefunden?

Seine Anklage gegen das "Unrecht" der Aussiedlung großer Teile der deutschen Minderheiten aus Polen entspricht ganz allenthalben laut werdendem Geschrei nach Erfüllung des "verletzten Selbstbestimmungsrechts der Deutschen". Ausgerechnet die Anstifter des imperialistischen Raubkrieges, jene, die das Selbstbestimmungsrecht so vieler Völker mit Blut und

**GRUNDSATZ
DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS
für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
vom 23. Mai 1949**

10

VERANKERUNG DER AUSBEUTERORDNUNG:

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.

"Die Herrschaft des Proletariats äußert sich darin, daß man das Eigentum der Gutsbesitzer und Kapitalisten konfisziert hat. Das Privateigentum war aber gerade die Seele, der Hauptinhalt aller früheren Verfassungen, auch der republikanischsten, demokratischsten Verfassung." (Lenin, IX. Parteitag der KPR(B), 1920, LW 30, S.448)

VERANKERUNG DES REVANCHISMUS:

PRAAMBEL

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,

von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und

als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen,

hat das Deutsche Volk

in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern,

um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben,

kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.

Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die

Einheit und Freiheit Deutschlands

zu vollenden. ...

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31 Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

Jeder, der sich also zum "Grundgesetz" bekennt", bekennt sich zur Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 im Rahmen der kapitalistischen Ordnung, bekennt sich zum "Alleinvertretungsanspruch" und zum europäischen Chauvinismus ! Er bekennt sich zum REVANCHISMUS ! ■

(aus: GEGEN DIE STRÖMUNG Nr.34, Mai 1985, S. 5)

Eisen niedergemacht haben, lamentieren über ihr "verletztes Selbstbestimmungsrecht", wollen aber von den Rechten der anderen Völker nichts wissen.

Die von der SPD und allen Parteien des westdeutschen Imperialismus betriebene Klage über eine "Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen" im ehemaligen "deutschen Osten" erzielt, trotz gegenteiliger Beteuerung, dies sei keine Aufrechnung dessen, was "Deutsche Polen und Polen Deutschen angetan" haben, genau diese Wirkung. Damit wird die Stimmung erzeugt und verstärkt, daß "die anderen auch nicht viel besser waren als wir".

Das polnische Volk konnte sich gegenüber dem deutschen Volk nicht einfach mit Floskeln über "Vergebung" zufriedengeben, etwa nach dem neutestamentarischen Motto: "Wenn einer dir einen Streich auf die linke Wange versetzt, so halte ihm auch die rechte hin." Es brauchte reale, greifbare Sicherheiten für die Neuschaffung Polens und für ein friedliches Zusammenleben mit dem deutschen Volk.

Die Anklage gegen das "Unrecht" der Aussiedlung schafft lediglich die ideologische Einstimmung für einen zweiten Schritt, für die Forderung nach Revision des sogenannten Unrechts, nach Revision der im Ergebnis des II. Weltkriegs geschaffenen Grenze. Wer das eine tut, wird das andere nicht lassen.

Die Parteien des westdeutschen Imperialismus haben heute spektakuläre Revancheforderungen zu einem guten Teil noch ihren Hilfstruppen wie den "Landsmannschaften" überlassen, die die Rolle lautstarker Einpeitscher spielen.

Demgegenüber präsentieren sie sich in unterschiedlichen Schattierungen als "gemäßigte" und "vernünftige" Kraft. Dabei berufen sie sich gerne auf die 'Ostverträge', die angeblich den 'Gewaltverzicht' und die Politik der "Versöhnung und Entspannung" mit dem Osten eingeleitet haben. Gleichzeitig halten sie am Anspruch auf das deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fest, klagen das "Unrecht der Vertreibung" an und halten so die revanchistische Lunte am Glimmen.

Auf dieser Grundlage ist es lediglich eine Frage der Zeit und der Vorbereitung des

westdeutschen Imperialismus, bis völlig unverhohlene kriegshetzerische Gebietsansprüche in den Vordergrund treten, um die "friedliche" Durchdringung durch die militärische Aggression abzulösen.

Flechtheims Rede: Klassenversöhnung und Mystifizierung des Faschismus als "das Böse schlechthin"

Die Einladung des von der AL als Redner vorgeschlagenen Historikers Ossip K. Flechtheim war zunächst heftig umstritten, jedoch sollten sich die Bedenken von CDU und SPD schnell als unbegründet herausstellen.

Gewiß, so manche Ausführungen Flechtheims vor diesem Forum waren durchaus bemerkenswert, so z.B. seine Feststellung, daß Deutschland "das Land der mißlungenen Revolutionen, der halbherzigen Reformen und der schließlich doch immer wieder erfolgreichen Gegenrevolutionen und Restaurierungen" (Flechtheim-Reede, Manuskript, S. 1) sei. Auch wenn, wie wir gleich sehen werden, die Ansichten Flechtheims über Revolution und Konterrevolution in Deutschland alles andere als richtig sind, so deutet er doch zumindest an, daß eine siegreiche und erfolgreich vorwärtschreitende deutsche Revolution von 1918 dem Wideraufstieg des deutschen Imperialismus bis hin zur Errichtung des Faschismus einen Riegel vorgeschoben hatte.

Bei diesen Worten spitzten sicher nicht nur die Herren Abgeordneten in ihren Polstersesseln die Ohren, auch so mancher Zeitungsleser wird tags darauf aufgemerkt haben, da solche Töne - allein schon das Wortchen Revolution! - in den Mauern des Abgeordnetenhauses tatsächlich nicht alltaglich sind.

Doch trat hier wirklich ein Redner ans Pult, der die Dinge beim Namen nennt, die wahren Ursachen des Faschismus aufdeckt und vor allem den Weg zu deren Beseitigung, den Sturz des imperialistischen Systems, vorzeichnet?

Weit gefehlt! Flechtheim nimmt zum deutschen Faschismus in einer Weise Stellung, die zwar das ungeheure Ausmaß

und die Bestialität der faschistischen Verbrechen hervorhebt, gleichzeitig jedoch den Blick auf seine Klassenbasis und seine entscheidenden Triebkräfte verstellt:

"Das brutalste, bestialischste und barbarischste Regime aller Zeiten stellt eine extrem nihilistische, pathologisch destruktive, mit einer gewissen Verzogeration auf die Revolution von 1918 folgende Gegenrevolution dar. Der Nationalsozialismus verkörpert mit seinem Nihilismus und Sadismus, mit seinem Weltoberwahn und seiner Destruktivität das Böse schlechthin." (Flechtheim-Reede, S. 1)

Zunächst verwischt Flechtheim in seiner Darlegung über die Entwicklung des Faschismus zwei entscheidende Punkte:

- Die Errichtung der Weimarer Republik, die der blutigen Niederschlagung der Novemberrevolution von 1918 folgte, war bereits eine "Gegenrevolution" des deutschen Imperialismus, der damit das kapitalistische Ausbeutersystem mit Hilfe der deutschen Sozialdemokratie retten und Kurs auf die Revanche für Versailles nehmen konnte. Die imperialistische Weimarer Republik der Ebert und Bruning ging bereits mit dem Faschismus schwanger und bot dem deutschen Monopolkapital die Basis für seine Entwicklung.
- Die deutsche Arbeiterklasse hatte 1918 zwar eine schwere Niederlage erlitten, aber die revolutionären Kräfte waren nicht ausgeschaltet, sondern sammelten sich unter der Führung der KPD und kämpften mit wachsendem Einfluß auf die werktätigen Massen für die Zerschlagung der kapitalistischen Weimarer Republik und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die Installierung des Faschismus 1933 durch die deutsche Bourgeoisie war nicht einfach eine "verspatete Gegenrevolution" auf die Revolution von 1918, sondern ganz entscheidend auch die konterrevolutionäre Antwort des deutschen Imperialismus auf die drohende Gefahr der proletarischen Revolution.

Flechtheims Ausführungen laufen auf eine Beschönigung der imperialistischen Weimarer Republik hinaus.

Kommen wir nun zu seinen weiteren Aus-

sagen über die Ziele und den Klassencharakter des Faschismus.

Der Faschismus deutschen Schlags war in der Tat die reaktionärste Spielart des Faschismus, das brutalste und blutrünstigste Herrschaftssystem aller Zeiten. Es hat Zerstörungen größten Ausmaßes hinterlassen und eine Unzahl grausamster Verbrechen begangen. Der Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltherrschaft mit dem Instrument des Faschismus, obwohl ganz und gar aus tiefen ökonomischen Triebkräften, der Jagd nach Maximalprofit, beruhend, war vom Ergebnis her betrachtet letztlich nur ein reaktionärer Wunschtraum, der an der Realität der gegen den Faschismus kämpfenden Völker scheiterte.

War der deutsche Faschismus jedoch Barbarei, Destruktion, Sadismus "an sich", war er die Verkörperung des reinen "Nihilismus", war die bloße Verneinung der Welt sein höchstes Prinzip? Diente sein Terrorismus nicht vielmehr einem 'höheren Prinzip', ganz realen ökonomischen und politischen Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie insgesamt oder war der Faschismus schlicht und einfach überhaupt 'Wahnsinn', Ausgeburt eines oder einer Gruppe von 'Verrückten'?

Folgt man Ossip Flechtheim, so scheint eher letzteres zutreffend zu sein.

Gegen solche und ähnliche Versuche, den Klassencharakter des Faschismus zu vertuschen, seinen Charakter als Instrument des deutschen Imperialismus, zu leugnen hat Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale festgestellt:

- "Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst"
- (Dimitroff, Ausgewählte Werke, Bd. 2, 1958, S. 526)
- "Der Faschismus an der Macht, Ge-
nossen ist, wie ihn das XIII.
Plenum des EKKI richtig charak-
terisiert hat, die offene terro-
ristische Diktatur der reaktio-
närsten, am meisten chauvini-
stischen, am meisten imperiali-
stischen Elemente des Finanz-

- kapitals."
- (ebenda, S. 525)

Diese tiefgreifende, dem Kampf gegen den Faschismus eine revolutionäre Richtung verleihende Wahrheit, wird seit jeher von einem ganzen Heer bürgerlicher, konservativer wie sozialistischer, trotzkistischer wie revisionistischer Gelehrter und Politiker angegriffen, die alleamt ein Ziel verfolgen: die imperialistische Bourgeoisie von ihren Verbrechen reinzuwaschen und wirklich radikalen, das Übel des Faschismus bei den Wurzeln packenden Konsequenzen, in den Weg zu treten.

Der letzte Schluß der Weisheit eines Ossip Flechtheim ist der Appell an die Einsicht und Vernunft der westdeutschen Imperialisten. Er schließt seine Rede mit einem ebenso erbärmlichen wie lächerlichen Werbefeldzug unter den Unterdrückern und Ausbeutern, den Kriegstreibern und imperialistischen Verbrechern für seine klassenversöhnlerischen Vorstellungen über einen "dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus", für einen "Ökosozialismus" (S. 6):

"Wir werden aber auch alles versuchen müssen, um für ein solches Vorgehen Verständnis im Kreise der Mächtigen, Etablierten und Privilegierten zu gewinnen." (S.7)

Der 'dritte' Weg, der 'grüne' oder 'bunte' Ausweg ist eine Sackgasse. Es gibt keinen Ausweg aus dem Kapitalismus, der die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen beseitigen könnte und dazu noch gleichzeitig auf das "Verständnis" der Ausbeuter und Unterdrücker stößt. Der einzige Ausweg ist die gewaltsame Revolution der werktätigen Massen unter der Führung des Proletariats und seiner Kommunistischen Partei, die bei den westdeutschen Imperialisten keinerlei "Verständnis" finden wird, sondern nur gegen ihren erbitterten Widerstand, durch die Zerschlagung ihres staatlichen Unterdrückerapparates siegen kann.

Zum "oppositionellen" 8. Mai auf dem Breitscheidplatz :

ILLUSIONSMACHEREI UND VERHARMLOSUNG DES IMPERIALISMUS

Der Sternmarsch zum Breitscheidplatz stand für den nicht "regierungsmäßigen" 8. Mai. Er war getragen von Kräften, die sich als "oppositionell" zum Senat stehend begreifen. Zu den Organisationen zählten die "Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten", der "Bund politisch, rassistisch, religiös Verfolgter", die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Verband der Antifaschisten". Hinzu kamen unterstützende Organisationen wie SPD Bezirksgruppen, AL, SEW, SJV Karl Liebknecht und andere. Darüberhinaus nahmen sicher eine große Anzahl organisatorisch nicht gebundener Menschen teil. Es handelte sich also um einen breiten Konsens von Kräften, der bereits als "Friedensbewegung" bekannt ist.

Unabhängig davon, wer Aktionen wie diese leitet und dirigiert, bringen solche Ereignisse antifaschistische Stimmungen zum Ausdruck. Die Beweggründe der Menschen, die an solchen Aktionen teilnehmen, geben jedoch für sich genommen noch keinen Aufschluß über die dort vorhandenen Inhalte, wie sie in Lautsprecherreden, in Flugblättern, auf Transparenten etc. zum Ausdruck kommen. Gerade weil die Beweggründe vieler, die sich an solchen Demonstrationen beteiligen, sicher ehrlich und gut sind, gerade weil hier Menschen vorhanden sind, die ernst genommen werden wollen, ist es nötig, sich mit ernsthafter Kritik an sie zu wenden und aus marxistisch-leninistischer Sicht eine klare Einschätzung vorgetragener Inhalte und Lösungen zu geben. Man muß illusionslos Bilanz ziehen, auf welche politischen Zielsetzungen Ereignisse wie dieses hinauslaufen, welche Kräfte dort die führenden Positionen einnehmen und über die politische Richtung bestimmen.

Dies soll hier anhand der auf der Abschlußkundgebung auf dem Breitscheidplatz gehaltenen Reden knapp geschehen. Die Hauptredner, auf die sich die Organisationen geeinigt hatten, stehen für bestimmte politische Kräfte:

Adi Burg sprach für die "Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten", repräsentierte also die Sozialdemokratie; Dorothee Sölle repräsentierte die kirchliche Friedensbewegung; Jesse Jackson war besonders von der AL favourisiert worden, und vertrat die amerikanische Oppositionspartei, die "Demokraten". Wladimir Gall schließlich repräsentierte die sozialimperialistische Sowjetunion und signalisierte das Gewicht der SEW bzw. der VVN in den Aktionen.

LEHRREICHE ERFAHRUNGEN MIT DEM FA-SCHISMUS VERMISCHT MIT EINEM STAATSGLÄUBIGEN SOZIALEMOKRATISMUS

Adi Burg ist einer jenen mutigen Männer, die an Demonstrationen gegen Naziumtriebe mit ihrer gestreiften KZ-Kleidung teilnehmen und so demonstrativ die faschistischen Verbrechen dokumentieren. Den ehemaligen KZ-Häftlingen haben sich, unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit, bestimmte Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus tief eingegraben. Adi Burg ist sicher nicht typisch für die SPD. Es besteht ein greifbarer Unterschied zwischen ihm und dem Typ des imperialistischen Parteitechnokraten wie Glotz. Für Adi Burg stehen bestimmte Dinge fest, die man sonst von Sozialdemokraten nicht gewohnt ist zu hören.

"Dregger sagte kürzlich: Über die Niederlage Hitlers könne sich jeder Europäer freuen, über den Sieg Stalins nicht. Nun, als überlebendes Opfer der Nazibarbarei, erkläre ich diesem Dregger: Ohne Sieg Stalins hätte es keine Niederlage Hitlers gegeben. Die Völker Europas verdanken insbesondere den sowjetischen Armeen ihr Leben." (Kirche Aktuell, Dokumentation zum 8. Mai, Sonderbeilage, S. 3)

Er wendet sich gegen die in Bitburg betriebene Versöhnung von Opfern und Tätern und bringt die Verbitterung der Verfolgten des Naziterrors über die Nachkriegsentwicklung zum Ausdruck, wenn er insbesondere gegen die "Integration der Verbrecher" in den westdeutschen Staatsapparat nach 1945 das Wort ergreift.

"Diese Integration der Nazis wurde mit System juristisch untermauert, und zwar durch die Beschlüsse des Bundestages. Es begann mit der Verabschiedung des 131er Gesetzes (*). Durch dieses Gesetz ge-

(*) In der Folge des "131er Gesetzes" wurde das Maximum der faschistischen Beamten, die nach der Befreiung 1945 aus dem Staatsdienst entfernt wurden, wieder eingestellt. Damit wurde die Reorganisation des Staatsapparats auf der Grundlage jenes Berufsbeamtentums betrieben, von dem das Beamtengegesetz von 1937 sagte, es sei von "nationalsozialistischer Weltanschauung

langten unzählige Nazi-Verbrecher in den deutschen Staatsdienst. Im Zuge der deutschen Wiederbewaffnung beschloß im Jahre 1956 der gleiche Bundestag unter Konrad Adenauer ebenfalls durch Gesetz, die Aufnahme der SS in die Bundeswehr. Es folgte sozusagen als logische Konsequenz 1957, ebenfalls durch Beschuß des Bundestages ein Gesetz, das das Tragen von Orden aus dem deutschen Raub- und Mordfeldzug gestattete." (ebd., S. 3)

Solche und ähnliche Lektionen haben viele Überlebende des KZ Systems und Verfolgte des Hitlerfaschismus zweifelsohne aus der Erfahrung am eigenen Leib gelernt, und wissen sie auch weiterzugeben. Es zeigt sich jedoch umgehend, daß sie für sich genommen keinesfalls eine Garantie darstellen, in allen Fragen des politischen Lebens einem antifaschistischen Standpunkt treu zu bleiben. Wir betonen: So eindrucksvoll und im Detail treffen die Rede Adi Burgs über die "Integration der Verbrecher" in den westdeutschen Staatsapparat ist, so deutlich wird der Versuch, den "schwarzen Peter" dafür allein den Käften um Adenauer zuzuschreiben, und die eigene Partei, die SPD, von A bis Z reinzuwaschen.

Ein Lehrstück, welches Schicksal tief eingeprägte Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus im Gleis des Sozialdemokratismus erleiden, ist die folgende Auslassung

"Die Bundesrepublik ist seit Jahren übersat von nazistischen, pseudo-nazistischen (?) und chauvinistischen Organisationen. Nur (Herv. v. WBK) die jahrelange revanchistische und nationalistische Politik von CDU und CSU hat die Voraussetzungen für diese gefährliche Entwicklung geschaffen. Die Landsmannschaften und Vertriebenenverbände dienen seit Jahren als Brutstätten. Jahr für Jahr finden in der Bundesrepublik vor den Augen der Öffentlichkeit zahlreiche SS Treffen statt. Die Zusammen-

durchdrungen" und ein "Grundpfeiler des nationalsozialistischen Staates", war das verlässliche Werkzeug des Faschismus und Vollstrecker seines Willens. Als Gegenleistung für seine "Treue bis in den Tod" wurde ihm der "besondere Schutz des Führers" zugesichert.

Bereits während der Lesungen des 131er Gesetzes 1950 hob der Abgeordnete Kleindienst (CDU) hervor "die Verwertung der Kenntnisse, Erfahrungen und Arbeitskräfte" der ausgeschiedenen Beamten "ist für den Wiederaufbau des Rechtsstaates und für die Erfüllung großer schöpferischer Aufgaben notwendig". Der Abgeordnete Menzel (SPD) erklärte "Wir bejahren die Unterbringungspflicht", damit der fragliche Personenkreis "wieder die wirkliche Chance bekommt, nicht nur von einer Art Almosen zu leben, sondern wieder

rottung von SS Verbrechertum stellt eine Provokation dar. Ein Staat, der solche Treffen zuläßt, bekennt sich zu den Morden. Wir fordern von den Verantwortlichen in Bonn, Treffen von SS Verbänden und allen neonazistischen Organisationen zu verbieten." (ebd., S. 3)

Hier verbinden sich zwei Momente einer gefährlichen Illusion, die jedem konsequenten antifaschistischen Kampf die Spitze nimmt, die Illusion in die SPD und vor allem die Illusion in den Staat.

SCHÜRUNG VON ILLUSIONEN IN DEN IMPERIALISTISCHEN STAATSSAPPARAT

Adi Burg konzentriert die Hoffnung der Antifaschisten auf den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus. Ihm fällt nichts anderes ein, als eben von diesem Staat, den er gerade noch so drastisch als mit Nazi-Verbrechern durchsetzt kennzeichnete, Maßnahmen gegen faschistische und revanchistische Organisationen zu fordern.

Damit verdeckt er, daß dieser Staat in Wahrheit gar kein Interesse an der wirklichen Unterdrückung dieser Hilfs- und Stoßtrupps hat, da sie und das die Staatsmacht beherrschende Finanzkapital ein und dasselbe Klasseninteresse eint. Der bürgerliche Staat steht in einer Front mit den Faschisten.

So ist es auch kein Zufall, daß A. Burg kein Sterbenswortchen verliert über die vergangene und gegenwärtige Faschisierung des Staatsapparats, die Verstärkung seines Unterdrückungsapparats, die Verscharfung seiner unterdruckerischen Gesetze, die Erhöhung und Verscharfung der verhangten Haftstrafen, die Ausdehnung des staatlichen Terrors. Ungeachtet der Tatsache, daß der Staatsapparat das entscheidende Machtmittel der Faschisierung ist, daß die von ihm ausgehenden Vorstoße und Angriffe die seiner Stoß- und Hilfs-

arbeiten zu dürfen." Erler (SPD) wies darauf hin, daß andere Aufgaben als die "Verwirklichung des Rechtsstaates" für den "geschädigten Personenkreis" sowieso nicht vorhanden seien, da sie "mit ihrer Ausbildung kaum eine andere Verwendungsmöglichkeit haben. Die öffentliche Hand ist der alleinige Arbeitgeber dieses Personals." (alle Zitate aus J. Friedrich, "Die kalte Amnestie", Frankfurt a.M., 1984, S. 280)

Wir sehen also, es war bald nach Kriegsende das erstrangige Anliegen aller bürgerlichen Parteien, soviel Hitlerbeamte wie möglich wieder in den Staatsdienst aufzunehmen. Einmutig setzten sich CDU und SPD für die Kontinuität des Berufsbeamtenstums ein. Aber über die Rolle der SPD dabei schweigt Adi Burg sich aus.

WILLY BRANDT EINIG MIT KONRAD ADENAUER: AUFBAU DES "NEUEN" STAATES MIT ALTEN FASCHISTEN

Willy Brandt nutzte eine Gesprächsrunde aus Anlaß des 8. Mai der Redaktion der Zeitschrift "Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" dazu, den 1. Kanzler der Republik, Konrad Adenauer, historisch zu würdigen, und den Einklang der SPD mit der Generallinie Adenauers im Umgang mit der faschistischen Vergangenheit - unbeschadet gewisser unterschiedlicher Standpunkte in Details - hervorzuheben. Damit rief Willy Brandt auch in Erinnerung, daß SPD und CDU/CSU im Umgang mit der Masse der großen und kleinen Funktionsträger des Faschismus am gleichen Strang zogen:

"Weiter kommt hinzu, daß Konrad Adenauer (mit dem ich ja nun gewiß nicht in allen Punkten einer Meinung war) die wahrscheinlich richtige Ansicht hatte, daß man nicht einen neuen Staat zustande bringe, der mit der Konservierung eines Gegensatzes mitten durch das Volk lebt: zwischen denen, die auf der Seite Hitlers waren und den anderen. Ich habe seine Politik relativ früh als eine verstanden, die Zeit gewinnen und einen Generationsriegel dazwischen-schieben wollte. Es ist klar, daß damit auch alle Belastungen in Kauf genommen werden mußten, die eine solche Politik für das Aufarbeiten der Erfahrungen mit sich brachte."

(NG/FH, April 1985, S. 301)

Der historischen Aufgabe der Liquidierung der Wurzeln des Faschismus, der Sauberung des öffentlichen Lebens von Naziaktivisten und ihrer Bestrafung hält Brandt, ganz mit Adenauer einig gehend, trugerische und verlogene Ausfluchte entgegen,

daß angeblich die 'Zeit' die Wunden heile, daß die Vergangenheit des Faschismus auf biologische Weise, durch einen sogenannten "Generationsriegel" überwindbar sei.

Eben solche faulen Rechtfertigungen gehörten zum demagogischen Rauchvorhang, hinter dem die massenhafte Integration der Naziverbrecher und der hohen und niederen Naziaktivisten in den Staatsapparat und die Einrichtungen des öffentlichen Lebens betrieben wurde.

Wenn sich Willy Brandt hinter die Person Konrad Adenauers stellt, und auf die Gefahr der "Konsevierung eines Gegensatzes mitten durch das Volk", "zwischen denen, die auf der Seite Hitlers waren und den anderen" verweist, so ist er sich mit Adenauer grundsätzlich völlig einig, den Kampf antifaschistischer Deutscher gegen die faschistischen Deutschen, gegen die gesamte faschistische Vergangenheit, die tiefgreifende, erschütternde und reinigende Wirkung einer wirklichen antifaschistischen Umwalzung als größtes Hindernis für die Schaffung eines "neuen" alten Staates der deutschen Imperialisten zu betrachten und zu unterdrücken.

Willy Brandt rechtfertigt die Wiedereinsetzung eines Großteils der alten Faschisten in ihre Amter und Funktionen, was man als "Belastungen habe in Kauf nehmen müssen", um eine wirkliche antifaschistische Umwalzung zu verhindern und die Herrschaft der deutschen Imperialisten aufrechtzuerhalten.

trupps bei weitem übersteigen, lenkt er die Aufmerksamkeit allein auf diese.

Dahinter steckt die alte sozialdemokratische Verklärung des bürgerlichen Staatsapparates als außerhalb und über den Klassen stehender "Ordnungsfaktor", dem eine aktuelle oder potentielle "antifaschistische Kraft" zugeschrieben wird.

Selbst wenn Sozialdemokraten wie A. Burg mit erheblicher Kritik an der Nachkriegsentwicklung auftreten, selbst wenn sie auf das sonst bei der SPD übliche Bekenntnis zum "besten Staat, den wir je auf deutschem Boden hatten" verzichten, so wird doch sichtbar, daß sie grundsätzlich auf dem Boden eben jenes Staates stehen, den die SPD mit aufgebaut und ausgebaut hat.

Es darf weder Sache der Marxisten-Leninisten noch der Antifaschisten sein, im Kampf gegen die faschistische Gefahr auf die "Legalität", auf Gesetze und Verbotsmaßnahmen von "oben" zu bauen. Sie müssen den "antifaschistischen Legalismus" aufdecken und bekämpfen, der dafür sorgt, daß sich der Kampf in einem für die Bourgeoisie ungefährlichen Rahmen bewegt. Sie müssen den konsequenten antifaschistischen Massenkampf propagieren und organisieren, müssen sich klar sein, daß gegen die faschistische Gefahr allein der selbstständige und militante Kampf hilft, der sich gegen die gemeinsame Front von bürgerlichem Staatsapparat und faschistischen Banden richten muß.

SCHÜRUNG VON ILLUSTIONEN IN DIE SPD

Hat "n u r" die Politik der CDU und CSU die Voraussetzung dafür geschaffen, daß Westdeutschland "seit Jahren übersät (ist) von nazistischen, pseudonazistischen und chauvinistischen Organisationen"?! Es ist alarmierend, wenn ein Redner heute vor tausenden von Menschen hintreten und die SPD als unschuldiges Lämmchen hinstellen kann, ohne lautstarke Entrüstung hervorzurufen.

In Wirklichkeit zeigt die jahrelange Politik der SPD, daß sie nicht anders als die CDU/CSU die Schirmherrschaft für faschistische und revanchistische Stoß- und Hilfstruppen des Kapitals übernommen hat, daß sie auf diesem Gebiet eine lange Liste von Schandtaten aufzuweisen hat, die von der CDU/CSU kaum zu übertreffen ist.

Halten nicht seit jeher die sozialliberale Bundesregierung und sozialdemokratische Landesregierungen stets die schützende Hand über die faschistischen Organisationen, über NPD Versammlungen, über Zusammenrottungen von HIAG-SS Verbrechern usw.?

Haben nicht SPD-Bürgermeister und Polizeipräsidenten oft genug den Prügeleinsatz gegen antifaschistische Demonstranten bei solchen Gelegenheiten befohlen, und den Faschisten die Bresche geschlagen ?!

Es handelt sich hier doch nicht um einige "Mißgriffe", sondern um eine durchgehende, unzweideutige Verkettung von Tatbeständen, die in der "linken" Presse dokumentiert, wohl aktuell Entrüstung hervorgerufen haben und hervorrufen, jedoch unter dem Eindruck der demagogischen Oppositionsrolle der SPD Gefahr laufen bald wieder in Vergessenheit zu geraten oder bereits wieder vergessen sind.

Tatsächlich ist die Wiederbelebung, Dienst-

barmachung, Verhätschelung und Pflege unverhüllt faschistischer und revanchistischer Organisationen 'von oben' nicht einfach Ergebnis der Politik nur einer Partei des westdeutschen Imperialismus, der CDU, sondern hat ihre tiefen Ursachen in der Existenz des Systems des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, dem alle Parteien, sei es nun CDU/CSU oder SPD zu Diensten sind.

ABLENKEN VOM EIGENEN IMPERIALISMUS UND CREDO DES PAZIFISMUS

Dorothee Sölle wandte sich als Christin und als "Friedenspredigerin" der Nachkriegsentwicklung zu, und betont den Verlust der "Vision 'Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!' " (S. 4). Sie erhebt Anklage

gegen das weltweite Wettrüsten, gegen die Ausbeutung der Armen der Welt, gegen den Welthunger, all dies jedoch in einer so auffällig allgemeinen Art und Weise, daß der Anteil des 'eigenen', des westdeutschen Imperialismus sich dabei völlig verliert und überhaupt nicht mehr zu fassen ist. Bestimmt und deutlich wird die Rede gerade dort, wenn es nicht etwa um die "eigene" Bourgeoisie geht, sondern um Reagan, um seine "falsche Vision" der "Absicherung des Wohlstands der Reichen" (S.5), des "Kriegs der Reichen gegen die Armen" (ebd.). "Die Vision Reagans ist die der amerikanischen Weltherrschaft" (ebd.), und so wird die gesamte Aufmerksamkeit darauf konzentriert, daß "Reagan endlich weg" soll (S.6).

Die Rede D. Solles ist so ausschließlich an der Entlarvung Reagans orientiert, daß man fast meinen konnte, es spräche eine Amerikanerin in Washington und nicht eine Westdeutsche in Westberlin zum 40. Jahrestag des Siegs über den deutschen Imperialismus und Faschismus. Es handelt sich hier jedoch weder um eine geographische noch um eine terminliche Verirrung, sondern um eine in der gesamten hiesigen Friedensbewegung tief sitzende Ablenkung vom "eigenen" Imperialismus, von seinen Verbrechen bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der Welt, von seinen weltweiten und auf das Ziel der Welt herrschaft ausgerichteten Aktivitäten, die einem Hilfsdienst für die westdeutschen Imperialisten gleichkommt. Menschen, die bereits durch die wachsende Kriegsgefahr beunruhigt sind, die beginnen, das Vertrauen in die Regierungen zu verlieren und in Bewegung treten, werden so von der Aufmerksamkeit über die von der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie verübten Verbrechen an den Völkern weggeführt.

Als Sprecherin eines "reformierten", "linken" Klerikalismus übt D. Solle eine stellenweise vehemente Kritik an einigen Übeln des kapitalistischen Systems, wie zum Beispiel in den folgenden Feststellungen

"Das System des Kalten Krieges und der Wirtschaftsexpansion hat keines der Weltprobleme lösen können. Der Hunger wurde größer, die Zerstörung der Umwelt hat das Gleichgewicht des Lebens durcheinandergebracht, die Überrüstung zehrt alle Kräfte auf. Keines dieser 3 Probleme ist vom kapitalistischen System gelöst worden, es ist unfähig dazu. Wir leben in einem furchtbaren Wirtschaftskrieg gegen die Armen." (S. 5)

Führt sie aber die richtige Einschätzung, daß der Imperialismus unfähig ist, auch nur eines der "bedrangenden Weltprobleme" zu lösen, zu der sich zwingend daraus ergebenden Schlußfolgerung, daß die Klassenherrschaft der Bourgeoisie beendet und das imperialistische System zerschlagen werden muß? Weit gefehlt!

Gegen die "Kriegsvision Reagans" - wobei es ihr wohlgemerkt nur um einen bestimmten Vertreter der herrschenden Klassen, keineswegs um die gesamte Klasse der US-amerikanischen Imperialisten, geschweige denn um die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie geht, bietet D. Solle folgende Alternative an.

"Was ist unsere Vision? Frieden kann nur auf einer einzigen Grundlage aufgebaut werden, nicht mit Gewalt und Militär, sondern durch Gerechtigkeit. Der Frieden Reagans will sie gerade verhindern und die Armen weiter ausplaudern." (S. 5f.)

Die berechtigte Anklage gegen die Übel des kapitalistischen Systems nimmt ein außerst klagliches Ende bei der typisch pfaffischen Predigt gegen die Gewalt schlechthin, für einen 'Frieden durch Gerechtigkeit'. Verfehlung der Gewalt an sich, Beschworung des "Friedens", ganz gleich, welche Klasse sich der Gewalt bedient und den Frieden garantiert, ob die Gewalt von den Unterdrückten zur Befreiung von ihren Unterdrückern gebraucht wird oder von den Unterdrückern zur Niederhaltung der Unterdrückten, bedeu-



tet keine Gerechtigkeit, sondern die Verewigung der Herrschaft der bis an die Zahne bewaffneten Ausbeuter. Es ist eine pfaffische 'Vision', ein alter Wunschtraum christlicher wie pseudomarxistischer Philister, die der Welt "Frieden durch Gerechtigkeit" bescheren wollen, ohne die kapitalistisch-imperialistische Ordnung anzutasten, ohne den Aufruf der Massen zur revolutionären Aktion, ohne erbitterten Bürgerkrieg der Unterdrückten gegen den Kapitalismus.

D. Solle setzt auf ein Grundprinzip der "Frie-

densbewegung" auf, den sog. "kämpferischen Pazifismus", und hält eben damit die Massen von wirklich tiefgreifenden und real Abhilfe schaffenden Taten ab.

Lenin faßte die Haltung der Marxisten-Leninisten zum Pazifismus in folgenden, höchst lehrreichen Worten zusammen:

deutschen Faschismus jedoch zur bestimmenden Triebfeder, zur entscheidenden, wenn nicht alleinigen Ursache seiner Verbrechen und Raubzüge:

"Das Ausmaß des Todes wird auf fünfzig Millionen Menschen geschätzt, die Ursache war ungezügelter Rassismus."(S.9)

Die Stellung der Sozialisten zu Kriegen

Die Sozialisten haben die Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt. Aber unsere Stellung zum Krieg ist eine grundsätzlich andere als die der bürgerlichen Pazifisten (der Friedensfreunde und Friedensprediger) und der Anarchisten. Von den ersten unterscheiden wir uns durch unsere Einsicht in den unabänderlichen Zusammenhang der Kriege mit dem Kampf der Klassen im Innern eines Landes, durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen, ferner auch dadurch, daß wir die Berechtigung, Fortschrittlichkeit und Notwendigkeit von Bürgerkriegen voll und ganz anerkennen, d. h. von Kriegen der unterdrückten Klasse gegen die unterdrückende Klasse, der Sklaven gegen die Sklavenhalter, der leibeigenen Bauern gegen die Gutsbesitzer, der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie. Von den Pazifisten wie von den Anarchisten unterscheiden wir Marxisten uns weiter dadurch, daß wir es für notwendig halten, einen jeden Krieg in seiner Besonderheit historisch (vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus) zu analysieren.

aus: Lenin: "Sozialismus und Krieg", August 1914, LW 21, S. 299

EIN VERTEIDIGER DES IMPERIALISMUS IM PFAFFENGEWAND

Die Rede Jesse Jacksons, dessen Einladung auf die Kundgebung insbesondere von der AL unterstützt wurde, heimste unter den Zuhörern mit den stärksten Beifall ein. Ein Grund dafür war sicher auch, daß dort ein Angehöriger der in den USA unterdrückten schwarzen Minderheit sprach, dessen Polemik gegen das "Herrenmenschenstum", gegen alten und neuen Rassismus auf die Versammelten einen spürbaren Eindruck hinterließ. So erinnerte Jackson daran, daß unter den Ersten, die das Konzentrationslager Buchenwald erreichten, schwarze amerikanische Soldaten waren. "Opfer des Rassismus befreiten Opfer des Rassismus!"(S. 12)

Bei Jesse Jackson wird der Rassismus des

Damit verschwindet die hinter dem barbarischen Rassismus stehende entscheidende Grundlage des Faschismus, der deutsche Imperialismus, die Herrschaft der deutschen Monopolbourgeoisie, die den Rassismus für ihre Weltherrschaftspläne, die Unterjochung anderer Völker und die Unterdrückung jeden Widerstandes eingesetzt hat.

Vom untrennbarer Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus, damals wie heute, ist bei Jackson nicht die Rede und dies hat der frühere Aspirant auf die Kandidatur für den Präsidentenposten in den USA keineswegs nur 'vergessen'. Für ihn besteht kein Zweifel, daß dort ebenso wie in Westberlin und Westdeutschland oder England "freie westliche Demokratien" herrschen. Angesichts des realen fortgeschrittenen Grades der Faschisierung, des brutalen Terrors gegenüber jedem ernsthaften Widerstand, des herrschenden Rassismus und Chauvinismus in den sog. "westlichen Demokratien" ist es mehr als verharmlosend, wie Jesse Jackson von "freien westlichen Demokratien" zu

sprechen.

Wenn Jackson Wachsamkeit fordert und hervorhebt: "Der Nazismus (ist) nicht tot, er schläft nur!" (S. 10), so klingt das zwar wie eine Warnung, lenkt aber doch davon ab, daß der Faschismus sehr 'wach' ist, vor allem durch die real existierende und von den Staatsapparaten der "westlichen Demokratien" betriebene Faschisierung. Wenn die Grundlagen von Faschismus und Faschisierung, wenn der Kapitalismus, das imperialistische System, welches den Faschismus hervorgebracht hat und heute wieder hervorbringt, von Jesse Jackson als "freiheitliche Demokratie" gepriesen wird, dann wird die 'lebendige' Ursache des Faschismus verdeckt, wird die Wachsamkeit vor den Wurzeln der faschistischen Gefahr eingeschlafert. Ob in Westdeutschland oder in Westberlin, in den USA oder in anderen "freien westlichen Demokratien", denen sich Jackson so verbunden fühlt, es ist die Monopolbourgeoisie, die vor allem die Faschisierung der staatlichen Unterdrückungsorgane, aber auch die Aufzucht faschistischer Banden vorantreibt. Vor der Gefahr eines neuen Nazismus warnend die Stimme erheben, aber die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie als "freiheitliche Demokratie" verteidigen, genausogut könnte Jackson vor der Feuergefahr warnen, und den Brandstiftern beim Tragen der Benzinkanister behilflich sein.

Die ausgebeuteten und unterdrückten Massen sollen ihre Hoffnungen darauf richten, daß diese Appelle von den Kapitalisten erhört werden und die Herrschaft des Imperialismus etwas humaner und erträglicher wird:

"Wir müssen deshalb für immer ethische Werte über ökonomische Werte stellen, wir müssen Menschenwürde über Dollars und Individuen über Reichtum stellen." (S. 9)

Ginge es nach Jesse Jackson, so müßten die Arbeiter und Werktätigen bis zum St. Nimmerleinstag warten, bis sich die Monopolbourgeoisie nach "ethischen Werten" richtet und darauf verzichten wird, die Plusmacherei um jeden Preis zum höchsten Gebot des Kapitalismus zu machen. Solange der Kapitalismus existiert, wird die Anhäufung von Dollars und von DM, die Vermehrung des Reichtums der Bourgeoisie die Triebfeder dieser auf Ausbeutung und Unterdrückung gegründeten Gesellschaftsordnung bleiben. Es gibt keine über den Klassen stehende Ethik! Die Ausgebeuteten und Unterdrückten lassen sich von ihrer Ethik leiten und gewinnen i h r e M e n s c h e n w ü r d e im und durch den K l a s s e n k a m p f für die Zerschlagung des Reiches der Dollars, des internationalen Finanzkapitals, um ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu erkämpfen. Genau davon will J. Jackson mit seiner Propagierung einer 'klassenneutralen' Ethik und Menschenwürde ablenken.

Grundsätzliche Verteidigung des imperiali-

stischen Systems, grundsätzliche Verteidigung des Imperiums des Dollars und der DM, darauf läuft es auch bei diesem Prediger der 'höheren', klassenübergreifenden 'Vernunft' hinaus.

VOR 40 JAHREN ALS BEFREIER; HEUTE ALS PROPAGANDIST FÜR DEN SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS

Mit Wladimir Gall, heute Dozent für Germanistik in Moskau, trat ein Veteran des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion als Redner auf, der vor 40 Jahren als Mitglied der Roten Armee die Befreiung Berlins und die Kapitulation der faschistischen Wehrmacht erlebte. Er hatte noch in den allerletzten Kriegstagen mutig sein Leben aufs Spiel gesetzt, um als Parlamentär die friedliche Übergabe der von Offizieren und Soldaten der Wehrmacht bis zum bitteren Ende verteidigten Festung Spandau, in der sich auch Greise, Frauen und Kinder befanden, zu erreichen. Als er in seiner Rede die Beweggründe für sein Handeln schilderte, hob Wladimir Gall hervor, was damals in der Tat der Politik der sozialistischen Sowjetunion Stalins gegenüber dem deutschen Volk entsprach: "Wir Sowjetmenschen setzten nicht einmal damals den deutschen Faschismus mit dem deutschen Volke gleich." (S.7)

Dort, wo Wladimir Gall auf die historischen Leistungen der Roten Armee Stalins und der Diktatur des Proletariats zu sprechen kam, hatte er recht und nur recht. Was allerdings seine Ausführungen über die Rolle der heutigen Sowjetunion betrifft, so waren diese falsch und noch einmal falsch.

Er leistet der imperialistischen Großmachtspolitik der heutigen sozialimperialistischen Sowjetunion direkte Schützenhilfe, wenn er feststellt:

"Keine Verleumdungen und Lügenmärchen über die sogenannte sowjetische militärische Bedrohung können einen Schatten auf unsere Außenpolitik werfen." (S. 8)

Die Völker Afghanistans, die von den sowjetischen Sozialimperialisten nicht nur militärisch bedroht, sondern seit mehr als fünf Jahren mit einem vernichtenden Raubkrieg überzogen werden, werden diese Behauptung sicher nicht teilen können. Auch die Völker der Tschechoslowakei, in deren Land die sozialimperialistische Armee 1968 nicht als Befreier, sondern als Unterdrücker einmarschiert ist, werden über den angeblich durch und durch friedfertigen Charakter der sowjetischen Politik ganz anderer Meinung sein als Wladimir Gall.

Wurf- und Klebezettel für die
8. Mai-Demonstration zum Breit-
scheidplatz

*SOZIALISTISCHE SOWJETUNION STALINS :
BEFREIUNG DER VÖLKER VOM FASCHISMUS*

REVISIONISTISCHE SOWJETUNION HEUTE :

SOZIALIMPERIALISTISCHE UNTERDRÜCKUNG DER VÖLKER

"DER SCHLOSS IST FRUCHTBAR NOCH,
AUS DEM DAS KROCH !"

DIE WURZELN DES FASCHISMUS AUSREISSEN !

DIE PROLETARISCHE REVOLUTION VORBEREITEN !

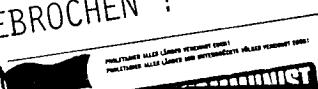
DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS ERKÄMPFEN !

DER 8. MAI DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS:

- Ehrung der faschistischen Wehrmacht
- Leugnung ihrer Kriegsverbrechen
- Verhöhnung der Opfer des Faschismus



*HITLERFASCHISMUS UND WESTDEUTSCHER IMPERIALISMUS -
DIE TRADITION IST UNGEBROCHEN !*



NIE VERGESSEN:

DIE BESTEN KÄMPFER GEGEN HITLERFASCHISMUS UND
IMPERIALISMUS WAREN DIE K O M M U N I S T E N

FÜR DEN AUFBAU DER
MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI WESTBERLINS !



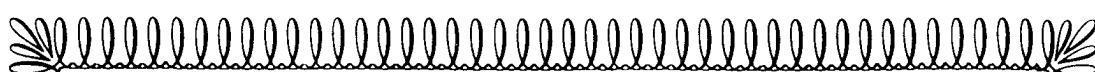
Die sozialistische Sowjetunion von einst hat mit dem revisionistischen Verrat die Farbe gewechselt, die Diktatur des Proletariats wurde durch die Diktatur der neuen Bourgeoisie ersetzt. Entstanden ist ein sozialimperialistischer Staat, der Aggression, Kriegsvorbereitung und Weltherrschaftspläne nicht weniger intensiv verfolgt als die anderen imperialistischen Großmächte. Dies sind für Wladimir Gall "Verleumdungen und Lügenmärchen", der vor 40 Jahren für die Sache Stalins, für den Sozialismus kämpfte und heute für den sowjetischen Sozialimperialismus, für die Interessen der Ausbeuter und Unterdrücker das Wort ergreift.

Moskau

Die auf dem 'oppositionellen' 8. Mai gehal-

tenen Reden zeigen, daß es der "heiligen Familie" von Sozialdemokratismus, modernem Revisionismus, proimperialistischem Pfaffenamt und 'linkem' Klerikalismus gelungen ist, den politischen und ideologischen Inhalt dieser Kundgebung zu bestimmen.

Alle ehrlich gesinnten Menschen, die an diesem 8. Mai auf die Straße gingen, müssen erkennen, daß auf solchen Grundlagen ein wirklich konsequenter Kampf gegen Faschisierung und faschistische Gefahr, gegen den imperialistischen Krieg und vor allem gegen die Wurzel der Übel, den Kapitalismus, völlig unmöglich ist; er kann nur geführt werden, wenn Staatsgläubigkeit und Hoffnung auf die Vernunft der Bourgeoisie, wenn alle Illusionen in den Imperialismus und Sozialimperialismus verworfen werden.



"STREIT" IN DER AL - EIN STREIT DARUM,
W I E FRIEDLICH
DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS IST !

Die "Alternative Liste" sah sich zwar wegen innerer Kontroversen außerstande, zum 8. Mai mehr als den bescheidenen "Versuch einer Erklärung" zu verfassen, jedoch bestehen in der Redaktion des "Stachel" offenbar keine Meinungsverschiedenheiten darüber, wer vor allem politisch unter Beschuß genommen werden muß:

"Wir haben keine fertigen Lösungen anzubieten. Wir wenden uns jedoch gegen Helmut Kohl und die Bundesregierung..." ("Stachel"; "8. Mai - Befreiung vom Faschismus"; S.1)

Nicht den westdeutschen Imperialismus, seine imperialistische Großmachtpolitik, seinen Revanchismus, den er seit der Niederlage der Nazi-Faschisten mit allen seinen Regierungen systematisch verfolgt hat, seinen Militarismus und seine Kriegsvorbereitungen, die durch das imperialistische System von Ausbeutung und Unterdrückung, die Jagd nach Maximalprofit, hervorgebracht werden, gilt es anzuprangern, nein, nur die gegenwärtige Regierung des westdeutschen Imperialismus, die CDU und natürlich Helmut Kohl, das altbekannte sog. 'Rechtskartell' werden als Übel ausgemacht. Die imperialistische SPD hingegen, die sich gerade am 8. Mai als fortschrittlich herauszuputzen such-

te, erscheint wie gehabt als das 'kleinere Übel', wenn überhaupt noch als solches und nicht vielmehr als beliebäugelter künftiger Koalitionspartner.

Die AL zieht sich mit einem "Streitgespräch" zwischen Wolfgang Schenk und Dirk Schneider, vorgestellt als Vertreter "unterschiedlicher Positionen innerhalb der AL" (S.1), aus der Affäre, welches sich bei näherem Hinsehen als Streit darüber entpuppt, welche Linie der Verharmlosung, Beschönigung und Unterstützung des westdeutschen Imperialismus eingeschlagen werden soll.

Für Dirk Schneider ist klar, daß revanchistische Gelüste, Kriegsgefahren überhaupt mit der "politischen Wende..." verbunden" (S.2) vor allem in den Kreisen von CDU und CSU zu suchen sind:

"Daß die Frage (des 8. Mai, AdV) jetzt so aktuell wird, halte ich in erster Linie für eine Veränderung der Politik weiter CDU/CSU-Kreise, die in dem letzten halben Jahr mit der Diskussion um den 8. Mai und der Diskussion um das Schlesien-Motto 'Schlesien bleibt unser' deutlich gemacht haben, daß sie einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen wollen..."

Wir sollen die alten Zeiten vergessen und unseren Blick gegen den alten und neuen Feind, den Osten, wenden. Mit dieser politischen Wende ist gleichzeitig eine verstärkte Aufrüstung verbunden, eine verstärkte härtere Gangart gegenüber dem östlichen Lager, das man totrüsten und letztendlich auch besiegen will. Dieser Politik hat sich die Bundesregierung heute schon weitgehend angeschlossen." (S.2)

Also erst in jüngster Zeit regen sich die kriegerischen Kräfte unter den westdeutschen Imperialisten, die die "alten Zeiten" der sog. Entspannung hinter sich lassen und eine "härtere Gangart" einschlagen wollen. Erst mit der "politischen Wende" sind Kriegsvorbereitungen und revanchistische Pläne wieder virulent geworden, so will uns Dirk Schneider glauben machen, der seine Ansichten über den westdeutschen Imperialismus nicht aus den Entwicklungsgesetzen des imperialistischen Systems und der Geschichte des deutschen Monopolkapitals gewinnt, sondern sich offenbar in erster Linie an der aktuellen Lautstärke mancher revanchistischer Schreihälse ausrichtet.

Das Schauspiel der offiziellen Rehabilitierung der SS in Bitburg, die unverhohlen vorgetragene Bewunderung für die 'Leistungen' der faschistischen Wehrmacht, die von den imperialistischen Politikern und den Medien verbreitete Trauer über die Niederlage des deutschen Faschismus usw. zeigen in der Tat, daß die westdeutschen Imperialisten sich in ihrer Propaganda immer offener zu ihrem Ziel bekennen, diese Niederlage in einem neuen Anlauf für den Kampf um die Weltherrschaft auszumerzen und dafür verstärkt den ideologischen Boden zu bereiten. Nichts ist jedoch abwegiger und irreführender als die Behauptung, die Vorbereitung auf einen neuen Krieg um die Weltherrschaft und das Streben nach Revanche hätte bislang nicht die gesamte Politik des westdeutschen Imperialismus bestimmt, wie es Dirk Schneider hinstellt, der drohende Gefahren nur in der "Veränderung der Politik weiter CDU/CSU-Kreise" zu erkennen mag.

Damit wird geleugnet, daß die westdeutschen Imperialisten von Anfang an mit Adenauer, ebenso wie mit Brandt und Schmidt und heute wieder mit Kohl und Strauß systematisch auf die Verwirklichung ihrer revanchistischen Ziele, auf eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, hingearbeitet haben. Wer, wie Dirk Schneider, der SPD das Etikett 'nicht revanchistisch' umhängen will, sei daran erinnert, daß auch zu Zeiten von Brandt und seinen Ostverträgen kein Zweifel an der fortbestehenden Verbindlichkeit des revanchistischen Grundgesetzes und seiner Forderung nach Wiederherstellung des 'Großdeutschen Reiches' in den Grenzen von 1937 gelassen wurde. Für diesen 'Verfassungsauftrag' steht die SPD nach wie vor ohne Einschränkungen.

Die revanchistischen Ziele betreffen im ü-

brigen nicht allein Schlesien und die anderen sog. 'Ostgebiete', sondern auch die anderen Länder, die von den deutschen Imperialisten bei ihren Raubzügen unter das Joch des Hakenkreuzes gezwungen werden konnten. Die westdeutschen Imperialisten verfolgen Hitlers alte Pläne, die sie am 8. Mai 1945 nur vorläufig begraben mußten, sie streben als imperialistische Großmacht wieder nach Hegemonie und Weltherrschaft, spielen ihre besondere Rolle als revanchistischer Räuber im Kampf mit den anderen imperialistischen Großmächten um die Neuauftteilung der Einflußsphären in der Welt.

Die Kriegsgefahr, die aus diesem Kampf erwächst, die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten, die diesem Ziel, Hitlers alte Pläne zu verwirklichen, dienen, ist für Dirk Schneider nicht Produkt des herrschenden imperialistischen Systems, damit hat die SPD nichts zu tun, für ihn droht die Gefahr von "der Politik weiter CDU/CSU-Kreise", von Strauß und Barzel, die "wieder laut und deutlich von einer Veränderung der Grenzen... reden" (S.2), als wäre die Wortwahl imperialistischer Propagandapolitiker der entscheidende Maßstab für den Charakter des westdeutschen Imperialismus.

Seinem Widerpart, Wolfgang Schenk, geht selbst das noch zu weit, seiner Meinung nach geschieht der CDU/CSU durch Dirk Schneider Unrecht:

"Meiner Meinung nach macht die CDU im wesentlichen Teil (wobei ich Dregger im Moment ausnehme) eine moderne sozialdemokratische Entspannungspolitik, ..." (S.2)

Wenn Wolfgang Schenk sich hier dagegen wendet, eine Scheidewand zwischen der Politik von SPD und CDU/CSU aufzubauen, so geschieht dies allerdings nicht, um den durch und durch imperialistischen und revanchistischen Charakter beider Seiten bloßzustellen, sondern er hat etwas ganz anderes im Sinn. Ihm geht es darum, zu beweisen, daß sowohl SPD wie CDU/CSU und mit ihnen die westdeutschen Imperialisten tatsächlich ihre räuberischen Ziele aufgegeben haben. Für ihn sind "Revanchismustheorie(n)" (S.2) längst überholt, ist der Revanchismus des westdeutschen Imperialismus längst eine Sache der Vergangenheit, der vielleicht einzelne imperialistische Politiker wie Dregger vorübergehend "im Moment" in Familienerinnerungen nachhängen können:

"Von wegen Ostlandritter - das gab es Anfang der 50er Jahre, da waren solche Überlegungen auch brandheiß und gefährlich." (S.3)

Der westdeutsche Imperialismus hat nach Wolfgang Schenk seinen revanchistischen Charakter verloren, überhaupt seine Kriegspläne aufgegeben, vielleicht überhaupt nie-mals solche besessen, denn er ist angeblich

an nichts anderem interessiert als an der "Aufrechterhaltung des Status quo in Europa" (S.3)

Wenn selbst aus den Reden imperialistischer Politiker von SPD bis CSU seit jeher manchmal verdeckter und manchmal offener herauszulesen ist, daß die Politik des westdeutschen Imperialismus auf den Platz an der Sonne, auf die kriegerische Niederschlagung der imperialistischen Konkurrenten abzielt, sieht für Wolfgang Schenk die Sache gerade umgekehrt aus:

"Unsere Politiker reden in der Sprache der Kreuzzüge oft gern davon (von revanchistischen 'Kreuzzügen' gen Osten, AdV), aber zwischen Reden und Ideologie und dem was in der faktischen Politik gemacht wird, besteht ein Riesenunterschied." (S.3)

Sind wir bisher davon ausgegangen, daß das Friedensgesäusel der Imperialisten ihre Kriegsvorbereitungen verschleieren soll, belehrt uns Wolfgang Schenk, daß die offen militaristische und revanchistische Propaganda der westdeutschen Imperialisten ihre in Wahrheit friedlichen Absichten verhüllt. Tiefer kann man bei der Verharmlosung und Beschönigung des westdeutschen Imperialismus kaum noch sinken.

Von der Schönfärberei und Liebedienerei bis zur direkten Unterstützung der Imperialisten ist es bekanntlich kein großer Schritt. In diese Richtung geht auch Wolfgang Schenk, wenn er bedauert:

"Eine Politik, die darauf abzielt, den Status quo friedlich zu ändern, wird von vornherein als gegen die Lehren aus dem Faschismus dargestellt." (S.2)

Unterstützung für die "friedliche Änderung des Status quo", Unterstützung für die "friedliche" Expansion und Wühlarbeit der westdeutschen Imperialisten, die die militärische Aggression vorbereiten und ihr dienen, darauf läuft es bei Wolfgang Schenk und der AL hinaus, die in ihrer Broschüre "Zum Thema: Einseitige Abrüstung" noch deutlicher wird:

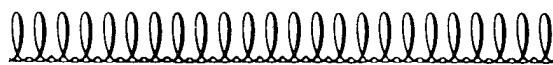
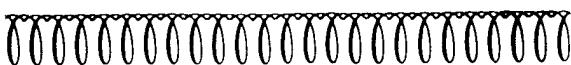
"Eine gesamteuropäische Friedensordnung bedeutet außenpolitisch das historische Ende der bestehenden hegemonialen Strukturen der Großmächte und die Errichtung eines 'multipolaren' internationalen Systems." ("Zum Thema: Einseitige Abrüstung." Die Alternative Liste Berlin, 1985, S. 41)

Hinter der These von den "hegemonialen Strukturen der Großmächte", womit der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, die beiden sogenannten 'Supermächte', gemeint sind, verhüllt die AL die reale Stellung des westdeutschen Imperialismus als imperialistische Großmacht und besonders aggressivem revanchistischen Räu-

ber, der mit den anderen imperialistischen Großmächten auf gleicher Ebene um Hegemonie und Einflußsphären ringt. Sie stellt es so hin, als gäbe es heute nur zwei "Pole" in der internationalen Kräftekonstellation und nicht ein System mehrerer imperialistischer Großmächte, zu denen unter anderem auch der westdeutsche Imperialismus gehört.

Die westdeutschen Imperialisten arbeiten selbst fieberhaft daran, ihr Gewicht gegenüber den anderen imperialistischen Großmächten, insbesondere auch gegenüber dem US- Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus, weiter auszubauen, ihre Stellung als "Pol" des internationalen imperialistischen Systems zu festigen und zu erweitern. Wer angesichts dieser Anstrengungen des westdeutschen Imperialismus, sein Terrain der Ausbeutung und Unterdrückung in aller Welt zu erweitern, wer angesichts seiner Vorbereitungen auf einen Krieg um eine Neuverteilung der imperialistischen Einflußsphären zu seinen Gunsten ein "'multipolares' internationales System" zum Ziel seiner Politik erhebt, der wünscht auf dem Boden des imperialistischen Systems nichts anderes als den weiteren Aufstieg des westdeutschen Imperialismus und macht sich zum direkten Unterstützer *s e i n e s Kampfes* um Hegemonie und Weltherrschaft und *s e i n e r Kriegsvorbereitungen*.

Dies ist der wahre Kern der Politik von der 'friedlichen Veränderung des Status quo', der wahre Kern der Phantastereien von einer "gesamteuropäischen Friedensordnung" unter Aufrechterhaltung des imperialistischen Systems. Wirklichen Frieden kann es nur geben, wenn das imperialistische System weltweit - und keineswegs nur in Europa, um das die Gedanken unserer Chauvinisten vor allem kreisen- zerschlagen und der "Status quo" der imperialistischen Ausbeuterordnung durch die proletarische und die antiimperialistisch-demokratische Revolution der unterdrückten Völker gewaltsam verändert wird.



Der 8. Mai in der DDR

REVISIONISTISCHE PROPAGANDA UND 'VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG'

Die Medien der DDR, die Erklärungen und Reden der SED-Führer, überhaupt die öffentlichen Aktivitäten in den Wochen vor dem 8. Mai standen ganz im Zeichen dieses Datums. Zahlreiche Kundgebungen und Gedenkveranstaltungen an den ehemaligen Stätten faschistischer Verbrechen sollten dem eigenen und den anderen Völkern glaubhaft machen, was Erich Honecker auf einer Versammlung auf dem Gelände des Nazi-Zuchthauses Brandenburg als Leitmotiv aller propagandistischen Anstrengungen formulierte: "Die DDR verkörpert die Ideale des antifaschistischen Kampfes". ("Neues Deutschland", 29.4.1985)

In das gleiche Horn stieß natürlich auch die Westberliner SEW, deren Vorsitzender Horst Schmitt verkündete, daß in der DDR "... das Erbe Ernst Thälmanns, seine Vorstellungen von einem antifaschistischen demokratischen Deutschland verwirklicht" würden ("Die Wahrheit", 6.5.1985).

Die SED-Revisionisten, assistiert von ihren getreuen Nachbetern, wollen das Bild vermitteln, daß die DDR heute für die gleichen Ziele steht, für die die Rote Armee Stalins, die Partisanen in den besetzten Gebieten, für die Ernst Thälmann, die deutschen Kommunisten und Antifaschisten gekämpft und ihr Blut vergossen haben. Sie wollen sich 40 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus als wahre Kommunisten und Internationalisten präsentieren, die sich zu den Verpflichtungen, die die Verbrechen des deutschen Imperialismus dem deutschen Volk auferlegt haben, bekennen und danach handeln.

Die wohlformulierten Reden von Honecker oder Sindermann in Sachsenhausen und Brandenburg, mit denen sie den Helden des Kampfes gegen den Faschismus scheinbar die ihnen gebührende Ehre erweisen, sind jedoch pure Heuchelei. Die SED-Revisionisten haben ebensowenig das Recht, im Namen der kommunistischen und antifaschistischen Kämpfer gegen die Nazidiktatur zu sprechen, wie sie das Recht haben, das Wort im Namen des Sozialismus zu ergreifen, denn sie haben die Sache des Marxismus-Leninismus, des Sozialismus und des revolutionären Kampfes gegen Imperialismus und Faschismus schon längst verraten. Ihr "realer" Sozialismus ist in Wahrheit eine bürgerlich-revisionistische Diktatur mit allen Merkmalen eines Unterdrückerstaates gegen die

werkaktiven Massen; ihre Aufrufe gegen den Imperialismus entpuppen sich als Appelle zur Unterstützung ihrer eigenen revisionistisch-sozialimperialistischen Politik, ihre großen 'marxistisch-leninistischen' Worte sind zu revisionistischen Sprachhülsen verkommen.

Für die antikommunistische Propaganda der Bourgeoisie liefert dieses Zerrbild des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats, das die SED-Führer und ihr revisionistischer Staat abgeben, willkommene Munition. Das abschreckende Beispiel der revisionistischen DDR diskreditiert den Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus auch bei jenen, die gegen Kapitalismus und Imperialismus kämpfen wollen.

Allerdings darf neben dieser negativen Ausstrahlung der DDR nicht übersehen werden, daß die SED-Revisionisten in ihrer angemaßten Rolle als Bewahrer der Traditionen des antifaschistischen Widerstandes auch jenseits der Grenzen der DDR noch Punkte für sich sammeln können. Für nicht wenige der antifaschistisch gesinnten Werktätigen und Jugendlichen, die am 8. Mai hier in Westberlin auf die Straße gingen, auch solche, die nicht unbedingt Parteigänger der SEW sind, besitzt die DDR in dieser Hinsicht doch einen gewissen Kredit. Ihre Propaganda erscheint manchen zumindest glaubwürdiger, wenn nicht gar grundverschieden von den Provokationen und Heucheleien der westdeutschen Imperialisten, welche diese in Bitburg, in Bergen-Belsen oder im Westberliner Abgeordnetenhaus veranstaltet haben. Dieser Einfluß zeigte sich nicht zuletzt auch anhand der starken politischen Präsenz der SEW und ihr nahestehender Organisationen auf der Kundgebung an der Gedächtniskirche und bei anderen Aktivitäten in Westberlin zum 8. Mai.

Diese nicht zu unterschätzende Wirkung der revisionistischen Propaganda, die gerade an diesem 8. Mai, dem 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zum Tragen kam, beruht jedoch weniger auf den Realtäten in der heutigen DDR und ebenso wenig auf den rhetorischen Leistungen der SED-Führer, als vielmehr auf dem Ansehen der tatsächlich antifaschistischen

jungen DDR, aus dem sie Kapital schlagen wollen.

Die DDR kann auf eine scheinbar ungebrochene Tradition verweisen, den Widerstand der revolutionären und kommunistischen Kämpfer gegen den Faschismus, den Kampf für eine neue antifaschistische Ordnung in der sowjetisch besetzten Zone und später in der jungen DDR, Traditionen, die sie vorgibt hochzuhalten und vor allem heute fortzusetzen. Dabei können SED-Führer wie Erich Honecker ihren Worten durch die Tatsache Nachdruck verleihen, daß sie selbst von den Nazi-Faschisten verfolgt und eingekerkert worden sind. Sie zehren ganz wesentlich von der revolutionären Vergangenheit der DDR, setzen diese geschickt ein, um die revisionistische Gegenwart zu verschleiern, so wie Erich Honecker in seinem Artikel zum 40. Jahrestag:

"Auch dem deutschen Volk boten Sieg und Befreiung die Chance, das eigene Dasein von Grund auf neu einzurichten, Imperialismus und Militarismus samt der Wurzel auszurotten, Chauvinismus und Völkerverhetzung zu beseitigen, mit der reaktionären Vergangenheit zu brechen und sich auf die Seite des Fortschritts zu stellen. Diese kostbare Chance haben wir bei uns genutzt. ..."

40 Jahre nach den Neubeginn ist die DDR ein politisch stabiler, aufstrebender sozialistischer Staat ..." ("Neues Deutschland", 23./24.3.1985)

Es ist in der Tat wahr, daß im Gegensatz zu den westalliierten Zonen im Deutschland nach 1945, wo der deutsche Imperialismus nicht zerstochen und die historische Chance, ein besseres Deutschland aufzubauen, von den antifaschistischen Kräften nicht durchgesetzt werden konnte, in der sowjetisch besetzten Zone die Möglichkeit eines grundlegenden Neubeginns mit Unterstützung der Roten Armee Stalins realisiert werden konnte. Mit der Roten Armee als aktiver Helferin an ihrer Seite, gestützt auf die Waffen der sowjetischen Befreier konnten die Kommunisten und alle ehrlichen demokratischen Kräfte daran gehen, die Faschisten zur Rechenschaft zu ziehen, die Wiedergutmachung der Verbrechen des deutschen Imperialismus zu beginnen, die Monopole und die Junker zu enteignen, für den Frieden mit den Völkern zu kämpfen.

Die Sympathien und Hoffnungen der Kommunisten und wahrhaft demokratischen Kräfte der Völker galten nach 1949 völlig zu Recht der DDR, dem ersten deutschen Staat, der diese Aufgaben in Angriff nahm, sich die Aufgabe des Kampfes gegen die Wurzel des Faschismus, den Kapitalismus und Imperialismus, stellte und die ersten Schritte beim Aufbau des Sozialismus, einer Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung, machte.

Wenn sich die SED-Revisionisten heute als Fortsetzer der Sache der siegreichen antifaschistischen Völker und der deutschen Kommunisten und Antifaschisten darstellen, wenn sie die heutige DDR als der gleichen Sympathien und Hoffnungen für würdig erscheinen lassen wollen, so hat dies überhaupt keine Grundlagen mehr.

Die positiven Ansätze und Entwicklungsmöglichkeiten in der DDR, die hoffnungsvollen Keime wurden ersticken, nicht durch eine offene Konterrevolution des deutschen Imperialismus und der alten Faschisten, sondern durch die schlechende Entwicklung der führenden Kräfte der DDR aus Dienern der Arbeiterklasse zu Herrn, die Verwandlung des Staatsapparats aus einer Waffe der Arbeiter zu einer Waffe gegen die Arbeiter des eigenen Landes und gegen andere Völker. Dieser Prozeß der Revision der grundlegenden Lehren des Marxismus-Leninismus und der Entartung, wie er sich auch in der Sowjetunion Chruschtschows und in den meisten anderen Ländern der Volksdemokratie vollzog, gestaltete die DDR in eine reaktionäre kapitalistische Gesellschaftsordnung um mit all den widerlichen Erscheinungsformen der Vetternwirtschaft der Funktionäre, des Bürokratismus, der polizeilichen Willkür gegen die Arbeiter, der Anwendung faschistischer Unterdrückungsmethoden im Namen des "Antifaschismus", mit einer Wirtschaft nicht für die Bedürfnisse der Werktätigen, sondern für die Militarisierung und die kapitalistische Plusmacherei, wenn auch in anderen Formen.

Wenn Erich Honecker und die anderen SED-Führer die DDR als "politisch stabile(n), aufstrebende(n) sozialistische(n) Staat" präsentieren, so meinen sie "stabile" Herrschaftsverhältnisse für die revisionistische Bourgeoisie - nicht wie im 'instabilen' revisionistischen Nachbarstaat Polen !

Wer hinter die Oberfläche ihrer Reden in Sachsenhausen und Brandenburg sieht, sich nicht vom Schein ihrer antifaschistischen Bekenntnisse blenden läßt und vor allem nicht die revolutionäre antifaschistische Vergangenheit für die sozialimperialistische Gegenwart nimmt, der wird feststellen, daß der 8. Mai für die SED-Revisionisten vor allem ein willkommener Anlaß war, ihre konterrevolutionäre Ideologie und Politik zu verbreiten und zu rechtfertigen.

VERTUSCHUNG DER SOZIALIMPERIALISTISCHEN AGGRESSION UND KRIEGSVORBEREITUNG

Wie für alle Imperialisten, so gilt auch für die Revisionisten und Sozialimperialisten, je mehr sie vom Frieden reden, umso

dringender sind sie daran interessiert, ihre eigenen Aggressionen und Kriegsvorbereitungen zu kaschieren. Machtantritt des Revisionismus bedeutet Machtantritt der Bourgeoisie, bedeutet nicht nur Unterdrückung nach innen, sondern auch Expansion und Aggression nach außen, wie es für das imperialistische System überhaupt kennzeichnend ist.

Die SED-Revisionisten ebenso wie die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen dabei, in schamloser Weise den Ruhm und das ehrenvolle Andenken der Roten Armee Stalins für sich auszunutzen und die heutige Aggressionspolitik und Kriegsvorbereitung mit deren Befreiungstaten gleichzusetzen.

Wenn die SED-Revisionisten am 8. Mai die Leistungen der Roten Armee der sozialistischen Sowjetunion im Kampf gegen den Faschismus rühmen, so wollen sie damit die sozialimperialistische Aggression gegen die CSSR 1968 und ihre eigene Beteiligung daran mit einem Abglanz dieses Ruhms versehen und in den Rang einer Befreiungstat erheben.

Wenn die SED-Revisionisten die Siege im Kampf gegen die faschistische Wehrmacht in Erinnerung rufen, so soll dies ideologisch den Boden bereiten für die erträumten 'Siege' gegen die heutigen imperialistischen Konkurrenten.

Wenn die SED-Revisionisten heute von der Befreiung sprechen, die die Rote Armee Stalins den vom Faschismus unterjochten Völkern gebracht hat, so wollen sie die heutige Aggressions- und Expansionspolitik des sowjetischen Sozialimperialismus in asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, wobei sie selbst aktiv eingreifen und in imperialistischer Manier ihre eigenen Macht-positionen stärken, ebenfalls als Befreiung hinstellen.

Wie diese "Befreiung" aussieht, haben die Völker Afghanistans in dem seit über fünf Jahren währenden blutigen Unterjochungs- und Vernichtungskrieg der sowjetischen Sozialimperialisten erfahren müssen.

Die mit "ganzer Kraft" für den "Frieden" eintretende DDR macht sich indirekt und direkt schuldig an der sozialimperialistischen Aggression gegen die Völker Afghanistans, der sie vorbehaltlos Beifall zollt, indem z.B. ausgerechnet am Vorabend des 8. Mai der Justizminister und Generalstaatsanwalt des Kabuler Marionettenregimes in Berlin empfangen und dessen Bemühungen um "friedliche Antworten" auf alle die Region betreffenden Fragen" gewürdigt werden ("Neues Deutschland", 30.4. 1985). Diese "friedlichen Antworten" sind blutiger Terror und Flächenbombardements gegen die Dörfer der Bauern in Afghanistan, der "Frieden", dem sich die SED-Revisionisten verpflichtet fühlen, bedeutet für die Völker Afghanistans einen imperialisti-

schen Raubfrieden und gnadenlose Unterdrückung.



DER RUF NACH "FRIEDEN", UM DIE FUNKEN DER REVOLUTION AUSZUTRETEN

Erich Honecker zieht aus dem antifaschistischen Krieg als wichtigste Lehre: "Frieden, Frieden und nochmals Frieden" ("Neues Deutschland", 23./24.3.1984). Eine Formel, die mit dem wirklichen Wunsch der Völker nach der Verhinderung neuer imperialistischer Raubfeldzüge und der Notwendigkeit, mit aller Macht dafür zu kämpfen, wenig zu tun hat.

Wenn er gegen den imperialistischen Krieg zu Felde zieht, so zielt er zunächst einmal auf die Kriegsvorbereitungen und Aggressionen der imperialistischen Konkurrenten, die eigenen Rüstungsanstrengungen – die sozialimperialistischen Raubzüge gegen andere Völker dienen ja bekanntlich dem "Frieden".

Insbesondere hat Erich Honecker bei seinen Friedensbeschwörungen aber auch die revolutionären Bürgerkriege und nationalen Befreiungskriege als 'Gefahrenpotential' im Auge, wenn er staatsmännisch verkündet:

"Noch immer schwelen in der angespannten und komplizierten Weltlage von heute regionale Konfliktherde, aus denen die Flammen eines großen Krieges schlagen können. Wir sind für die Lösung internationaler Streitfragen auf friedlichem Wege. Nur so können in Nahost, Mittelamerika, Südafrika oder anderswo Regelungen gefunden werden, die den Interessen der Völker entsprechen und Sicherung des Weltfriedens beitragen." ("Neues Deutschland", 9.5.1985)

Die Revolution, der nationale Befreiungskrieg als "Lösung" für die unter der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung leidenden Völker Lateinamerikas, Südafrikas, Indiens, Afghanistans oder anderer Länder, die in der Tat unfriedliche Zerschlagung des imperialistischen Unterdrückungssystems und ihrer Statthalter, für wirkliche Unabhängigkeit und Demokratie, die nicht durch revisionistischen Einfluß in die Irre geleitet wird, sind für Erich Honecker ein Greuel. Er beschwört den Frieden und meint in Wahrheit die Verhinderung der Revolution.

Dies ist nichts anderes als die altbekannte Chruschtschowsche These, wonach 'aus einem

Soldaten und Partisanen in den von Hitler besetzten Gebieten nicht einfach für "Frieden", sondern für ihre nationale und soziale Befreiung gekämpft haben.

Der Ruf nach "friedlichen" Lösungen für die Fragen der Revolution hindert die Revisionisten allerdings nicht daran, die Maske der Friedfertigkeit sehr schnell fallen zu lassen, wenn es um die Verteidigung und Erweiterung ihrer sozialimperialistischen Einflußsphären gegen die revolutionären Völker sowie auch die imperialistischen Konkurrenten geht.

Die pazifistische einschläfernde Lösung "Frieden, Frieden und nochmals Frieden", soll verschleiern, daß das wirksamste Mittel gegen den imperialistischen Krieg der Kampf gegen seine Wurzeln, das weltweite imperialistische Ausbeutersystem, ist, dessen gewaltssamer Sturz allein die Gefahr imperialistischer Kriege endgültig bannen kann. Die revisionistische Propaganda dient ebenso dem Zweck, die Völker von der Aufgabe abzuhalten, den imperialistischen Krieg - wenn sie seinen Ausbruch nicht verhindern können - in nationale Befreiungskriege und revolutionäre Bürgerkriege umzuwandeln, als dem einzigen Ausweg für die unterdrückten Völker und das Proletariat in den imperialistischen Ländern aus einem Krieg der Imperialisten um die Weltherrschaft.

Diese Perspektive wollen die SED-Revisionisten und Sozialimperialisten den Völkern vernebeln, diesem Ausweg stellen sie sich mit allen Mitteln der Demagogie und Gewalt entgegen, denn n a c h der kapitalistischen Restauration in der DDR und anderen ehemals sozialistischen und volksdemokratischen Staaten sind sie selbst eine Zielscheibe dieses Kampfes.

DROHUNGEN MIT DER ATOMBOMBE, UM DIE VÖLKER EINZUSCHÜCHTERN

Ihre gegen die Revolution gerichtete Aufrüttung, den "Frieden" über alles zu stellen, untermalen die SED-Revisionisten mit dem Schreckgespenst "eines alles vernichtenden Atomkrieges", der "Gefahr einer Selbstvernichtung der Menschheit" (E. Honecker, "Neues Deutschland", 6.5.1985 und 23./24.3.1985)

Die fatalistische Propaganda vom angeblich unvermeidlichen Untergang der Menschheit im Falle des Einsatzes von Atomwaffen in einem imperialistischen Krieg, die auch von den Wortführern der riesigen Friedensbewegung verbreitet wird, dient dazu, dem Proletariat und den unterdrückten Massen

GEGEN DIE STRÖMUNG
Organ für das Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschland
Mai 1985

1945: Der deutsche Imperialismus ist geschlagen, aber nicht zerschlagen!
1985: Dieselben Monopole in Westdeutschland an der Macht!

Die Wurzeln des Faschismus durch die sozialistische Revolution vernichten!

AUS DEM INHALT

Wer über den Hitlerfaschismus spricht, darf über den westdeutschen Imperialismus nicht schweigen!

- * Gerüstet zur Revanche für zwei verlorene Weltkriege
- * Was man auch baut, es werden stets Kanonen
- * Die braune Pest geht vom Staat aus
- * Modell Deutschland: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen

TROTZ ALLEDEN !
Den Weg der proletarischen Revolution in Westdeutschland gehen

Unser Ziel, der Kommunismus:
Das Einfache, das schwer zu machen ist

GDS Nr. 34, 16 Großformat Din A 3

Funken ein Weltbrand schlagen kann' und demnach der Funke der Revolution unter Kontrolle gehalten und ausgelöscht werden muß. Die Worte Erich Honeckers müssen 40 Jahre nach der Niederlage des Faschismus all jenen wie Hohn in den Ohren klingen, die damals als

den Kampf für ihre soziale und politische Befreiung, den Kampf für die Revolution als nebenrangig, wenn nicht gar als aus-sichtslos erscheinen zu lassen.

Erich Honecker will den Völkern weismachen, daß hinter der Existenz von Nuklearwaffen alles andere zurücktritt. Unter dem Damokles-schwert der Atombombe muß die Revolution hintanstehen, für sie lohnt es sich nicht mehr zu kämpfen, das ist die Quintessenz sei-ner Ausführungen.

Wir bestreiten nicht, daß die Zerstörungskraft nuklearer Waffen den Imperialisten und Sozialimperialisten neue verheerende Mittel für ihren Kampf um die Weltherrschaft an die Hand gegeben hat, deren Wir-kung die Vorstellungskraft übersteigt; wir bestreiten noch weniger, daß die Imperialisten und Sozialimperialisten in ihrer Gier nach Profit nicht zögern werden, diese Waffen auch einzusetzen und große Gebiete mit Tod und Vernichtung zu übersäen, wenn sie sich da-von einen Vorteil versprechen.

Wir bestreiten jedoch ganz entschieden, daß das Aufkommen neuer Waffen, wie der Atom-waffen, an den Aufgaben, dem Weg und den Zielen der Revolution grundsätzliches geändert und die Gesetze der Revolution und des Klassenkampfes außer Kraft gesetzt hat.

Nur das Festhalten am Kampf für die Revo-lution, an der Aufgabe, das imperialistische System zu zerschlagen, kann überhaupt er-reichen, daß mit der Vernichtung des Im-perialismus auch die schrecklichsten In-strumente seiner Waffenarsenale vom Erd-boden verschwinden. Die Schlußfolgerung der Revolutionäre und Kommunisten aus der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges mit bisher nicht bekannten Ausmaßen an Zer-störung und Vernichtung kann nur sein, den Kampf für die Zerschlagung des Imperialismus und Sozialimperialismus zu verstärken, da-mit die Arbeiterklasse und die unterdrück-teten Völker eine Welt erstreiten, in der imperialistische Kriege der Vergangen-heit angehören.

DER "VERNÜFTIG" GEWORDENE IMPERIALISMUS

Wenn man die Reden von Honecker und Sinder-mann liest, so könnte man meinen, daß in der heutigen Welt die Chance besteht, daß bei den Imperialisten endlich die "Vernunft" einkehrt angesichts der beschworenen "Gefahr einer Selbstvernichtung der Mensch-heit". Gemeinsames Ziel aller müsse es doch sein, einen Nuklearkrieg zu verhindern, wo-bei sich die SED-Revisionisten sogar auch noch demagogisch auf den Kampf der Anti-Hitler-Koalition berufen:

"Die Staaten der Antihitlerkoalition schlun-gen, indem sie über alles Trennende hinweg gemeinsam handeln, den Todfeind der Völ-ker, den Hitlerfaschismus. Heute geht es darum, sich zu vereinigen, um den Frieden für die Menschheit zu retten und eine welt-weite Koalition der Vernunft und des Rea-lismus gegen die Atomkriegsgefahr zu schaf-fen." (E. Honecker, "Neues Deutschland", 29.4.1985)

An dieser "Koalition" teilzuhaben, sind alle Imperialisten (und Sozialimperialisten) auf-gerufen:

"Wie die großen, so müssen die mittleren und die kleinen Länder, bis hin zu den kleinsten, das Ihre für die Friedens-sicherung tun." (ebenda, 9.5.1985)

Die sozialistische Sowjetunion Stalins, die kommunistischen und revolutionären Kämpfer gegen den Faschismus gaben sich nicht der Illusion hin, daß die amerikanischen oder die englischen Imperialisten nun "vernünftig" geworden seien und das Schlächtermes-ser aus der Hand gelegt hätten, als sie gezwungen waren, eine Koalition mit der Sowjet-union gegen ihre deutschen imperialistischen Konkurrenten zu bilden und auf der gerechten Seite in den Zweiten Weltkrieg einzugreifen.

Die SED-Revisionisten verbreiten aber gerade die Illusion, daß die Imperialisten, die in Wahrheit fieberhafte Kriegsvorbereitungen be-treiben, sich "vernünftigerweise" g e g e n



die imperialistische Kriegsgefahr wenden und "ihren" Beitrag zur "Friedenssicherung" leis-ten könnten. Die Natur des Imperialismus, sein Drang nach Hegemonie mit allen Mitteln, haben sich durch das Aufkommen der Atombomben nicht im geringsten geändert, und wer so tut,

als käme die Gefahr nur aus den Kreisen des sogenannten "militär-industriellen Komplexes" (H. Sindermann, "Neues Deutschland", 9.5.1985) verharmlost das imperialistische System, von dem die Kriegsgefahr insgesamt ausgeht.

Die SED-Revisionisten, die wie die sowjetischen Sozialimperialisten selbst zu diesem System gehören und sich selbst aktiv für imperialistische Kriege rüsten, wollen den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und vor allem gegen seine Wurzeln sabotieren. Stattdessen vertrösten sie die Völker auf eine "Koalition der Vernunft" zwischen den Imperialisten und Sozialimperialisten, deren Abrüstungsverhandlungen, Moratorien und "Friedensinitiativen" schon das Schlimmste verhüten werden, wie Honecker, Sindermann und Axen nicht müde werden zu betonen.

VERHARMLOSUNG DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Vierzig Jahre nach seiner schwersten Niederlage ist der westdeutsche Imperialismus wieder eine hochgerüstete imperialistische Großmacht, die zu den größten eigenständigen Kriegstreibern zählt. Auf diesem Boden wieder erlangter Stärke setzt er die systematischen Vorbereitungen auf Revanche für die erlittene Niederlage in einem neuen Krieg um die Weltherrschaft fort, was seine besondere Aggressivität und Gefährlichkeit unterstreicht. Die Ehrungen für die faschistische Wehrmacht und die Rehabilitierung der SS unmittelbar vor dem 8. Mai im Beisein des Oberhauptes des US-Imperialismus als einer ehemaligen Siegermacht zeigen, daß sich die westdeutschen Imperialisten auch immer offener vor aller Welt zu diesen Zielen bekennen.

Für die SED - Revisionisten hingegen existiert der westdeutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus gar nicht. Sie stellen die "Bundesrepublik Deutschland" wie sie sich vornehm ausdrücken, als Spielball der US-Imperialisten dar. Nicht der westdeutsche Imperialismus ist militärisch und revanchistisch, sondern nur einige 'unvernünftige' Kräfte, die sich nicht an die Realitäten gewöhnen können:

"... (die) Verwandlung (Westdeutschlands, AdV) in eine atomare Abschußrampe der USA (beschwört) ernste Gefahren für den Frieden herauf ..., nicht zuletzt, indem sie diejenigen ermuntert, die eine Korrektur der im Ergebnis des 2. Weltkriegs und Nachkriegsentwicklung entstandenen Realitäten betreiben." (E. Honecker, ND 9.5.85)

Wenn die SED-Revisionisten Westdeutschland

als "atomare Abschußrampe der USA" und damit quasi als ihren 52. Bundesstaat hinstellen, wollen sie davon ablenken, daß der westdeutsche Imperialismus als Großmacht auch und gerade gegen die US-Imperialisten um Hegemonie und Einflußsphären ringt, und leugnen seine Eigenständigkeit bei der Verfolgung seiner räuberischen Ziele und seinen Kriegsvorbereitungen.

Auch wird damit davon abgelenkt, daß sich die westdeutschen Imperialisten bei ihren Kriegsvorbereitungen selbst die faktische Verfügungsgewalt über Atomwaffen verschafft haben und mit ihren Atom- und Raumfahrtprogrammen fieberhaft daran arbeiten, ihre Atombewaffnung weiter auszuweiten.

Wenn Erich Honecker es so darstellt, als wäre die revanchistische Gefahr nur das Resultat der Umtriebe einiger wiederauferstandener Ostlandritter und im Übrigen nur von den Kriegsplänen der US-Imperialisten abhängig, so schneidet er die Fäden der Geschichte durch. Das Streben des westdeutschen Imperialismus nach Revanche für die beiden historischen Niederlagen der deutschen Monopolbourgeoisie im Kampf um die Weltherrschaft macht ihn für die Völker besonders gefährlich. Westdeutscher Imperialismus bedeutet Revanchismus: er hat Hitlers alte Pläne von Anfang an wieder systematisch verfolgt und betreibt ihre Verwirklichung heute mit dem Potential einer imperialistischen Großmacht.

Die Verharmlosung, die die SED-Revisionisten gegenüber den westdeutschen Imperialisten betreiben, schlägt den Völkern, die vom deutschen Faschismus überfallen wurden und heute wieder durch seine erklärten Nachfolger bedroht sind, direkt ins Gesicht.

Die SED-Revisionisten malen ihnen dagegen die "Koalition der Vernunft" zwischen Imperialisten und Sozialimperialisten als Hoffnung für die Zukunft aus, denn dieses Angebot gilt selbstverständlich auch für die westdeutschen Imperialisten. Ja, ausgerechnet mit dem westdeutschen Imperialismus seien hier große Erfolge zu verzeichnen gewesen, wie Hermann Axen laut "Neues Deutschland" festgestellt hat.

"Als bedeutsamer Beitrag für Frieden und europäische Sicherheit erweise sich daher die von Erich Honecker und dem Bundeskanzler der BRD, Helmut Kohl, bei ihrem Treffen am 12. März in Moskau vereinbarte Erklärung ..." (ND, 18.4.85)

Solche papierenen Erklärungen offenbaren sich in Anbetracht der Militarisierung und Kriegsvorbereitung b e i d e r Seiten als typisch imperialistisch-pazifistisches Beträugsmanöver. Nach Wunsch der SED-Revisionisten sollen die Völker ihre Hoffnungen auf

solch diplomatische Machenschaften richten und dafür auf den revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für die Revolution verzichten.

Solche revisionistischen Glanztaten haben die SED-Führer vorzuweisen, die immer wieder beteuern, daß in der heutigen DDR alles für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg getan werde:

"Getreu den antifaschistischen Vermächtnis richtet sie (die DDR, AdV) ihre ganze Kraft darauf, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern nur noch Frieden ausgeht." (E. Honecker, ND 9.5.85)

Diese Beteuerungen sind angesichts der mit "ganzer Kraft" betriebenen Friedensheuchelei bloße Demagogie, die den Verrat am antifaschistischen Vermächtnis, alles für den Frieden mit den Völkern zu tun, bemühten soll.

Solche und ähnliche Versprechen wurden von den SED-Revisionisten sicher auch am 8. Mai 1968 abgegeben, was sie jedoch nicht daran hinderte, sich mit ihren Truppen wenige Monate später an der Aggression gegen die Völker der Tschechoslowakei unter der Federführung des sowjetischen Sozialimperialismus zu beteiligen.

Die Beteuerungen der SED-Revisionisten sind angesichts dieser Tatsachen als hohle Phrasen enttarnt. Sie wollen in Wirklichkeit die Realisierung jener Voraussetzungen verhindern, die allein neue imperialistische Kriege von deutschem Boden aus unmöglich machen:

Nur die Zerschlagung des westdeutschen Imperialismus und die Zerschlagung der revisionistisch-sozialimperialistischen Ausbeuterordnung, nur die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Westdeutschland und Westberlin und ihre Wiedererrichtung in der DDR können die Drohung räuberischer Kriege, die von deutschem Boden für andere Völker ausgeht, von den Ursachen her beseitigen.

Diese Lehre des antifaschistischen Kampfes wird von den SED-Revisionisten wütend bekämpft, denn sie ist direkt gegen ihre "Koalition der Vernunft" mit dem westdeutschen Imperialismus, die Vertuschung seiner realen Gefährlichkeit und Stärke und gegen ihre eigenen sozialimperialistischen Ambitionen gerichtet, vor allem aber richtet sie sich gegen die Wurzeln des Übels - das imperialistische System und somit auch gegen die Herrschaft der SED-Revisionisten selbst.

"REHABILITIERUNG" STALINS ? MISSBRAUCH SEINES NAMENS !

Zur gleichen Zeit wie die KPDSU-Revisionisten, und fein aufeinander abgestimmt, nahmen die SED-Führer am 8. Mai gelegentlich auch wieder den Namen Stalins in den Mund, was Jahrzehntelang tunlichst vermieden worden war, zumindest wenn es nicht gerade darum ging, das marxistisch-leninistische Werk Stalins anzugreifen und seine Person zu verleumden.

Insbesondere die standhafte klarsichtige Abfuhr, die Ernst Thälmann seinen Kerkermeistern mit den Worten "Stalin bricht Hitler das Genick!" erteilte, als diese ange-

J. W. STALIN

ÜBER
DIE GRUNDLAGEN
DES LENINISMUS

VORLESUNGEN AN DER MOSKAUER UNIVERSITÄT

PROLETARIER ALLER LANDER, VERBINIGT EUCH!

GESCHICHTE
DER KOMMUNISTISCHEN
PARTEI
DER SOWJETUNION
BOLSCHEWIKI

KURZER LEHRGANG

Unser Redaktionelle Kommission
der Zentral-Komitee der KPDSU (B)

Geschäftsführer im Zentral-Komitee der KPDSU (B) 1922

Studiert den

Marxismus - Leninismus !

sichts der vor Moskau und Leningrad stehenden faschistischen Truppen über die baldige Niederlage der Sowjetunion spotteten, haben

die SED-Revisionisten plötzlich wieder entdeckt und in ihre Reden als Kratzfuß vor Stalin eingebaut (z.B. E. Honecker, ND 9.5. 85).

Thälmann erteilte seinen Bewachern diese Antwort, weil er wußte, daß sich die Faschisten an der Festung der Diktatur des Proletariats schließlich den Schädel einrennen würden.

Die SED-Revisionisten führen diese Worte Thälmanns im Mund, weil sie das Ansehen Stalins als Führer von Armee und Partei im Großen Vaterländischen Krieg für sich und die sozialimperialistischen Kriegsvorbereitungen ausschlachten wollen. Stalins Name steht für die Unbeugsamkeit der sozialistischen Sowjetunion und ihrer Roten Armee, und von diesem Ruhm möchten die KPDSU- und SED-Revisionisten, die in trauter Eintracht Stalin seit nunmehr fast 30 Jahren mit Kübeln von Schmutz überschütten und seinen Namen meist nur im Zusammenhang mit angeblichen Verbrechen und Fehlern nennen, heute gerne profitieren.

So taucht der Name Stalins wieder gelegentlich in ihren Reden auf, allerdings nur in Verbindung mit den militärischen Leistungen der von ihm geführten Roten Armee oder einfach als bloße Anerkennung der Tatsache, daß Stalin im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion an der Spitze der Roten Armee und der Kommunistischen Partei stand.

Auch wenn der Name Stalins in Zukunft vielleicht noch häufiger genannt wird und die Verleumdmung seiner Arbeit und seines Werkes wieder diskreter geschieht, auch wenn ihm sogar die eine oder andere zweifelhafte Ehrung zuteil wird, soll niemand glauben, daß die KPDSU- und SED-Revisionisten ihm eine andere Rolle zugeschrieben haben als die, ihre eigene Militarisierung und Kriegsvorbereitung zu bemächteln, unter Mißbrauch seines Ansehens dafür Zustimmung zu ernten und diese mit der wehrhaften Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion unter seiner Führung auf eine Stufe zu stellen.

Niemand soll glauben, daß sich damit die SED- und KPdSU-Revisionisten Stalin auch nur einen Millimeter genähert haben. Mit Stalin, dem Fortsetzer der Sache von Marx, Engels und Lenin und Klassiker des Marxismus-Leninismus, mit dem Repräsentanten und konsequenter Verteidiger der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion und dem Führer ihrer Völker im Großen Vaterländischen Krieg haben sie nichts gemein, denn sie haben den Marxismus-Leninismus und die Sache des Sozialismus, für dessen Sieg Stalin sein Leben lang gekämpft hat, längst verraten und verkauft.

DIE MITVERANTWORTUNG DES DEUTSCHEN VOLKES FÜR DIE VERBRECHEN DES HITLER-FASCHISMUS WIRD UNTER DEN TISCH GEKEHRT

Für jeden Kommunisten und ehrlichen deutschen Antifaschisten steht es außer Zweifel, daß alle Mahnungen an die Verbrechen des deutschen Imperialismus, alle Appelle, diese niemals zu vergessen, hohl und phrasenhaft sein müssen, der Einschläferung und der Selbstberuhigung dienen, wenn die Mitverantwortung des deutschen Volkes für die Untaten des Hitlerfaschismus verschwiegen wird.



Die junge antifaschistische und sozialistische DDR hatte sich der Verantwortung aus den ungeheuren Verbrechen des Hitlerfaschismus gestellt und erste Leistungen der Wiedergutmachung an die anderen Völker auch im Bewußtsein darüber durchgeführt, daß das deutsche Volk für diese Verbrechen eine Mitverantwortung trägt.

Die heutige revisionistische DDR hat sich mit ihrer Entartung zu einer neuen Ausbeuterordnung auch aus diesen Verpflichtungen davon gestohlen. Die SED-Revisionisten, die heute selbst imperialistische Verbre-

chen begehen, vermeiden es daher tunlichst, die Frage der Mitverantwortung des deutschen Volkes an den Verbrechen des Faschismus aufzuwerfen. Es soll gar nicht erst der Gedanke aufkommen, daß die Volksmassen in der DDR auch heute ihre Mitverantwortung für die Verbrechen der eigenen Bourgeoisie erkennen müssen.

Sogar auf dem Boden jenes Landes, das unter der Nazibarbarei am meisten zu leiden hatte, in seiner Rede im sowjetischen Krasnogorsk, versteckte Erich Honecker die Mitverantwortung des deutschen Volkes hinter einer Halbwahrheit:

"Der Hitlerfaschismus hatte durch die schrecklichen Verbrechen, die er in ganz Europa (*) und insbesondere in der Sowjetunion verübt, den Namen der deutschen Nation mit Schmutz besudelt. Die Ehre unseres Volkes retteten die deutschen Antifaschisten." (ND 6.5.85)

Erich Honecker macht sich die Sache hier einfach: Der Name der deutschen Nation, zu der alle Deutschen, auch die Imperialisten und Faschisten gehören, war mit Schande bedeckt worden, die Ehre des deutschen Volkes hingegen blieb gewahrt.

Die Wahrheit ist, daß zwar nicht das ganze deutsche Volk, aber seine überwiegende Mehrheit Hitler vor allem in Zeiten seiner erfolgreichen Raubzüge gestützt und sich mitschuldig gemacht hat; die Wahrheit ist, daß zahllose werktätige Deutsche sich zu willigen Werkzeugen des Eroberungsterrors und des Rassenwahns machen ließen. Der heldenhafte Kampf der deutschen Antifaschisten zeigte der Welt, daß es auch ein anderes Deutschland als das der Nazis gab, aber konnte trotzdem nicht die Ehre des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit retten, oder die Mehrheit, die Hitler folgte, gar von ihrer Verantwortung und Mitschuld befreien!

Diese Wahrheiten sind für Erich Honecker tabu, der zudem in der Vergangenheitsform spricht, so als wäre die Schande auf dem Namen der deutschen Nation längst wieder ausgelöscht, so als wäre die Frage von Schuld und Mitverantwortung des deutschen Volkes heute kein Thema.

Mit ähnlichen Halbwahrheiten umgeht Horst Sindermann diese Frage, der über den antifaschistischen Widerstand feststellt:

"Menschen unterschiedlicher Gesinnung fanden zur Gemeinsamkeit, weil sie nicht wollten, daß das deutsche Volk zu einem Volk von Henkern gemacht wird, weil sie nicht wollten, daß Rassismus und Herrenmenschentum über die Ideale von Marx und Engels, Thomas Münzer und Martin Luther(**)"

und anderer deutscher Humanisten siegen durften." (ND 9.5.85)

Wieder wird eine klare Aussage zur Mitverantwortung des deutschen Volkes umschifft. Die deutschen Antifaschisten, an ihrer Spitze die Kommunisten, haben in der Tat verhindert, daß das ganze deutsche Volk "zu einem Volk von Henkern" wurde, sie haben verhindert, daß Rassismus und Herrenmenschentum vollständig siegen konnten. Sindermann aber drückt sich mit Gummiformulierungen um die Tatsache herum, daß ihre Kraft und ihr Heldenmut nicht ausgereicht haben, den großen Teil des deutschen Volkes vor dem Absinken auf die Stufe von Bütteln der Faschisten und in den Rassen-



(*) Erich Honecker übergeht hier geflissentlich die Verbrechen, die der deutsche Imperialismus außerhalb Europas, z.B. in Nordafrika, bei seinen Raubzügen um die Eroberung der Weltherrschaft begangen hat.

(**) Es kann überhaupt nicht darum gehen, den Kampf jener Antifaschisten, die sich aus christlichen Idealen und Motiven gegen die Nazidiktatur organisierten und oft Seite an Seite mit den Kommunisten und Revolutionären standen, in irgendeiner Weise geringzuschätzen. Aber die praktische Gleichsetzung der Rolle von Marx und Engels für den antifaschistischen Widerstand mit der Rolle gerade Martin Luthers, der im Deutschen Bauernkrieg für die abweglerische und gegen die kämpfenden Bauernmassen gerichtete Opposition der Ritter und Kaufleute stand, kann nicht unwidersprochen bleiben.

wahn zu bewahren, nicht verhindert haben, daß die faschistische Ideologie in weiten Teilen des deutschen Volkes gesiegt hat.

Das Verschweigen, die Umgehung, die Vernebelung der Frage der Mitverantwortung des deutschen Volkes in Halbwahrheiten und ausweichende Antworten durch die SED-Revisionisten (*) stehen in krassem Gegensatz zur Haltung der deutschen Kommunisten, die nach 1945 Bilanz gezogen haben und sich der Mitverantwortung des deutschen Volkes wie auch ihrer eigenen Versäumnisse bewußt waren.

Die SED-Revisionisten schlafen dagegen das eigene Volk ein, denn ihnen geht es einzig darum, für ihre imperialistische revisionistische Politik Punkte zu sammeln und ihre Herrschaft zu sichern. Daher muß alles ausgeblendet werden, was den Werktätigen ihre Verantwortung und ihre Verpflichtungen aus der Geschichte, aber auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen die heute von den SED-Revisionisten begangenen imperialistischen Verbrechen und vor allem die Aufgabe des schließlichen Sturzes dieser revisionistischen Herrschaft durch das revolutionäre Proletariat vor Augen führen könnte. Dies ist der tiefere Zweck dieser revisionistischen Variante der "Vergangenheitsbewältigung".

VERRAT AM SOZIALISMUS - VERRAT AN DEN IDEALEN DES ANTIFASCHISTISCHEN KAMPFES

Die Propaganda der SED-Führer zum 8. Mai hat einmal mehr deutlich gemacht, daß nicht nur jede Verteidigung der revisionistischen Herrschaft in der DDR als "sozialistisch", sondern auch ihre Würdigung als "antifaschistisch", als Fortsetzer und Bewahrer der Traditionen des antifaschistischen Kampfes der Klassenrealität in der DDR völlig widerspricht. Durch den revisionistischen Verrat wurden sowohl die ersten Erfolge beim sozialistischen Aufbau auf deutschem Boden unwiderruflich zunicht gemacht, als auch die Ideale des antifaschistischen Kampfes preisgegeben.

Die wohl inszenierten Verbeugungen der SED-Führer vor den Helden des antifaschistischen Kampfes, die "antifaschistischen" Parolen und Schlagworte, ihre wortreichen propagandistischen Anstrengungen, mit denen sie ihre neue Ausbeuterordnung verkleiden wollen, darf nicht über den in jeder Beziehung bürgerlich-revisionistischen Inhalt hinwegtäuschen.

In der jungen DDR wurde in der Tat der Kampf darum geführt, den Inhalt und die Ziele des antifaschistischen Kampfes zu bewahren und zu verwirklichen. Entsprechend

Die KPD zur Frage der Mitverantwortung des deutschen Volkes an den Verbrechen des Hitlerfaschismus

... Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: „Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!“

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größe Deutschlands“ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um Lebensraum“, den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.... ... Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte. ...

(aus: "Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945")

(*) Es ist ebenfalls bezeichnend, daß in ihren feierlichen Reden an keiner Stelle der im Namen des "deutschen Herrenmenschen-tums" begangene Massenmord an sechs Millionen jüdischen Menschen durch den deutschen Faschismus angeprangert oder auch nur erwähnt wird. Wenn überhaupt, so wird nur von "barbarischem Antisemitismus" (H. Sinder-mann, 9.5.85) gesprochen, was die faschistischen Verbrechen sehr verharmlosend um-schreibt.

den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens und den weitergehenden Erfordernissen für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Übergang zum Sozialismus gingen die Kommunisten und Revolutionäre ernsthaft daran, die Aufgaben des ideologischen Kampfes gegen Chauvinismus und Rassismus, für die Umwälzung des Bewußtseins der Menschen, die noch unvermeidlich geprägt waren von der unseligen deutschen "Zucht und Ordnung", von Spießertum und Untertanengeist, anzupacken und durchzuführen.

Auch diese Anstrengungen hat der Verrat der modernen Revisionisten zunichte gemacht, denn diese längst nicht ausgerotteten, sondern zwangsläufig wieder auflebenden "deutschen Tugenden" sind ihnen für die Aufrechterhaltung ihrer reaktionär-bürgerlichen Herrschaft durchaus willkommen, entsprechend verpackt und angepaßt an diese besondere Form der kapitalistischen Diktatur.

Doch nicht nur das, ihre eigenen Taten tragen den Stempel des unverhüllten Chauvinismus. So konnte die westdeutsche Presse melden:

"Abrede im innerdeutschen Verhältnis Bonn erhöht 'Swing' im Handel mit Ostberlin - DDR stoppt Asylantenstrom aus Sri Lanka" (Südd. Zeitung, 6.7.85)

Internationalistische Phrasen, Wortgeklänge von treuer Bewahrung des "antifaschistischen Vermächtnisses" auf der einen Seite, skrupellose Geschäftemacherei mit den westdeutschen Imperialisten auf dem Rücken von asylsuchenden Flüchtlingen, die wie die Tamilen der blutigen Verfolgung in ihren Heimatländern entkommen wollen, auf der anderen Seite, direkte Unterstützung für die rassistische Ausländerpolitik des westdeutschen Imperialismus als Gegenleistung für ein paar

Millionen DM Kredit beim Handel mit Bayer, Krupp und Siemens, so ist es mit dem "Antifaschismus" der SED-Revisionisten 40 Jahre nach der Befreiung in Wahrheit bestellt.

Auf diesem Hintergrund tritt auch die tiefere Bedeutung der von Erich Honecker ausgerechnet zum 8. Mai ausgegebenen Lösung "Ökonomie - Hauptfeld unseres Kampfes" (ND, 23./24.3.85) deutlich zu Tage. Den eigenen Arbeitern soll weismachtet werden, daß sie das Vermächtnis des antifaschistischen Kampfes erfüllen, wenn sie nur gehörig schuften und Überschüsse für die revisionistische Wirtschaft erzielen, die allein der neuen Herrenschicht zugute kommen.

Einschwörung auf die revisionistisch-sozial-imperialistische Ausbeuterordnung, das ist das eigentliche Leitmotiv für die Propaganda der SED-Führer zum 8. Mai, die auch für die deutsche Spießerseele ihre speziellen Beruhigungspillen austeilt. Ganz nach dem Motto 'Wir sind wieder wer!', mit dem die westdeutschen imperialistischen Medien pausenlos hausieren gehen, präsentiert sich das "Neue Deutschland" am Vorabend des 8. Mai mit folgender Schlagzeile:

"Berlin - 40 Jahre nach der Befreiung
Seht, was aus uns geworden ist!" (ND,
7.5.85)

Durch den Verrat der modernen Revisionisten der SED wurde aus der DDR, eine bürgerlich revisionistische Diktatur über die Arbeiter, die das Vermächtnis des antifaschistischen Kampfes, die Hoffnungen, die einst auf die DDR gerichtet waren, längst verraten und verkauft hat, sie nur noch für die Sicherung der Herrschaft der neuen Bourgeoisie benutzt und ausnutzt.

P. b. / Rundschauagent Wien / Verlagsanstalt Wien 1110
Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICH'S
Nummer 188 1. Ausgabe 1981 Preis 5,-

BEISPIEL POLEN

Lehren, Probleme, Perspektiven

POLEN - EIN KAPITALISTISCH-
REVISIONISTISCHES LAND

DIE VERANTWORTUNG DER MODERNEN
REVISIONISTEN FÜR DIE HEUTIGE
LAGE IN POLEN

DER WIDERSTAND DER POLNISCHEN
ARBEITER 1970 UND 1976

DER KAMPF ZWISCHEN DEN
RUSSISCHEN SOZIALIMPERILISTEN UND
DEN WESTLICHEN IMPERIALISTEN
IN POLEN

WER SIND DIE LECH WALESAS ?

FREISPRUCH FÜR TÜRKISCHEN

FASCHISTEN IM TIO - PROZESS

Während die Klassenjustiz des westdeutschen Imperialismus in Dutzenden von "Terroristenprozessen" gegen Angehörige der RAF, der Revolutionären Zellen u.a. die Angeklagten in vielen Fällen alleine wegen ihres Bekennnisses zur revolutionären Gewalt zu Hunderten von Jahren Gefängnis verurteilte, entschied das Gericht im Prozeß um den Anschlag auf den "Trepppunkt und Informationsort für Frauen aus der Türkei" - TIO: "im Zweifel für den Angeklagten".

Was war geschehen ?

Am 25. September 1984 betrat ein türkischer Faschist den Frauenladen TIO in Kreuzberg, fragte ganz ruhig nach einer Frau namens Leyla, zog dann eine Pistole und gab mehrere Schüsse aus nächster Nähe ab. Bei diesem Mordanschlag trafen seine Schüsse zwei Frauen aus der Türkei, eine Besucherin wurde getötet, eine Mitarbeiterin des Ladens schwer verletzt.

Der Faschist konnte entkommen, wurde jedoch einige Zeit später aufgrund einer Phantomzeichnung erkannt und festgenommen. Obwohl die von ihm schwer verletzte Mitarbeiterin des Ladens und drei weitere Frauen den Faschisten A. Karatekin zweifelsfrei als Täter wiedererkannten, wurde dieser Anfang Mai vom Westberliner Landgericht wegen einiger Widersprüche der Zeugenaussagen in kleinen Details (z.B. der Dichte des Bartwuchses oder ob der Mantel des Täters nun eine Knopfleiste hatte oder nicht) freigesprochen.

Der politische Hintergrund des Anschlages

Der TIO wurde 1978 auf Initiative sowohl deutscher als auch türkischer Frauen gegründet und bietet seitdem Hilfe und Beratung für Frauen aus der Türkei. Die

Arbeit reicht vom Ausfüllen von Formularen, von der Hilfe bei der Arbeitssuche über Alphabetisierungs- und Deutschkurse bis hin zur Beratung von Frauen, die von ihren Männern oder Vätern mißhandelt oder bedroht wurden. Gerade in Fällen von Mißhandlungen wurden Frauen aus der Türkei von anderen Beratungsstellen und Institutionen zum TIO geschickt, weil der TIO vor diesen Problemen nicht haltmacht und den mißhandelten und geschlagenen Frauen Rat und Hilfestellung gab.

Gerade dies und die Tatsache, daß die Gewalt von Männern gegenüber ihren Frauen und Kindern öffentlich gemacht wurde, war jedoch vielen reaktionären Männern und reaktionären politischen Organisationen (nicht nur aus der Türkei) ein Dorn im Auge. Schon 1979 wurden von einer faschistischen Jugendgruppe die Scheiben des Ladens eingeworfen. Von islamistischen faschistischen Kreisen wurden Gerüchte und Behauptungen in Umlauf gesetzt, der TIO würde Frauen aus der Türkei verkaufen, die Mitarbeiterinnen seien Huren und würden ihre Frauen ebenfalls zu Huren machen und in die Hurenhäuser (gemeint sind die in Westberlin existierenden Frauenhäuser) schicken. Auch in der Türkei hetzten faschistische Blätter gegen die Frauenhäuser und verbreiteten, daß "in Deutschland und insbesondere in Berlin türkische Mädchen" entführt würden, "um als Werkzeuge dem Marxismus zu dienen". (Siehe "Tercüman" vom 22.12.1979, dt. Übersetzung)

Nach dem Mordanschlag auf die Frauen im TIO und bei dem Prozeß gegen den festgenommenen Faschisten wurde als Motiv des Täters bei vielen auch ein "privater" Racheakt eines in seiner "Ehre" verletzten Ehemannes vermutet. Doch selbst wenn dem so wäre, läge dieser Mord auch dann begründet in der feudal-patriarchalischen, frauenverachtenden Ideologie, wäre er die Saat der reaktionären faschistischen Hetze gegen den Frauenladen.

Auch die Frauen aus dem TIO schlossen am Anfang ein sogenanntes "privates" Motiv nicht aus. Doch ihre Nachforschungen ergaben, daß dies ausgeschlossen ist, denn eine "Leyla", die ihnen eventuell im Zusammenhang mit Mißhandlungen bekannt gewesen wäre, gab es nicht. Die kaltblütige Ausführung des Mordes deutete darüberhinaus auf einen organisierten faschistischen Anschlag hin. Das Gericht und die ermittelnde Polizei versuchten jedoch, die politische Bedeutung dieses Anschlags zu leugnen; ein politisches Motiv des Anschlags wurde gar nicht erst in Betracht gezogen.

Daß der Angeklagte A.K. Verbindungen zu den "Grauen Wölfen" hatte, spielte sicherlich in dem Sinne eine Rolle, daß das Gericht - ganz in der Tradition der deutschen 'Rechts'sprechung stehend - in diesem Falle "in dubio pro reo", also "im Zweifel für den Angeklagten" entschied.

Während sich die Gerichte des westdeutschen Imperialismus nicht scheuen, Angehörige antiimperialistischer und revolutionärer Organisationen aus der Türkei an die faschistischen türkischen Henker ausliefern, decken und ermutigen sie die konterrevolutionären faschistischen Banden wie die "Grauen Wölfe". Obwohl Verbindungen Karatekins zu faschistischen "Grauen Wölfen" als erwiesen galten, urteilte das Gericht, daß "eine Verbindung Karatekins zu den rechtsextremen 'Grauen Wölfen' zwar denkbar" sei, daß sich daraus aber "nur ein allgemein plausibles Motiv" ergebe, "ohne daß eine konkrete Spur zu erkennen sei". (Lt. Tagesspiegel vom 4.5.1985) Die konkrete Spur zu den "Grauen Wölfen", der politische Hintergrund des Mordanschlags wurde von der Polizei von vornherein ausgeschaltet. "Graue Wölfe" gäbe es in Berlin nicht, war dazu die Antwort des "Staatsschutzbeamten" im TIO-Prozeß. (Siehe "Tagesspiegel" vom 4.5.1985 und "Südost Express" 5/1985)

Dabei war bekannt, daß Karatekin in der berüchtigten Moschee in der Wiener Straße in Kreuzberg verkehrte, einem Treffpunkt türkischer Faschisten, die schon wiederholt als Sammelpunkt und Organisationszentrale faschistischer Anschläge diente, so bei dem Überfall auf Flugblattverteiler vor Bilka am Kottbusser Damm, so beim Mord an dem türkischen Lehrer Kesim, 1980.

Trotz andauernder Bedrohung geht die Arbeit im TIO weiter

Der Mordanschlag auf den Laden für Frauen aus der Türkei bedeutet für die Mitarbeiterinnen und für alle Frauen, die im Laden Rat und Unterstützung suchen, eine massive Bedrohung und den Versuch einer Einschüchterung. Nach dem Anschlag hatte sich bei den Besucherinnen und Mitarbeiterinnen Angst und Verunsicherung ausgebreitet. Alle alten Mitarbeiterinnen hörten auf, die Beratung fand zeitweise in einem anderen Laden statt. Die Mitarbeiterinnen und Besucherinnen fühlen sich nach dem Freispruch des Faschisten noch stärker bedroht. Der freigesprochene Faschist läuft wieder frei herum und wohnt noch dazu in der unmittelbaren Nähe des Ladens. Durch die Rückendeckung der Klassenjustiz des westdeutschen Imperialismus, die Karatekin freigesprochen hat, müssen sich die "Grauen Wölfe" geradezu ermutigt fühlen, ihren Terror verstärkt fortzusetzen.

Trotz dieser andauernden Bedrohung haben die Faschisten ihr Ziel nicht erreicht. Es fanden sich neue Mitarbeiterinnen. Der Frauenladen reagierte mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit. Die Arbeit des Ladens geht weiter. Die Besucherinnen kommen nach anfänglicher Angst vor weiteren Anschlägen wieder zahlreicher. Zum Schutz findet die Beratung jedoch hinter verschlossenen Türen und heruntergelassenen Jalousien statt. Vor dem Laden steht während der Beratungszeiten immer ein Taxi zur Bewachung. Eine Gruppe von Taxifahrerinnen und Taxifahrern hatte sich nach dem Anschlag zusammengetan, um den Besucherinnen und Mitarbeiterinnen des Ladens Schutz vor neuen faschistischen Anschlägen zu geben.

Die wieder zunehmenden Besucherzahlen zeigen, daß der TIO für die Frauen aus der Türkei nach wie vor eine hilfreiche und notwendige Unterstützung bedeutet.

Die besondere Unterdrückung ausländischer Frauen

Diesmal richtete sich der Terror der Faschisten gegen Frauen aus der Türkei, die beginnen, ihre Lage der Unwissenheit, der Rechtlosigkeit, der Ausbeutung und Unterdrückung, die sie tagtäglich er-

fahren, nicht mehr einfach hinzunehmen, die beginnen sich gegen die feudal-patriarchalische Unterdrückung in der Familie zur Wehr zu setzen und beginnen, über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nachzudenken.

Denn die herrschenden Klassen in der Türkei, die Kompradoren und Grundherren, deren Diener die Faschisten sind, wissen, daß Unwissenheit, Analphabetismus, "traditionelle" Familienstrukturen, die die Frauen zu Sklavinnen und Dienerinnen der Männer machen, ideale Bedingungen sind, um ihre Ausbeuterherrschaft aufrechtzuerhalten.

Dies weiß auch "unsere", die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie, die auf der einen Seite in chauvinistischer Manier über die Frauen mit Schleier und Kopftuch, über feudale Familiensitten usw. herzieht, aber den deutschen Frauen ebenfalls keine gleichberechtigte Stellung in Westberlin zukommen läßt. Ihr ist an der besonderen Unterdrückung der Frauen gelegen, weiß sie doch, daß es für sie besser ist, wenn die Arbeiter, die den ganzen Tag über schwer gearbeitet haben, ihren Haß und ihre Wut gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen, gegen Schikane durch Vorarbeiter und Meister nicht an ihren Fabrikherren und Grundbesitzern, sondern an ihren Frauen und Kindern auslassen.

Unter den vom westdeutschen Imperialismus hergeholt ausländischen Arbeitskräften sind es vor allem die ausländischen Frauen - vor allem Frauen aus der Türkei -, die besonders brutal ausgebeutet werden, die schlechtest bezahlte Arbeiten zu verrichten haben, die niedrigste Löhne bekommen.

Zudem sind die meisten ausländischen Frauen noch rechtloser als ihre ohnehin schon rechtlosen Männer. So ist die Aufenthaltsgenehmigung für die Frauen (und Mädchen), die im Rahmen des "Familiennachzugs" nach Westberlin gekommen sind, an die Aufenthaltsgenehmigung des Mannes oder Vaters gekoppelt. Für die ersten drei bis fünf Jahre haben sie zudem kein Recht auf eine Arbeitserlaubnis. Danach können sie zwar eine Arbeitserlaubnis beantragen, diese

wird jedoch nur nach "Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes" genehmigt.



Will sich eine Frau von ihrem Mann trennen oder wird sie von diesem verlassen, so muß sie damit rechnen, von den Behörden abgeschoben zu werden.

So häufen sich in der letzten Zeit Fälle, daß Frauen und Mädchen aus der Türkei, die sich von ihrem Mann oder den Eltern trennen wollen, in die Türkei abgeschoben werden, was in vielen Fällen für die Betroffenen lebensbedrohend sein kann. So im Falle einer 15-jährigen Türkin, die ihre Familie wegen ständiger Schikane und Drohungen verließ. Das Mädchen sollte in der Türkei mit einem fremden Mann verheiratet werden. Deshalb flüchtete sie aus der elterlichen Wohnung und beantragte bei einem westberliner Gericht, den Eltern das Aufenthaltsbestimmungsrecht zu entziehen. Das Gericht entschied gegen das Mädchen. In der Begründung heißt es, daß das "körperliche, geistige und seelische Wohl des Kindes" nicht gefährdet sei und damit kein Anlaß bestehe, dem Antrag stattzugeben. ("Stern" 9/1984) Und weiter: "Die erregten Reaktionen der Familie" seien "bei angemessener Berücksichtigung ihrer türkisch-mohammedanischen Mentalität verständlich" (ebenda) und: "Eine Rückwendung in die Türkei, 'wie sie von der Bundesrepublik Deutschland vielfach gefördert wird' könne den Eltern nicht versagt werden" (ebenda).

Hier zeigt sich: der westdeutsche Imperialismus kennt eben viele Möglichkeiten der "Rücksiedlung in die Türkei": "Rückkehrhilfe", Entzug oder Nichtgewährung einer Aufenthaltsgenehmigung, Abschiebung z.B. wenn "Belange" des westdeutschen Imperialismus "beeinträchtigt" werden oder Zwangsheirat. Sogar auf schwangere Frauen wird keine Rücksicht genommen. So sind in jüngster Zeit in Westberlin schwangere Frauen in die Türkei abgeschoben worden weil sie sich angeblich ihre Aufenthaltslaubnis "erschleichen" wollten und Grund für eine "Familienzusammenführung" nicht bestanden habe.

Verweigerung der minimalsten politischen und sozialen Rechte auf der einen Seite, schamlose Ausbeutung auf der anderen Seite - dies kennzeichnet die Lage der ausländischen werktätigen und Arbeiterfrauen in besonderem Maße. Zu der Unterdrückung durch den westdeutschen Imperialismus kommt die tägliche, erdrückende Last der Hausarbeit, die Unterdrückung durch den Mann in der Gesellschaft und nicht selten auch die Gewalt in der Familie.

Gemeinsame Kampffront von ausländischen und deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern

Nur durch den gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeutung am Arbeitsplatz, gegen politische Unterdrückung und Rechtlosigkeit, aber auch gegen die Unterdrückung durch den Mann, können die ausländischen werktätigen und Arbeiterfrauen ihre Lage verbessern.

Die westberliner Arbeiterinnen dürfen in diesen Kämpfen nicht abseits stehen, sondern müssen diese Kämpfe als ihre eigenen betrachten und müssen sich in diesen Kämpfen mit ihren ausländischen Geschlechtsgenossinnen in Betrieb und Wohnviertel zusammenschließen, die besondere Unterdrückung und Entrechtung der ausländischen Arbeiterinnen durch den westdeutschen Imperialismus anprangern und bekämpfen und insbesondere auch gegen den deutschen Chauvinismus das größte Gift zur Spaltung deutscher und ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter - Front machen. Denn die deutschen Frauen sind soviel "besser" nicht dran und

haben keine Veranlassung, sich hochnäsig gegenüber den scheinbar 'rückständigen' Frauen z.B. aus der Türkei zu verhalten, die sich angeblich oder tatsächlich so viel gefallen lassen. Nur im gemeinsamen Kampf deutscher und ausländischer Arbeiterinnen wächst Vertrauen und Verständnis und bauen sich Vorurteile ab.

Aber nicht nur die ausländischen und deutschen Arbeiterinnen müssen sich im Kampf zusammenschließen, sondern sie müssen sich auch mit den ausländischen und deutschen Arbeitern zusammentun, denn sonst ist eine erfolgreiche und gemeinsame Kampffront im Tageskampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen den westdeutschen Imperialismus, nicht möglich.

Der brutale faschistische Anschlag auf den Frauenladen TI0 in Kreuzberg, die massive Einschüchterung der Mitarbeiterinnen und Besucherinnen des TI0 zeigt überdeutlich, daß die gemeinsame Front deutscher und ausländischer werktätiger Frauen und Männer gegen faschistische Banden, gegen die zunehmende Faschisierung und Ausländerhetze durch den westdeutschen Imperialismus dringend notwendig ist.

Den männlichen Chauvinismus bekämpfen

Ein großes Hindernis für den gemeinsamen Kampf ist neben dem deutschen Chauvinismus, - der den Zusammenschluß deutscher und ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter so unsäglich erschwert, - die Gewalt und Verachtung auch werktätiger Männer gegenüber den Frauen. So blieb doch bei vielen - nicht nur Männern aus der Türkei - ein gewisses "Verständnis" für den Mordanschlag, wurden "private" Motive eines in seiner "Ehre" gekränkten Ehemannes oder Vaters nicht ausgeschlossen und es wurde die Haltung vertreten: "Was ich mit meiner Frau mache, ist meine Sache !" - "Eine Frau muß sich unterordnen !"

Doch selbst ein so scheinbar "privates" Motiv für den Mordanschlag ist doch der brutalste Ausdruck der herrschenden Gewalt von Männern gegenüber Frauen, die jeden gemeinsamen Kampf von werktätigen Männern und Frauen untergräbt und somit den herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung dient.

Es ist nicht nur die Aufgabe der werktätigen Frauen, chauvinistisches Verhalten und Ge-

walt von Männern gegenüber Frauen zu verurteilen und den Kampf dagegen zu führen, sondern das ist auch eine unbedingte Pflicht der werktätigen Männer.

Die Männer, die ihren "Herr im Hause"-Standpunkt nicht aufgeben bzw. ihre Frauen und Kinder schlagen, müssen erkennen, daß auch für das Verhältnis zwischen Mann und Frau gilt, daß wenn Männer ihre Frauen unterdrücken, sie selbst nicht frei sein können !

Feministisch-chauvinistische Schlussfolgerungen zurückweisen !

Nach dem faschistischen Anschlag waren die Mitarbeiterinnen des TIO nicht nur über Reaktionen erschreckt, die meinten, "daß das Attentat zum Anlaß einer selbstkritischen Reflexion der bisherigen Arbeit genommen werden sollte" (zitiert nach Flugblatt "Mitarbeiterinnen des TIO", ohne Datum), so als hätte der Frauenladen zum Teil selbst Schuld an dem Mordanschlag. Sie mußten auch eine mangelnde Solidarität von seiten "linker" Organisationen auch aus der Türkei und von Frauen aus der Türkei feststellen.

Aus dieser Situation mangelnder Solidarität gegenüber den von dem brutalen Mordanschlag auf den Läden betroffenen Frauen dürfen jedoch keine falschen Schlußfolgerungen gezogen werden.

So wurde im Zusammenhang mit dem Mordanschlag von einer ehemaligen deutschen Mitarbeiterin des TIO geäußert:

"Viele ausländische Frauen tun so, als sei die Mißhandlung in anderen, z.B. deutschen und französischen Familien genauso schlimm wie in türkischen. Tatsächlich ist aber die Gewalt türkischer Männer gegen ihre Frauen viel brutaler." (taz, 3.1.1985, S. 3)

Es ist völlig falsch und Ausdruck des herrschenden Chauvinismus, wenn z.B. die Frauenunterdrückung in Familien aus der Türkei sozusagen als Mentalitätsfrage, als nationale Eigenschaft der "wilden Türken" hingestellt wird und die Brutalität und Unterdrückung von deutschen Frauen - auch in der Familie - als nicht so schlimm eingeschätzt wird.

Wenn es auch einen tatsächlichen Unterschied in der Unterdrückung der Frauen aus der Türkei und der deutschen Frauen gibt, so sind es die vielfach noch vorhandenen feudal-patriarchalischen und starken re-

ligiösen Sitten und Gebräuche, wie z.B. Verheiratung der Mädchen durch die Familie, Tragen des Kopftuches, weil sich die Mädchen und Frauen keinem anderen Mann "unbedeckt" zeigen dürfe (so will es der "Koran"). Doch die vielen Fälle brutaler Mißhandlungen und Vergewaltigungen, die vorhandene tagtägliche Unterdrückung und Einengung von Frauen in deutschen Familien zeigen: Es gibt keinen prinzipiellen Unterschied bei der Unterdrückung der Frau durch türkische oder deutsche Männer.

Eine völlig falsche Konsequenz aus dem Mordanschlag und den Reaktionen darauf ist die folgende Haltung: "Seitdem sie (Mitarbeiterin im TIO - Anm.) das Ausmaß von Gewalt in türkischen Familien über die Frauen mitbekommen hat, kann sie auch nicht mehr ungebrochen die geforderte linke Solidarität bei Ausweisungen von Ausländern üben. 'Was habe ich damit zu tun, ob ein Mann ausgewiesen wird, wenn ich nicht sicher sein kann, daß er nicht auch die Frau mißhandelt und sich nicht dagegen ausspricht?'" (TAZ, 3.1.1985, S.3)

Ob gewollt oder ungewollt, diese Haltung unterstützt den Abschiebungsterror des westdeutschen Imperialismus, zieht keine Scheidelinie zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückern, sieht in 'Männern an sich' den Feind und ist somit eine feministisch-chauvinistische Haltung, die bekämpft werden muß !

Die Tatsache, daß selbst unter manchen ausländischen Arbeitern oder Asylbewerbern Männer sein können, die ihre Frauen schlagen, darf auch für die Frauen - vor allem für die deutschen Frauen - keine Rechtfertigung dafür sein, nicht in erster Linie den widerlichen deutschen Chauvinismus und den Abschiebungsterror des westdeutschen Imperialismus anzuprangern.

Ohne Beseitigung der Klassenunterdrückung keine wirkliche Befreiung der Frau

Die Befreiung der werktätigen Frauen kann niemals im Kampf gegen 'die Männer schlecht-hin' erfolgen. Unser gemeinsamer Feind ist der Klassenfeind, der Imperialismus, Feudalismus und jegliche Reaktion. Gegen diese Feinde gilt es die

Klassensolidarität herzustellen, sich im gemeinsamen Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen skrupellose Hausbesitzer, Polizeiterror und Behördenschikane, gegen den imperialistischen Staatsapparat insgesamt, gegen Feudalismus und Reaktion zusammenzuschließen.

Solidarität der westberliner Frauen gegenüber den Frauen aus der Türkei darf bei der Unterstützung von Frauen aus der Türkei gegenüber prügelnden Männern nicht Halt machen. Solidarität gegenüber Frauen aus der Türkei muß sich vor allem die Unterstützung der Revolution in der Türkei zum ureigendsten Anliegen machen. Denn in der Beseitigung der Klassenunterdrückung liegt auch der Hebel für die Befreiung der Frau.

Für die werktätigen Frauen wird die bestehende Ungleichheit, die besonders brutale Ausbeutung durch die Fabrikherren und Grundbesitzer, die Unterdrückung durch den Mann in der Gesellschaft und in der Familie solange bestehen bleiben, solange es Lohnsklaverei und kapitalistische Knechtschaft gibt. Für die Befreiung der werktätigen Frau gibt es daher nur den Weg des Kampfes für die Revolution, für die Frauen aus der Türkei den Weg der demokratischen, antiimperialistischen Revolution in der Türkei mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur der Arbeiter und

Bauern, für die proletarischen Frauen in Westberlin den Weg der sozialistischen Revolution mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Um dieses Ziel zu erreichen darf es aber keine Spaltung von Männern und Frauen geben, müssen sich beide zusammenschließen für dieses gemeinsame Ziel !

Alle bisherigen Revolutionen haben gezeigt, daß der Erfolg der Revolution davon abhängt, inwieweit die Frauen an ihr aktiv teilnehmen. "Die Frauen sind die Hälfte des Himmels!", sagte Mao Tse-tung und meinte damit, daß es ohne die werktätigen Frauen keine siegreiche Revolution geben wird. Ohne Revolution aber wird es auch keine wirkliche Befreiung der Frauen geben.

Die Revolution wird nicht nur alle bestehenden rechtlichen Ungleichheiten zwischen Mann und Frau beseitigen (dies gilt für die demokratische Revolution in der Türkei wie für die proletarische Revolution in Westberlin), sie wird auch mit Hilfe der Diktatur des Proletariats mit jeglicher Ausbeutung Schluß machen und auf dem Weg zum Kommunismus Schritt für Schritt alle noch bestehenden tatsächlichen Ungleichheiten zwischen Mann und Frau beseitigen!

★★★



ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

„ARMENIEN VERHINDERT DIE WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE AUSBREITUNG DEUTSCHLANDS, ES MUSS DAHER VERSCHWINDEN.“

(BARON VON WANGENHEIM, DEUTSCHER BOTSCHAFTER IN DER TÜRKEI, SOMMER 1914)

Vor siebzig Jahren, im Frühjahr 1915, begann der systematische Völkermord des faschistischen türkischen Kompradoren- und Großgrundbesitzer-regimes an der armenischen Nation in der Türkei.

Nahezu 1,5 Millionen Armenier wurden zwischen 1915 und 1918 planmäßig durch Deportationen, Zwangsarbeit, Erschießungen, Hunger, Seuchen, auf Todesmärschen in die Wüstengebiete und in Konzentrationslagern ermordet.

Damals wie heute bestreiten die türkischen Faschisten, daß dieser Völkermord überhaupt stattgefunden hat. Heute wie damals wollen sie den Mantel des Schweigens über ihre ungeheueren Verbrechen legen, während sie die nationale Unterdrückung der Armenier unablässig fortsetzen.

Die deutschen Faschisten nahmen bei ihrem Vernichtungsfeldzug gegen das polnische Volk den Völkermord in Armenien zum Vorbild:

"So habe ich ... meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen. Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?"
(Hitler am 22.8.1938, Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1919-45, Serie D, VII, Nr. 193, S. 171, Anmerkung 1)

Es waren nicht nur die bestialischen Methoden der deutschen und türkischen Faschisten, die sich glichen:

Die herrschenden Klassen setzen stets darauf, daß es ihnen gelingt, ihre Verbrechen vergessen zu machen, selbst dann, wenn diese Verbrechen so unermeßlich sind, wie die des deutschen Imperialismus. Und darauf setzte auch Hitler, das Haupt des deutschen Faschismus, als er sich auf den Völkermord in Armenien bezog.

Die nationale Unterdrückung der Armenier in der Türkei ist von allen Regierungen der türkischen herrschenden Klassen zugleich praktiziert und energisch bestritten worden. Sie alle, wie auch heute das faschistische türkische Militärregime Evren/Özal, nahmen und nehmen einen ganzen Haufen berufsmäßiger 'wissenschaftlicher' Lügner zur Entstellung der historischen Wahrheit

in ihre Dienste.

'Wer redet heute noch von Armenien?' Im Mai dieses Jahres nahm der westberliner Rundfunsender RIAS die Wiederholung einer Sendung über den Völkermord in Armenien aus dem Programm. Siebzig Jahre nach dem Beginn des türkischen Vernichtungsfeldzuges gegen die armenische Nation in der Türkei und vierzig Jahre nach der Niederlage des deutschen Faschismus ist das wahrlich ein makabrer Zeitpunkt.

Die türkischen Faschisten ließen durch ihr Generalkonsulat in Westberlin erklären,

"die Türkei protestiert gegen jedes Programm über den sogenannten Völkermord in Armenien." (taz, 22.5.85)

Und die Pressestelle des RIAS ließ nach der Absetzung der Sendung verlauten,

"es seien von wissenschaftlicher Seite Zweifel an der Echtheit von Dokumenten geäußert worden, die in der umstrittenen Sendung zitiert wurden."
(ebd.)

Die Absetzung der RIAS-Sendung ist das Ergebnis der Intervention der türkischen Faschisten (bis hin zu den US-Imperialisten, die die Sende- und Programmhoheit bei diesem Sender innehaben). Jene 'Zweifel von wissenschaftlicher Seite' sind die 'Zweifel' der Mörder des armenischen Volkes und ihrer Nachfolger. Die Entscheidung des RIAS reiht sich nahtlos in die Versuche ein, den Völkermord in Armenien vergessen zu machen und die Spuren zu verwischen.

'Wer redet heute noch von Armenien?' Der westdeutsche Imperialismus hat ein besondres Interesse daran, daß der Völkermord und die fortdauernde Unterdrückung der Armenier in der Türkei in Vergessenheit gerät:

- * Der deutsche Imperialismus war maßgeblich an dem
- * systematischen Vernichtungsfeldzug der türkischen
- * Faschisten zwischen 1915 und 1918 in Westarmenien
- * beteiligt. Und der westdeutsche Imperialismus
- * ist an der fortdauernden nationalen Unterdrückung
- * und Vertreibung der Armenier in der Türkei auch
- * heute beteiligt, da er den herrschenden türkischen Klassen, den Garanten für die Abhängigkeit der Türkei vom westdeutschen Imperialismus,
- * massiv den Rücken stärkt.

VÖLKERMORD UND NATIONALE UNTERDRÜCKUNG IN WESTARMENIEN

Die armenische Nation siedelt seit Jahrhunderten im Hochland zwischen der Ostküste des Schwarzen Meeres und den Südhängen des Kaukasus. Mitte des letzten Jahrhunderts war Armenien vor allem zwischen dem zaristischen Rußland und dem osmanischen Reich, der späteren Türkei, aufgeteilt und national unterdrückt. *

Über 2,5 Millionen vorwiegend christliche Armenier lebten um die Jahrhundertwende im türkisch kontrollierten Westarmenien. Wiederholt wurden sie Opfer chauvinistischer, von den türkischen Kompradoren und Großgrundbesitzern angezettelter Pogrome, den den armenischen Kampf um nationale Unabhängigkeit erstickten sollten. Allein in den beiden Jahren zwischen 1894 und 1896 kamen über 300 000 Armenier ums Leben.

Die gesamte armenische Nation wurde von den imperialistischen Großmächten dieser Zeit als Spielball im Kampf um ihre Interessen benutzt.

Der zaristische Imperialismus unterdrückte und russifizierte die Armenier in seinem Machtbereich rigoros. Zugleich suchte er die Unterstützung der Westarmenier für die Durchsetzung seiner imperialistischen Ziele (Zugang zum Mittelmeer und zur Golfregion) zu gewinnen, indem er ihnen die Gründung eines eigenen Staates in Westarmenien versprach. Der deutsche Imperialismus setzte alles daran, den Zarismus und auch die englischen und französischen Imperialisten zurückzudrängen, um seinen Traum von einem deutschen Kleinasiens zu verwirklichen.

Die Türkei war vom deutschen Imperialismus abhängig und mit ihm militärisch verbündet. Die Westarmenier waren für die deutschen Imperialisten wegen ihrer Kämpfe um nationale Unabhängigkeit und als möglicher Verbündeter des zaristischen Rußlands ein Risikofaktor, den es auszuschalten

* In dem vom Zarismus unterdrückten Teil Armeniens entstand 1918 die bürgerlich-nationalistische Daschnaken-Regierung, die zum Stützpunkt der englischen und französischen Interventen und der Weiße Gardisten im Kampf gegen Sowjetrußland wurde.

Am 29. November 1920 wurde die konterrevolutionäre Daschnaken-Regierung vom armenischen Volk unter Führung der Bolschewiki durch den bewaffneten Aufstand gestürzt und die Sowjetmacht, die Diktatur der Arbeiter und Bauern errichtet.

Am 4. Dezember 1920 schrieb Stalin in der Prawda:

"Armenien, das geplagte und schwergeprüfte, das durch der Entente und der Daschnaken Gnaden dem Hunger, dem Ruin preisgegeben und zur Massenflucht verurteilt ist, dieses von allen 'Freunden' betrogene Armenien hat seine Rettung

galt. Die englischen und französischen Imperialisten erblickten in Westarmenien einen willkommenen Hebel, um vor allem dem deutschen Imperialismus beizukommen. Demagogisch präsentierten sie sich als 'Freunde' der Armenier.

Das faschistische türkische Kompradoren- und Großgrundbesitzerregime der 'Jungtürken' (die der Herrschaft Sultan Abdul Hamids 1908 ein Ende bereiteten und nun, zu Beginn des imperialistischen Weltkrieges Vasallen des deutschen Imperialismus waren) benutzte 1915 den imperialistischen Weltkrieg, um von maßlosem Chauvinismus getrieben, in Westarmenien durch die ungestörte und planmäßige Ausrottung der armenischen Bevölkerung Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit im Blut zu ertränken.

Im Februar 1915 riefen die türkischen Faschisten die kriegsfähige armenische Bevölkerung zu den Waffen. Sofort nach ihrer Einberufung wurden die Armenier entwaffnet und entweder als angebliche Spione und Saboteure unverzüglich erschossen oder in Strafkompanien zur Zwangsarbeit eingesetzt. Die meisten dieser Zwangsarbeiter gingen an Entbehrungen, Hunger und Seuchen zugrunde oder man erschlug sie nach vollbrachter Arbeitsleistung.

In der Nacht vom 24. auf den 25. April 1915 verhaftete das faschistische 'jungtürkische' Regime einige Hundert armenische Intellektuelle und führende Persönlichkeiten, von denen bis auf fünfzehn keiner überlebte.

Unter der zynischen Bezeichnung 'Umsiedlung' trieben die türkischen Faschisten armenische Frauen, Kinder und Greise zu langen Marschkolonnen zusammen und gaben den Befehl, sie in Konzentrationslager in die Wüstengebiete Mesopotamiens (im heutigen Irak) zu schicken.

Sorgfältig gaben die türkischen Faschisten acht, daß entsprechende Befehle und Dokumente, die die Verantwortung für die planmäßige Ausrottung bewiesen, vernichtet wurden. Eines der wenigen bekannten Dokumente ist

darin gefunden, daß es sich zum Sowjetland erklärt hat."
(Stalin, "ES LEBE SOWJETARMENIEN!", SW 4, S. 364)

Nur die Sowjetmacht war in der Lage, das armenische Volk von nationaler Unterdrückung zu befreien, der Feindschaft zwischen den Völkern den Boden zu entziehen und das armenische Volk vor weiteren Massakern, ja vor der physischen Vernichtung zu bewahren.

Die Sowjetmacht beseitigte nicht nur die nationale Unterdrückung, sondern befreite auch die Arbeiter und Bauern von jeglicher Ausbeutung. Durch die revisionistische Entartung der Sowjetunion wurden die Errungenschaften des Sozialismus in der armenischen sozialistischen Sowjetrepublik wieder zerstört.

das Deportationsgesetz vom 19. Mai 1915, welches die Grundlage für die Vernichtung der Armenier bildete:

"Gesetz bezüglich der von den Militärbehörden zu ergreifenden Maßnahmen gegenüber denjenigen, die in Kriegszeiten den Regierungsbefehlen nicht gehorchen:
Artikel 1: In Kriegszeiten sind die Befehlshaber von Armeekorps, Armeen und Divisionen sowie deren Stellvertreter und die Befehlshaber unabhängiger Gebiete ermächtigt und verpflichtet, diejenigen, die sich in irgend einer Weise den Befehlen der Regierung und den Maßnahmen zur nationalen Verteidigung und Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung widersetzen, die bewaffnete Angriffe verüben oder Widerstand leisten, unverzüglich und streng mit Waffengewalt zu bestrafen.

Artikel 2: Im Falle von Spionage oder Verrat können die Befehlshaber der Armeekorps, Armeen und Divisionen die Bewohner von Dör-

Die türkischen Faschisten gewährten Straffreiheit für Tötung und Plünderung, verteilten das Land, Hab und Gut der vertriebenen Armenier.

Zugleich bedrohten sie alle, die den Armeniern zu helfen versuchten, mit dem Tod:

"Wir haben erfahren, daß einige Muslime in den Deportationsgebieten Armenier schützen. Muslimische Hausbesitzer, die den Armeniern in ihren Häusern Schutz gewähren und sich somit dem Beschuß der Regierung widersetzen, sind vor ihrem Haus zu hängen und ihre Häuser sind niederzubrennen. Dieser Befehl ist in geeigneter Weise weiterzuleiten und allen davon Betroffenen zur Kenntnis zu bringen, wobei darauf zu achten ist, daß kein einziger Armenier der Verschickung entgeht. . . ."

(Befehl an die Generalgouverneure unter der Oberhoheit von Machmud Kiamil Pascha vom 10. Juli 1915, Absender: Innenministerium, Direktion für Staatssicherheit. Nach: Das Verbrechen des Schweigens ... S. 49/50)



1915 wurden erschlagene Armenier vor einer Kirche in der Türkei aufgebahrt.

fern oder Städten deportieren und sie einzeln oder gemeinsam, je nach militärischen Erfordernissen, anderswo unterbringen.
..."

(Reichserlaß vom 14.5.1915, im Osmanischen Amtsblatt Takwim-i Wekaji Nr. 2189 am 19.5. 1915 veröffentlicht, nach: Das Verbrechen des Schweigens, Die Verhandlungen des türkischen Völkermordes an den Armeniern vor dem ständigen Tribunal der Völker, Göttingen 1985, S. 49)

Unterdrückte türkische Bauern und selbst national unterdrückte Kurden ließen sich von den türkischen herrschenden Klassen zu Massakern an den Armeniern aufhetzen und machten sich so mitschuldig an dem Völkermord.

Deutsche Augenzeugen, die man sicher nicht als 'scharfe' Gegner des deutschen Imperialismus bezeichnen kann, berichteten über die Deportation:

"Von Kurden erschlagen, von Feldjägern beraubt, erschossen, erdolcht, erdrosselt, von Seuchen verzehrt, ertränkt, erfroren, verdurstet, verhungert, verfault, von Schakalen angefressen. Kinder weinten sich in den Tod, Mütter warfen ihre Kleinen in die Brunnen, Schwangere stürzten sich, die Hände aneinandergebunden mit Gesang in den Euphrat."

(Armin T. Wegner, als Sanitätsoffizier in der Türkei eingesetzt, in einem, nach dem Krieg verfassten Brief an den amerikanischen Präsidenten Wilson, nach: Die Zeit, 7.12.1984)

"Die Karawanen, die im Norden aufbrachen, bestanden, wenn sie im Süden anlangten, größtenteils nur aus Kindern unter zehn Jahren und aus älteren Frauen, Kranken und Greisen. Die Männer und Knaben waren getötet, die Mädchen, jungen Frauen und zahllose Kinder geraubt. Der Rest ist ein hilfloses dem Elend preisgegebenes Bettlervolk, das in den mesopotamischen Wüsten und Sumpfgebieten durch Hunger und Krankheit zu Grunde geht."

(Johannes Lepsius, *Der Todesgang des armenischen Volkes*, Berlin 1919, S. 25 *)

Weniger als ein Viertel der Deportierten erreichte den Bestimmungsort, meist Konzentrationslager in den Wüsten. Überfüllten sich die Lager, trieb man die Menschen in großen Scharen in die Wüste hinaus und erschlug sie dort.

In den Jahren 1915 bis 1918, vor allem aber 1915/1916, brachten so die türkischen Faschisten nahezu 1,5 Millionen Armenier um und trieben Hunderttausende in die Verbannung oder in das Exil.

Diesem bestialischen Verbrechen der türkischen Faschisten fielen zwei Drittel der Angehörigen der armenischen Nation in der Türkei zum Opfer.

Aber wir wollen auch an den heldenhaften Widerstand der Armenier, dem es allerdings an Kraft und Führung fehlte, erinnern.

Stellvertretend sei der Kampf der Bewohner der sechs armenischen Dörfern an den Hängen des Berges MUSSA LER (türkisch: MUSSA DAGH) genannt. Als am 13. Juli 1915 der Befehl kam, sich für die Deportation bereitzuhalten, widersetzen sich die Bewohner und verschanzten sich im Massiv des Mussa Dagh. Vierzig Tage verteidigten sich hier 4000 Menschen gegen eine 15 000 köpfige türkische Übermacht. (siehe Franz Werfels Roman "Die vierzig Tage des Mussa Dagh", Aufbau Verlag, Berlin 1955)

Die Tatsache, daß jene türkischen Einheiten von einem deutschen Oberst ** befehligt wurden, ist ein Beweis für die schändliche Rolle, die der deutsche Imperialismus bei der planmäßigen Ausrottung der Armenier in der Türkei spielte.

DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS WAR AN DEM VÖLKERMORD IN WESTARmenien MASSGEBLICH BETEILIGT !

Die Lage in der Zeit vor dem imperialistischen Weltkrieg war dadurch gekennzeichnet, daß sich die Türkei in der Abhängigkeit des deutschen Imperialismus befand. Rosa Luxemburg schrieb:

"Die kleinasiatische Bauernwirtschaft wird zum Objekt eines wohlorganisierten Aussaugprozesses zu Nutz und Frommen des europäischen, in diesem Fall vor allem des deutschen Bank- und Industriekapitals. Damit wachsen die 'Interessensphären' Deutschlands in der

Türkei, die wiederum Grundlage und Anlaß zur politischen 'Beschützung' der Türkei abgeben. Zugleich wird der für die wirtschaftliche Ausnutzung des Bauerntums nötige Saugapparat, die türkische Regierung, zum gehorsamen Werkzeug, zum Vasallen der deutschen auswärtigen Politik. Schon von früher her standen türkische Finanzen, Zollpolitik, Steuerpolitik, Staatsausgaben unter europäischer Kontrolle. Der deutsche Einfluß hat sich namentlich der Militärorganisation bemächtigt.

Es ist nach alledem klar, daß im Interesse des deutschen Imperialismus die Stärkung der türkischen Staatsmacht liegt, soweit, daß ihr vorzeitiger Zerfall verhütet wird." ("Krise der Sozialdemokratie", 1916, Gesammelte Werke Bd. 4, Berlin 1974, S. 85)

Der deutsche Imperialismus hatte seine englischen und französischen Konkurrenten weitgehend verdrängt, kontrollierte die Wirtschaft der Türkei und beeinflußte alle wichtigen politischen und strategischen Entscheidungen.

Der deutsche General Liman von Sanders wurde am Vorabend des imperialistischen Weltkrieges Generalinspekteur des türkischen Militärs.

Der deutsche Befehlshaber von Bonsart war Stellvertreter und Ratgeber des Kriegsministers Enver Pascha. Den Posten eines Bevollmächtigten des Oberkommandos der türkischen Streitkräfte nahm der deutsche Generalmajor von Lossow ein. Als dann die Türkei 1914 auf der Seite des deutschen Imperialismus in den imperialistischen Weltkrieg eintrat, war das die logische Folge des skizzierten Abhängigkeitsverhältnisses.

Das alles bedeutet:

- * Ohne Zustimmung und Unterstützung des deutschen Imperialismus konnte das faschistische * 'jungtürkische' Regime keine größeren Entscheidungen treffen.

Um seinen Einfluß am strategisch bedeutsamen Bosporus zu wahren, hatte der deutsche Imperialismus ein vorrangiges Interesse, seine Vorherrschaft über die ganze Türkei gegen die imperialistischen Konkurrenten aufrechtzuerhalten.

Jeden nationalen Befreiungskampf der von den türkischen Faschisten geknechteten Völker betrachtete er somit unmittelbar als Bedrohung seiner Vorherrschaft. Das galt besonders für Armenien, das zwischen der strategisch wichtigen Bagdad-Bahnlinie und der russischen Grenze lag.

Der von Rosa Luxemburg als "bekannter Wortführer des deutschen Imperialismus" (ebd. S. 86) charakterisierte Paul Rohrbach erläuterte die

* J. Lepsius betätigte sich 1919 als Mitautor einer regierungsoffiziellen Sammlung diplomatischer Dokumente, deren Zweck in der (allerdings vergeblichen) Leugnung der Beteiligung des deutschen Imperialismus am Völkermord in Westarmenien bestand.

** nach: Paul du Véon, *Le désastre d'Alexandrette*, Paris 1938, S. 41

Kriegsziele der deutschen Imperialisten:

"Ein deutsches Kleinasien oder Mesopotamien könnte nur Wirklichkeit werden, wenn vorher zu Mindesten Rußland und damit auch Frankreich zum Verzicht auf ihre gegenwärtigen Ziele und Ideale gezwungen wären . . . Hinsichtlich des gesamten westasiatischen Raumes kann man sich keine bedrohlichere Konstellation als die Konzentration Armeniens, des Transkaukasus und Nordpersiens in den Händen Rußlands vorstellen. Wenn es für uns also notwendig ist, die Türkei zu erhalten, so sollte auch Armenien türkisch bleiben, und da wir zu diesem Zweck die Türkei soweit wie möglich unterstützen müssen, können wir auch nicht dulden, daß Armenien in die Hände Rußlands gelangt."

(Paul Rohrbach, *Der Krieg und die deutsche Politik*, Dresden 1914, S. 36 und S. 63/64)

'Armenien muß türkisch bleiben', das war die Aufforderung an die türkischen herrschenden Klassen und ihr faschistisches Regime, die Politik der nationalen Unterdrückung rigoros fortzuführen und noch zu verstärken. Der deutsche Botschafter in der Türkei, Baron von Wangenheim, brachte die Interessen des deutschen Imperialismus auf eine kurze Formel:

"Armenien verhindert die wirtschaftliche und politische Ausbreitung Deutschlands, es muß daher verschwinden."

(Sommer 1914, nach: René Pinon, *La suppression des Arméniens*, Paris 1916, S. 12, zitiert aus: pogrom, Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker, Nr. 72/73, 1980, S. 48)

Der deutsche Imperialismus forderte die türkischen Faschisten faktisch zur Vernichtung der armenischen Nation in der Türkei auf.

Zur gleichen Zeit versuchte der deutsche Imperialismus das armenische Unabhängigkeitsstreben für sich nutzbar zu machen und gegen die drohende zaristische Intervention zu wenden. Zu diesem Zweck legten deutsche Diplomaten Pläne zur Errichtung deutscher Schulen in Westarmenien und zur Subventionierung des Deutschunterrichts an armenischen Schulen vor. Der Gründung einer Deutsch-Armenischen Gesellschaft auf Initiative von J. Lepsius wurde regierungsoffiziell der Segen erteilt.

Brutale Ausrottung und heuchlerische Demagogie waren die beiden Seiten der deutschen imperialistischen Politik; während noch demagogisch 'Freundschaftsbeweise' dargebracht wurden, lag der Plan für die Ausrottung schon fertig in der Schublade.

Als das faschistische türkische Kompradoren- und Großgrundbesitzerregime 1915 mit der systematischen Ausrottung der armenischen Nation begann, lag das im a u s d r ü c k l i c h e n I n t e r e s s e des deutschen Imperialismus:

"Die von der Regierung der Hohen Pforte durchgeführten Repressalien gegen die Armenier der ostanatolischen Provinzen wurden von der Kriegslage diktiert und stellen ein legitimes Verteidigungsmittel dar. Die deutsche Regierung

KARL LIEBKNECHT

Kleine Anfragen im Deutschen Reichstag

11. Januar 1916

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß während des jetzigen Krieges im verbündeten türkischen Reiche die armenische Bevölkerung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemacht worden ist?

Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler bei der verbündeten türkischen Regierung unternommen, um die gebotene Sühne herbeizuführen, die Lage des Restes der armenischen Bevölkerung in der Türkei menschenwürdig zu gestalten und die Wiederholung ähnlicher Greuel zu verhindern?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Dirigent der politischen Abteilung im Auswärtigen Amte, Kaiserliche Gesandte Herr Dr. von Stumm.

von Stumm, Kaiserlicher Gesandter, Dirigent der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Kommissar des Bundesrats: Dem Herrn Reichskanzler ist bekannt, daß die Pforte vor einiger Zeit, durch aufrührerische Umtriebe unserer Gegner veranlaßt, die armenische Bevölkerung bestimmter Gebietsteile des türkischen Reiches ausgesiedelt und ihr neue Wohnstätten angewiesen hat. Wegen gewisser Rückwirkungen dieser Maßnahme findet zwischen der deutschen und der türkischen Regierung ein Gedankenaustausch statt. Nähere Einzelheiten können nicht mitgeteilt werden.

Liebknecht: Ich bitte ums Wort zur Ergänzung der Anfrage! (Heiterkeit.)

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Liebknecht.

Liebknecht: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Professor Lepsius geradezu von einer Ausrottung der türkischen Armenier gesprochen — (Glocke des Präsidenten. Redner versucht weiterzusprechen. — Rufe: „Ruhe! Ruhe!“)

Präsident: Herr Abgeordneter, das ist eine neue Anfrage, die ich nicht zulassen kann.

Liebknecht: Herr Präsident, zur Geschäftsordnung!

Präsident: Bitte, zur Geschäftsordnung.

Liebknecht: Ehe der Herr Präsident noch die Anfrage zu Ende gehörte hat, wird er nicht in der Lage sein, zu beurteilen (Heiterkeit.), ob es sich um eine neue Anfrage handelt oder nicht. Im übrigen hebe ich hervor, daß der Herr Präsident nicht aus eigenem Antrieb (Lebhafte Rufe: „Oho!“) zu der Auffassung, daß eine neue Anfrage vorliege, gelangte, sondern das ihm aus dem Hause erst zugeufen wurde.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Liebknecht, diese Kritik meiner Geschäftsführung muß ich mir verbitten. (Lebhafte „Bravo!“)

(Karl Liebknecht, *Der Anfragenfeldzug, Gesammelte Reden und Schriften Band 8, 3. Auflage 1974, Dietz-Verlag Berlin, S. 438 - 439)*

ist weit davon entfernt, sich ihrer Durchsetzung zu widersetzen, da ja diese Aktionen der Festigung der inneren Sicherheit der Türkei dienen und Aufstandsversuchen zuvorkommen sollen. In dieser Hinsicht deckt sich der Standpunkt der deutschen Regierung mit den Erklärungen, die die Pforte abgegeben hat." (Erklärung der deutschen Botschaft in der Türkei, nach: J. Lepsius, Deutschland und Armenien 1914-1918, Sammlung diplomatischer Dokumente, Potsdam 1919, S. 96f.)

Armenier, die auf der Flucht vor den Mordbanden der türkischen Faschisten bei deutschen Offizieren oder in den deutschen diplomatischen Vertretungen Schutz suchten, wurden an das türkische Militär ausgeliefert.

Deutsche Konzerne setzten armenische Zwangsarbeiter beim Bau der Bagdad-Bahn ein.

Die Presse des deutschen Imperialismus druckte nur die offiziellen Verlautbarungen der türkischen Faschisten. Aus Regierungskreisen des deutschen Imperialismus kam die Weisung,

"in deutscher Presse (mitzuteilen), daß wir an den Maßnahmen der türkischen Regierung zur Massenvernichtung der Armenier völlig unbeteiligt sind."
(nach: J. Lepsius, Deutschland und Armenien ... S. 112)

Der faschistische türkische Kriegsminister Enver Pascha erklärte freimütig, die Ausrottung der Armenier sei

"die wichtigste Tat, zu der die junge Türkei fähig war. Die Deutschen sollten uns dankbar dafür sein, daß wir ihre Feinde vernichten."
(nach: Sächsisches Staatsarchiv Dresden, Außenministerium, Akten Nr. 1953, Bl. 77)

Die deutschen Imperialisten wußten das durchaus zu schätzen. So verlieh der Kaiser dem Hauptverantwortlichen für den Völkermord in Armenien, dem Innenminister des faschistischen, 'jung-türkischen' Regimes, Taalat Pascha, für seine 'Verdienste' den höchsten preußischen Orden, eine Auszeichnung, die nur wenigen Ausländern damals zuteil wurde.

- * Der Völkermord an der armenischen Nation in
- * der Türkei, vollbracht von dem faschistischen
- * Regime der türkischen Kompradoren und Großgrundbesitzer, lag voll und ganz im Interesse des
- * deutschen Imperialismus.
- * Die 'jungtürkischen' Faschisten um Enver Pascha
- * und Taalat Pascha fanden bei ihren Herren, den
- * deutschen Imperialisten, rückhaltlose Unterstützung und Deckung für die systematische Ausrottung
- * der armenischen Nation.
- * Der deutsche Imperialismus, am Völkermord
- * direkt beteiligt, ist in gleichem Maße verantwortlich wie die türkischen Faschisten, die
- * sich vor allem die Finger schmutzig gemacht
- * haben.

Nachdem der deutsche Imperialismus und auch sein Verbündeter, die Türkei, den imperialistischen Weltkrieg verloren hatte, floh Taalat Pascha nach Deutschland. Am 15. März 1921 wurde er von dem arme-

nischen Studenten Salomon Tehlerjan in Berlin erschossen. Ein Geschworenengericht sprach Tehlerjan, dessen ganze Familie auf einem der Todesmärsche umgekommen war, frei.

Im März 1943 wurden die Überreste Taalat Paschas -gemäß der alten deutsch-türkischen Verbundenheit- nach Istanbul überführt und dort in Anwesenheit des Botschafters der deutschen Faschisten in der Türkei, von Papen, feierlich beigesetzt.

DAS FASCHISTISCHE TÜRKISCHE MILITÄRREGIME EVREN/ÖZAL SETZT DIE NATIONALE UNTERDRÜCKUNG DER ARMENIER IN DER TÜRKEI FORT

Heute leben noch 60 000 bis 70 000 Armenier in der Türkei, zwei Drittel von ihnen in Istanbul. Ihre nationale Unterdrückung hat niemals aufgehört, nur die hauptsächliche Form der Unterdrückung wandelte sich von physischer Ausrottung zu politischer, ökonomischer und kultureller Vernichtung, wobei niemand eine Garantie zu geben vermag, daß die Armenier nicht morgen schon wieder der systematischen Ausrottung durch die türkischen Faschisten unterworfen werden. Diejenigen Armenier, die noch in ihren ursprünglichen Siedlungsgebieten leben, werden systematisch schikaniert, als Freiwild behandelt, um ihren weiteren nationalen Zusammenhalt zu zerstören, sie zu vertreiben und jede armenische Neuansiedlung zu verhindern.

"Im Jahre 1962 wohnten in Dyabakır und seiner Umgebung noch 8000 bis 10 000 Armenier. Jetzt erreicht ihre Zahl nicht einmal 500. Die meisten von ihnen sind nach Syrien, Beirut, Frankreich, Sowjetarmenien oder in die USA geflohen. Viele in Dyabakır lebende Armenier haben ihre Vor- und Nachnamen geändert, um Schwierigkeiten bei staatlichen Behörden zu vermeiden."

"Die Abwanderung aus Wagef nimmt ständig zu. Allein 1979/80 haben acht Familien ihr Dorf verlassen. Insgesamt leben nur noch 125 bis 150 Armenier in Wagef. Die Abgewanderten sind zu 60% in die Großstädte, vor allem nach Istanbul gezogen, zu 40% haben sie die Türkei gänzlich verlassen."

(Berichte armenischer Flüchtlinge aus der Türkei, zitiert aus: pogrom ... Nr. 85, 1981, S. 21/22)

Zwar gesteht der Vertrag von Lausanne, in dem die imperialistischen Großmächte 1923 die nach dem imperialistischen Weltkrieg entstandene türkische Republik anerkennen, den Armeniern in der Türkei Religionsfreiheit und das Recht auf eigene Schulen zu, die es allerdings nur noch in Istanbul gibt.

Faktisch ist es so, daß die Arbeit der Schulen behindert wird. Armenische Kinder werden aufgefordert oder gezwungen, türkische Schulen zu besuchen. Armenische Geschichte darf an den

armenischen Schulen nicht erteilt werden, den Geschichtsunterricht bestreiten grundsätzlich türkische Lehrer.

Die türkischen Faschisten betreiben beständig die Türkisierung der Armenier nach der Taktik: die Wurzeln werden abgesägt, damit der Baum verdirrt.

Der mit über zwei Millionen Menschen weitaus größere Teil der Armenier, die aus der Türkei stammen, muß im Exil leben, etwa 200 000 im Iran, 250 000 im Libanon, 200 000 in Frankreich und 300 000 in den USA. (taz, 25.4.85)

Vor allem ihre Proteste gegen die nationale Unterdrückung in der Türkei beantwortete der Chef des faschistischen türkischen Militärregimes, Evren, mit unverhohlenen Drohungen:

"Der Haufen Auslandsarmenier soll wissen, daß unsere Geduld erschöpft ist. Sie werden bald ihre Antwort bekommen. Das türkische Volk ist geduldig, aber wenn seine Geduld zu Ende geht, dann kennt es keine Grenzen mehr."
(aus: Alik, armenische Zeitung im Iran, vom 13.6.1981, zitiert nach: pogrom ... Nr. 85, S. 11)

Es ist ein Grundzug aller türkischen Kompradoren- und Großgrundbesitzerregime, die armenische Nation zu vernichten und zu vertreiben. Das gegenwärtige türkische Regime reiht sich mit seiner Politik der nationalen Unterdrückung der Armenier nahtlos in die Geschichte der türkischen Faschisten ein.

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS SETZT DIE POLITIK DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS IN DER TÜRKEI FORT

Die Türkei zählt heute zu den Ländern, in denen der westdeutsche Imperialismus einen gewaltigen Einfluß erlangt hat und ihn weiter ausbaut. Das faschistische türkische Militärregime Evren/Özal ist vom westdeutschen Imperialismus abhängig, wird von ihm finanziert und militärisch ausgerüstet.

- * Die westdeutschen Imperialisten setzen die
- * Politik ihres Vorgängers, des deutschen
- * Imperialismus, fort: rückhaltlose Unterstützung
- * für ihre Kompradoren in der Türkei.
- * Damit ist der westdeutsche Imperialismus verantwortlich für die fortdauernde, auf die endgültige Vertreibung oder Türkisierung ausgerichtete nationale Unterdrückung der Armenier in der Türkei.

Dies offenbaren die westdeutschen Imperialisten auch an der Behandlung armenischer Asylbewerber aus der Türkei. Bis 1979 stellten vierhundert Armenier einen Asylantrag in Westberlin oder Westdeutschland.

"Das Ergebnis der Asylanträge ... war negativ. Bisher hat, soweit bekannt, niemand von den

Bundesbehörden eindeutig Asyl erhalten." (Dokumentation 'Christliche Minderheiten aus der Türkei', November 1979, S. 72)

Ein westdeutsches Gericht hieß vielmehr 1981 einem armenischen Asylbewerber aus der Türkei mit kaum zu überbietendem Zynismus entgegen:

"... der türkische Staat... bemüht sich gerade seit dem Militärputsch vom 12.9.1980 mit Erfolg, die Sicherheitslage für alle Staatsbürger zu verbessern."
(zitiert nach: pogrom ... Nr. 85, 1981, S. 30)

Als im April dieses Jahres in Westdeutschland (Bremen) eine Konferenz zur siebzigsten Wiederkehr des Beginns des Völkermordes in Armenien stattfand, intervenierte im Vorfeld neben dem türkischen Außenministerium auch das Auswärtige Amt der westdeutschen imperialistischen Regierung:

"Die Absicht der Bremer Veranstalter, über die 'staatliche Ausrottung der christlichen Völker, der Millionen zum Opfer fielen' zu reden und damit ein Tabu zu brechen, wurde als unfreundlicher und provokanter Akt gegenüber den Türken gewertet."

(Frankfurter Rundschau, 26.4.85)

Der westdeutsche Imperialismus will, daß über den Völkermord an der armenischen Nation in der Türkei, über die fortdauernde nationale Unterdrückung der Armenier durch die türkischen Faschisten geschwiegen wird.

Der westdeutsche Imperialismus will, daß die Beteiligung des deutschen Imperialismus an der systematischen Ausrottung der armenischen Nation in Vergessenheit gerät.

Der westdeutsche Imperialismus will, daß seine Beteiligung an der nationalen Unterdrückung der Armenier im Verborgenen bleibt, wenn er dem faschistischen türkischen Kompradoren- und Großgrundbesitzerregime den Rücken stärkt.

- * Den Marxisten-Leninisten, Antiimperialisten
- * und klassenbewußten Arbeitern in Westberlin
- * erwächst aus der Beteiligung des deutschen
- * und des westdeutschen Imperialismus an der
- * nationalen Unterdrückung der Armenier in der
- * Türkei eine besondere Verantwortung, den
- * gerechten Kampf des armenischen Volkes
- * gegen seine nationale Unterdrückung zu
- * unterstützen!
- * EIN VOLK, DAS ANDERE UNTERDRUCKT, KANN
- * SELBST NIEMALS FREI SEIN !



Die sozialfaschistische Haltung von Bolshevik Partizan und TKP/ML(B) zur Armenienfrage

In zentralen Fragen der nationalen Unterdrückung in der Türkei haben Bolshevik Partizan und die TKP/ML(B) ihre reaktionäre großtürkisch-chauvinistischen Positionen bisher schon unter Beweis gestellt:

- Bolshevik Partizan und die TKP/ML(B) lehnen es ab, von den "Völkern der Türkei" zu sprechen und halten es für "richtiger", vom "einheitlichen Volk der Türkei, das aus verschiedenen Nationalitäten besteht" auszugehen. Dies ist eine direkte Widerspiegelung der faschistischen Propaganda, daß es in der Türkei nur ein Volk gebe - und nicht mehrere-Völker -, um damit die nationale Unterdrückung der Kurden, Armenier, der Araber und anderer zu leugnen und zu rechtfertigen.
- Dieser Standpunkt der Zwangs"einheit" des "einheitlichen Volkes der Türkei" drückt sich auch darin aus, daß Bolshevik Partizan und die TKP/ML(B) das Recht der unterdrückten kurdischen Nation auf staatliche Lostrennung hinter der verwaschenen Lösung des "Selbstbestimmungsrechts" versteckt und ihr damit vorenthalten wollen. (Vergleiche dazu: Internationale Informationen Nr. 13, S. 30 ff, Abschnitt "Der großtürkische Chauvinismus und die TKP/ML(B)")
- In der Haltung zur Zypernfrage offenbaren Bolshevik Partizan und die TKP/ML(B) eine sozialfaschistische Rechtfertigung der Aggression der 'eigenen' herrschenden Klassen. Die fortdauernde Annexion Nordzyperns durch die faschistische Armee der Türkei wird von ihnen als möglich anerkannt und faktisch akzeptiert, indem sie lediglich die Lösung des "Rechts auf Lostrennung" für das besetzte zypriotische Gebiet ausgeben, anstatt für die unbedingte Beseitigung der Okkupation zu kämpfen.

Auf dieser Linie des großtürkischen Chauvinismus liegen auch ihre Positionen zur Armenienfrage.

Die nationale Unterdrückung der Armenier, ihre Assimilierung und Vertreibung durch die herrschenden türkischen Klassen heute, mit der die Vernichtungskampagne gegen die armenische Nation, die mit dem Völkermord von 1915 ihren grausamen Höhepunkt erreicht hatte, fortgesetzt wird, ist für Bolshevik Partizan und die TKP/ML(B) keine Frage, in der heute der Kampf gegen die nationale Unterdrückung der Armenier geführt werden muß. Sie sprechen lediglich vom Völkermord verharmlosend als von einer "geschichtlichen Ungerechtigkeit" gegenüber den Armeniern:

" ... in der Türkei ist das Armenierproblem, dessen 'Lösung' auf der Grundlage, daß die Armenier seitens der türkischen Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie grausam umgebracht und vertrieben wurden, eine geschichtliche Ungerechtigkeit der Art, die abseits vom geschichtlichen Hauptstrom bleiben, ihn nicht aufhalten, seinen Lauf nicht stören und die Vertiefung und Ausweitung des proletarischen Klassenkampfes nicht behindern.

Diese geschichtliche Ungerechtigkeit ist keine, die den Klassenkampf direkt und die geschichtliche Entwicklung behindert. Aus diesem Grunde besteht unsere Haltung gegenüber dieser geschichtlichen Ungerechtigkeit darin, daß wir diese entlarven. Jedoch haben wir nicht das Problem, heute dafür zu kämpfen, diese zu beseitigen." ("Die türkischen Faschisten benutzen die Aktion der armenischen Nationalisten, um den Rassismus zu schüren" aus "Wichtige Artikel aus Bolshevik Partizan", Nr. 4, S. 17)

Von der bestehenden nationalen Unterdrückung der Armenier wird deshalb bei Bolshevik Partizan und der TKP/ML(B) auch nicht einmal mehr gesprochen, denn die Frage Armeniens wurde ja durch den Völkermord "geschichtlich" 'gelöst'. Die Phrasen vom "Klassenkampf" können nicht darüber hinweg täuschen, daß Bolshevik Partizan und die TKP/ML(B) in der Leugnung der fortdauernden nationalen Unterdrückung der Armenier und überhaupt der Fortexistenz der Armenienfrage in die Fußstapfen der türkischen Faschisten getreten sind, die diese Frage ebenfalls als 'gelöst' betrachten. Eine solche Haltung kann nur als sozialfaschistisch bezeichnet werden.

Bolshevik Partizan und die TKPML(B) versteigen sich weiterhin dazu, die berechtigte Forderung der massenhaft innerhalb der Türkei und ins Ausland vertriebenen Armenier nach der Möglichkeit der Rückkehr in die armenischen Gebiete als reaktionär zu verunglimpfen und quasi als zionistisch zu verleumden:

"'Der Boden', der als 'nationaler Boden der Armenier' bezeichnet wird, ist seit etwa 70 Jahren bevölkerter Boden Zu betonen, daß man, weil man historisch hier angesiedelt war, das Ziel darin besteht, nun hier wieder zusammenkommen, ist eine reaktionäre Sache, die dem Gedanken vom 'gelobten Land' gleichkommt." (Ebenda, S. 16)

Um ihrer Hetze gegen die Forderung der Armenier nach dem Recht auf Rückkehr den Anschein einer Berechtigung zu verleihen, erklären Bolshevik Partizan und die TKP/ML(B) dreist, die armenischen Gebiete in der Türkei seien "seit etwa 70 Jahren bevölkert". Sie vertuschen somit, daß diese Gebiete durch den Völkermord an den Armeniern für die türkische Invasion vorher entvölkert wurden.

Die Beteuerung, daß Bolshevik Partizan und die TKP/ML(B) diesen Völkermord als "geschichtliche Ungerechtigkeit" anerkennen würden, erweist sich somit endgültig als Feigenblatt für ihre sozialfaschistische Haltung in der Armenienfrage.

***** KOHL IN DER TÜRKEI - EIN KURZER EINBLICK IN DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM WEST- DEUTSCHEN IMPERIALISMUS UND DEM TÜRKISCHEN MILITÄRREGIME *****

Im Juli dieses Jahres reiste der Kanzler der westdeutschen imperialistischen Regierung in die Türkei und beglückwünschte das faschistische Regime für dessen Erfolge bei der rigorosen und grausamen Unterdrückung der Völker und nationalen Minderheiten in der Türkei, just in dem Augenblick, als ein Gericht in Diyarbakir zehn kurdische Freiheitskämpfer zum Tode verurteilte.

"Der innere Friede sei in der Türkei wiederhergestellt, sagte Kohl, und lobte den türkischen Ministerpräsidenten Özal für dessen Verdienste für die Wiederherstellung der Demokratie."
(taz, 12.7.1985)

Die westdeutschen Imperialisten sagten dem faschistischen Regime der türkischen Kompradoren und Großgrundbesitzer, das sie als Garanten dafür betrachten, daß die Türkei in

ihrer Abhängigkeit verbleibt, eine Erhöhung der Militär- und Wirtschaftshilfe zu.

Wenige Tage vor dem Kohl-Besuch konferierte eine Bande hochkarätiger, staatlich angestellter Verbrecher und Mörder in Westdeutschland. Die Spitzen des westdeutschen Polizeiapparates sprachen mit einer Delegation hoher faschistischer türkischer Polizeioffiziere (unter ihnen der oberste Polizeichef Bedük und sein Stellvertreter Erdal, der sich als führender Kopf der Konterguerilla und als Folterspezialist schon früher einen Namen gemacht hat) über die Verbesserung der Methoden zur Verfolgung von Revolutionären. Die türkische Delegation beriet mit westdeutschen Rüstungskonzernen unter anderem über den Kauf von Kampfhubschraubern, die für den Einsatz gegen kurdische Befreiungskämpfer

bestimmt sind.

Das westdeutsche Innenministerium ließ über diese Treffen lakonisch verlauten, "es sei über vieles gesprochen worden" und "man habe sozusagen ganz einvernehmlich geplaudert". (taz, 12.7.1985)

Sicherlich herrscht zwischen den westdeutschen Imperialisten und den türkischen Faschisten völligiges Einvernehmen, wenn es um die Unterdrückung von revolutionären Bestrebungen in der Türkei geht; dies entspricht ihren gemeinsamen Klasseninteressen.

Der siegreiche Kampf der Arbeiter und Bauern der Türkei für eine demokratische und antiimperialistische Revolution wird mit der Beseitigung der faschistischen Herrschaft der Kompradoren und Großgrundbesitzer zugleich die Abhängigkeit vom Imperialismus brechen. Der westdeutsche Imperialismus, der neben dem US-Imperialismus in der Türkei über den größten Einfluß verfügt, wird deshalb mit allen erdenklichen Mitteln die faschistische Herrschaft der Kompradoren und Grundherren in der Türkei sichern, welche ihm die aus den Werktätigen der Türkei herausgepreßten Extra profite garantiert und die Türkei für ihn zu einem sicheren Einflußgebiet, zu einer sicheren Basis für den künftigen kriegerischen Kampf um die Neuaufteilung der Welt macht.

Diese grundsätzliche Übereinstimmung in den Klasseninteressen schließt Meinungsverschiedenheiten zwischen den imperialistischen Oberherren und den faschistischen Herren der Türkei nicht aus.

Das ist der Fall bei der Regelung der sogenannten 'Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EG'. Danach haben laut EG-Assoziierungsabkommen die Arbeiter aus der Türkei ab Ende 1986 die Möglichkeit, ohne besondere Beschränkungen ihre Arbeitskraft in Westdeutschland und Westberlin zu verkaufen.

Das aber paßt den westdeutschen Imperialisten nicht. Sie bestehen

auch weiterhin auf der strikten Kontrolle des Zuzugs von Arbeitern aus der Türkei, auf der Aufrechterhaltung der politischen Rechtslosigkeit der ausländischen Arbeiter, wie sie in den faschistischen Sondergesetzen, im sogenannten "Ausländergesetz" festgeschrieben ist, um gerade die Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Türkei, die den größten Anteil an ausländischen Arbeitern ausmachen, ungehindert heuern und feuern zu können, entsprechend ihren Profitinteressen und abhängig von den konjunktuellen Schwankungen der Verwertungsbedingungen des Kapitals.

Wenn sich ausgerechnet die türkischen Faschisten, die die Fabriken in der Türkei zu Militärzuchthäusern ausgebaut haben, zum Anwalt der 'Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EG' machen, so geschieht dies einzig zu demagogischen Zwecken, zielt darauf ab, für sich einen größeren Anteil aus den imperialistischen Profiten herauszuschlagen und ihre faschistische Herrschaft propagandistisch und materiell weiter abzusichern.

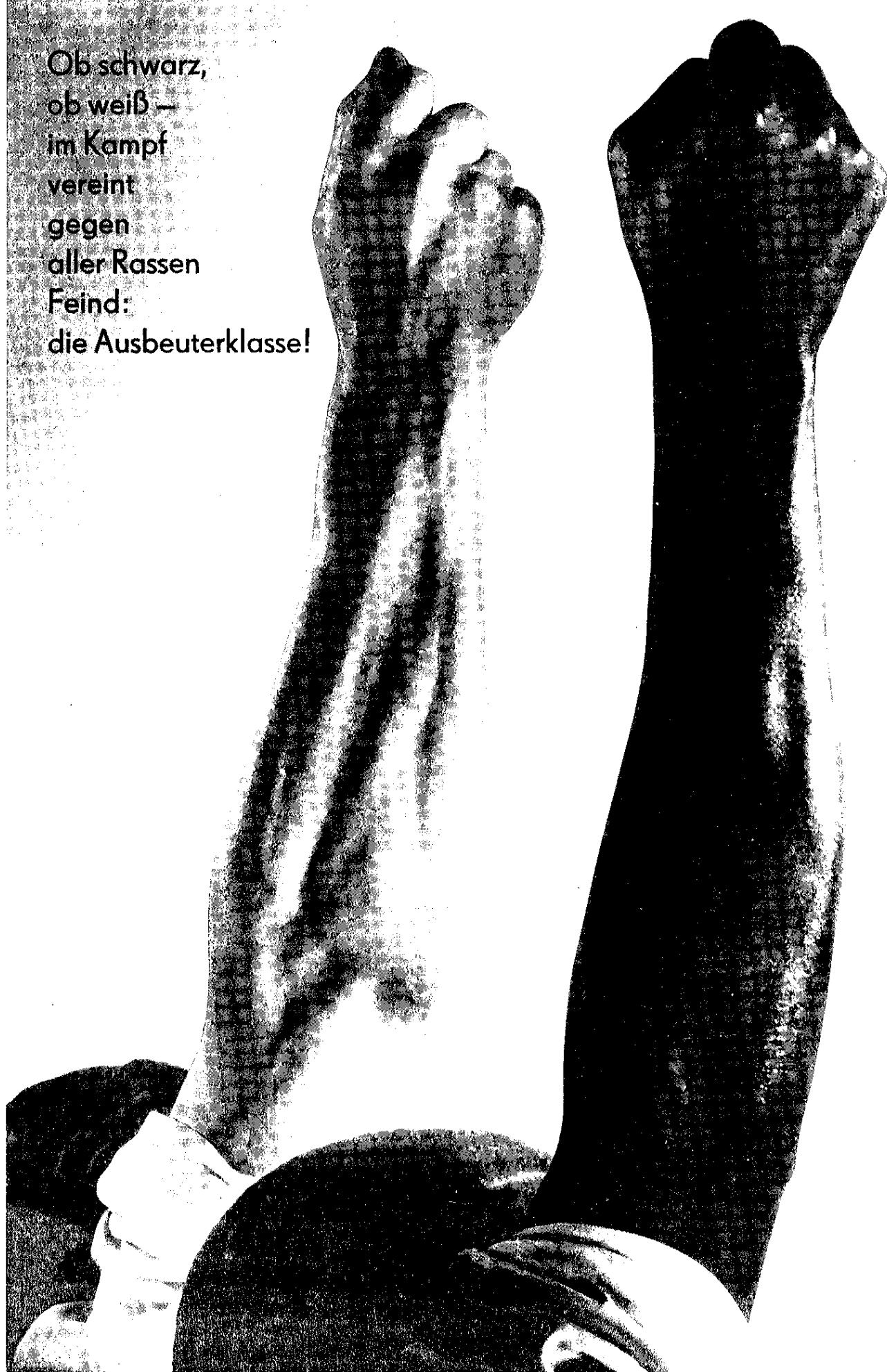
Über den letzten Stand dieser Streitigkeiten zwischen westdeutschen Imperialisten und türkischen Faschisten war in der bürgerlichen Presse zu lesen:

"Die Bundesrepublik wolle ... die Unterstützung der Türkei durch die BRD in den Gremien der EG stärken, westdeutsche Investitionen in der Türkei anzuregen, sowie Kooperationsprojekte im Rüstungssektor forcieren. Im Gegenzug sprach Özal davon, nicht unbedingt auf dem Recht der Freizügigkeit für türkische Staatsbürger zu insistieren."

(taz, 12.7.1985)

Offenbar ist der 'Anwalt der Arbeiter aus der Türkei', Özal, auch mit neuen Waffen für seine faschistische Armee zur Niederhaltung der Völker der Türkei bestens zufriedengestellt, was weitere demagogische Profilierungsgefechte natürlich nicht ausschließt.

Ob schwarz,
ob weiß –
im Kampf
vereint
gegen
aller Rassen
Feind:
die Ausbeuterklasse!



Aus Publikationen unserer Bruderorganisationen

UNTERSTÜTZT DEN BEWAFFNETEN KAMPF GEGEN RASSISMUS UND IMPERIALISMUS IN SÜDAFRIKA !

FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN
IN SÜDAFRIKA ?

Jeder kennt den Spruch 'Frieden schaffen ohne Waffen'. Wie absurd diese Forderung ist, zeigt die aktuelle Situation in Südafrika. Mit Verhängung des Ausnahmezustandes am 21. Juli 1985 wurde von dem südafrikanischen Rassistenregime lediglich der staatliche Terror legalisiert und in großem Maßstab durchgeführt, der bereits seit einem Jahr zur alltäglichen Praxis gehört, um die sich wie ein Flächenbrand ausbreitende spontane Widerstandsbewegung der schwarzen Volksmassen, die nicht mehr bereit sind, sich wie Menschen zweiter Klasse behandeln zu lassen, zu unterdrücken.

Der zunehmende Widerstand der schwarzen Volksmassen läßt sich nicht mehr aufhalten:

- + Illegale Massenstreiks der Arbeiter im Bergbau und in der Automobilindustrie gegen Hungerlöhne, gegen Rassismus in den Betrieben, gegen Prügelstrafe, gegen Massenentlassungen und Abschiebung in die sogenannten 'Homelands'
- + Heftigster Widerstand gegen polizeiliche Zwangsumsiedlungen, was in mehrtägige Straßenschlachten mündete
- + Militanter Wahlboykott
- + Mächtige Schülerdemonstrationen gegen die rassistische Bildungspolitik

Das sind nur einige wenige Beispiele aus der jüngsten Zeit. Nach offiziellen Angaben sind von September 1984 bis Juli 1985 rund 500 Tote gemeldet worden. Politische Führer des Widerstandes schätzen die Zahl der von Polizei und Armee Ermordeten schon im Oktober 1984 auf mindestens 1000 ! Unzählbar sind die Verwundeten, die über 10 000 Verhafteten, die Gefolterten und die in die 'Homelands' Abgeschobenen.

Dennoch gelang es dem verhaßten Regime nicht, die Bewegung des Proletariats und der anderen Volksmassen in Südafrika, die verstärkt politischen Charakter annimmt und sich nicht mehr mit irgendwelchen betrügerischen Reformen abspeisen läßt, einzudämmen.

Die Aktionen der spontanen Massenbewegung richten sich zunehmend auch gegen wichtige Stützen des rassistischen Regimes, gegen die mit Schwarzen besetzten Gemeinderäte, die das verhaßte Regime in den schwarzen Vorstadtsiedlungen, den sogenannten 'Townships' vertreten.

Das Rassistenregime weiß aber auch, daß es mit bewaffneter Gewalt allein auf Dauer die Mehrheit nicht niederhalten und vom offenen Aufstand abhalten kann, daß Reformversprechungen

ebenso notwendig sind, wie die Schaffung von Privilegien für Teile der Schwarzen, um sie nicht allzu fern(zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 23.7.85)

Der Bischof hat genau erkannt, daß die entscheidende Gefahr für das Rassistenregime darin besteht, wenn die Massen begreifen, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg ist, um den verhaßten Staatsapparat zu zerschlagen und sich zu befreien, wenn sie Propagandisten und Versöhnler des reformistischen 'friedlichen Wegs' hinwegfegen werden!

Drastisch zeigt die Situation in Südafrika, zu spalten. Der an der Spitze des Regimes stehende Staatspräsident Botha, der die Doppelkaktik von 'Zuckerbrot und Peitsche' anzuwenden sucht, erklärte am 5. Tag des Ausnahmezustandes seine Bereitschaft zu Verhandlungen - während er gleichzeitig den Terror forcierte - mit allen Führern der schwarzen Bevölkerung, unter einer Bedingung, daß diese öffentlich die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehnen sollten!

Einflußreiche Schwarze wie Bischof Tutu bieten sich auch schon bereitwillig als Unterhändler an, um einen breiten Massenaufstand zu verhindern und das Rassistenregime vor dem Sturz zu retten. Kurz nach der Verhängung des Ausnahmezustandes gab er der Regierung den Rat, einen Zeitplan für die Abschaffung der 'Apartheid' aufzustellen und warnte:

"Die jungen Menschen glauben, der einzige Weg, das System zu ändern, sei durch BEWAFFNETEN KAMPF. Und wenn sie dafür sterben müssen, werden sie es tun. Es sei erstaunlich, daß die Jugendlichen derzeit noch die Ansichten derjenigen, die für ein friedliches Ende der Apartheid arbeiten, akzeptieren. Jedoch ... der Moment, an dem sie uns hinwegfegen werden, ist daß die pazifistische Forderung 'Frieden schaffen ohne Waffen' einzige und allein den herrschenden Klassen dient.

- o Eine grundlegende Lehre des Kommunismus,
- o daß es nur einen Weg gibt, die reaktionären Klassen zu stürzen, nämlich den des bewaffneten Befreiungskampfes
- o wurde und wird in Südafrika erneut bestätigt !

OHNE FÜHRUNG DURCH DAS PROLETARIAT UND SEINER MARXISTISCH LENINISTISCHEN PARTEI WIRD DIE REVOLUTION NICHT GESICHERT UND FORTGEFÜHRT WERDEN KÖNNEN

Die Revolution wird nicht bei der Vertreibung und Zerschlagung des Systems des Rassismus und der Apartheid stehenbleiben. Die antirassistische agrarrevolutionäre und antiimperialistische

sche Etappe der Revolution ist nötig, um den ausgebeuteten Massen klarzumachen, daß die Ursache von Rassismus und Ausbeutung nicht in der weißen Rasse, sondern in der kapitalisti-

schen Ordnung liegt. Deshalb muß von Anfang an die Propaganda für die Diktatur des Proletariats und für das Endziel den Kommunismus gewährleistet sein!

Appelle an die westdeutschen Imperialisten - Drahtzieher und wesentliche Stütze des Rassistenregimes - sind Appelle an die Henker der Völker Südafrikas !

Die Betriebsleitung von Siemens, Teil des westdeutschen Imperialismus, entließ über 1000 Arbeiter des Siemens-Werkes in Südafrika, um so ihren Beitrag zur Niederschlagung des anwachsenden revolutionären Kampfes der Bevölkerung in Südafrika zu leisten.

Die Arbeiter in Westdeutschland und die Arbeiter in Südafrika, die direkt von westdeutschen Konzernen ausgebaut und unterdrückt werden, stehen unmittelbar **DEMSELBEN FEIND GEGENÜBER**.

Der Zusammenschluß für den Sturz des westdeutschen Imperialismus überhaupt ist gerade auch aus der Sicht der westdeutschen Arbeiter unbedingt nötig. Der großartige revolutionäre Kampf der Arbeiter in Südafrika ist ein unmittelbarer Beitrag zur Schwächung des westdeutschen Imperialismus, zur Erleichterung seines Sturzes durch die proletarische Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Westdeutschland.

Diese Aufgabe steht seit über hundert Jahren:

DIE BLUTIGE SPUR DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS IM SÜDLICHEN AFRIKA

Ungesühnt und bis heute aus dem Bewußtsein des deutschen Spießbürgers verdrängt sind die ungeheuren Verbrechen des deutschen Imperialismus im südlichen Afrika. Die deutsche Kolonialgeschichte begann mit dem betrügerischen Ergrauen von Landgebieten, die 1884 unter die 'Schutzherrschaft' deutscher Kanonenboote und Besatzungstruppen gestellt wurden. Immer häufiger gab es örtlich begrenzte Rebellionen bis es 1904 zum landesweiten bewaffneten Aufstand der Hereros und Namas kam.

In einem erbarmungslosen Vernichtungsfeldzug gegen die Aufständischen schlugen die deutschen 'Schutztruppen' mit überlegenen Waffen, wie Kanonen und Maschinengewehren, die Hereros im August 1904 und vollendeten den Völkermord, indem sie die Überlebenden in die Kalahari-Wüste trieben und verdursten ließen. Von 80 000 Hereros überlebten lediglich 15 000.

AUCH HEUTE: DER FADEN DER BLUTIGEN KOLONIALGESCHICHTE DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS GEGENÜBER AFRIKA IST NICHT ABGESCHNITTEN

Neben der für den westdeutschen Imperialismus wichtigen strategischen Lage Südafrikas, sowie auch der reichhaltigen Rohstoffvorkommen, war Südafrika 1984 der wichtigste Absatzmarkt für westdeutsche Produkte von allen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und erbrachte Exporteinnahmen von insgesamt 6,6 Milliarden DM, wodurch 6000 westdeutsche Unternehmen ihre Profite realisieren konnten. Der westdeutsche Imperialismus ist damit der wichtigste Warenlieferant für Südafrika mit einem Importanteil von 16% (Zahlenangaben nach Statistisches Bundesamt, Außenhandel 1984).

Weiterhin zählen die westdeutschen Imperialisten mit enormen Investitionen in der gesamten Industrie Südafrikas in Höhe von rund 6 Milliarden DM zu den wichtigsten ausländischen Investoren neben den britischen und amerikanischen Imperialisten.

Unter Ausnutzung der guten Beziehungen aus der Zeit der Hitlerfaschisten, mit denen die burischen Nationalisten und Rassisten zusammenarbeiteten, die mit ihrer Partei seit 1948 die Regierung in Südafrika stellen, ist heute mehr oder weniger alles in Südafrika vertreten, was unter dem deutschen Monopolkapital seit je 'Rang und Namen' hat, von AEG, Siemens, Krupp, Thyssen über Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank bis zu Daimler Benz, VW und BMW. Nicht zu vergessen die IG-Farben-Nachfolger Höchst, Bayer und BASF.

Diese mit Kriegsverbrechen beladenen und eine Blutspur hinter sich ziehenden Konzerne beuten heute in mehr als 400 Fabriken und Niederlassungen wieder in deutschem Namen Tausende Arbeiter und Angestellte in Südafrika aus. Ihre traumhaften Umsätze werden auf 10 Milliarden DM jährlich geschätzt. Ihre Profite, die sie durch Zahlung von Hungerlöhnen aus den vorwiegend schwarzen Arbeitern heraussaugen, dürften bei einer Mindestrendite von 15% demnach 1,5 Milliarden DM jährlich betragen (Angaben nach FAZ vom 13.6.85)

SCHUTZ "DEUTSCHER INTERESSEN" IM HEUTIGEN SÜDAFRIKA UND NAMIBIA - GARANTIERT DURCH DEUTSCHES GELD UND DEUTSCHE WAFFEN

Hauptsächlich finanziert durch Staatsanleihen, die von westdeutschen Bankkonzernen gemanagt werden, kann das südafrikanische Rassistenre-

gime sein Polizei- und Militärsystem ausbauen und seine Truppen ausrüsten und verstärken für die Aufrechterhaltung des Kolonialregimes in Namibia gegen die bewaffnet kämpfende Befreiungsbewegung, für die Aufrechterhaltung des Rassistenregimes in Südafrika gegen den Aufstand der schwarzen Volksmassen.

Trotz des Waffenembargos der UNO gegen das Rassistenregime und aller Dementis der Bundesregierung ganz gleich ob unter Brandt, Schmidt oder Kohl hinsichtlich militärischer Zusammenarbeit und Waffenexport via Südafrika, die MILITÄRISCHE UNTERSTÜTZUNG durch die westdeutschen Imperialisten für die Sicherung ihrer Interessen im südlichen Afrika ist vielfältig, langjährig und von großem Umfang.

Erst kürzlich ist die Lieferung von 5 Militärhubschraubern von MBB an die südafrikanische Polizei gemeldet worden, die direkt bei der "Bekämpfung von Unruhen" eingesetzt werden sollen (Frankfurter Rundschau v. 21.6.85)

Auf diese Weise rüstet der westdeutsche Imperialismus das südafrikanische Rassistenregime mit deutschen Waffen und deutschem Geld zu einer waffenstarrenden Festung als gepanzerte Faust zur Durchsetzung seiner vielfältigen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen im südlichen Afrika aus.

DIE DOPPELTAKTIK DER WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN

Es liegt auf der Hand warum die westdeutschen Imperialisten bzw. einzelne ihrer Politiker sich mitunter gegen die Apartheid aussprechen und auch Kontakte zu Befreiungsbewegungen suchen: Die westdeutschen Imperialisten wissen, daß es in ihrem Interesse liegt, 'zwei Eisen im Feuer zu haben', um selbst bei einem möglichen Sturz des Rassistenregimes und der Beendigung des "Apartheidsystems" ihre Einflussphären im südlichen Afrika zu sichern und ausbauen zu können.

Selbstverständlich unterstützt die westdeutsche Bourgeoisie zu diesem Zweck keine wirklich revolutionären Befreiungsorganisationen, sondern nur solche Oppositionsbewegungen, deren Ziele nicht über den für sie annehmbaren Rahmen, der ihre neokolonialistische Expansion sichern muß, hinausgehen und die sich vor den Karren des westdeutschen Finanzkapitals spannen lassen (auch der russische Sozialimperialismus versucht mit dieser Methode über die KP Südafrikas - die offen die sozialimperialistische Aggression gegen die Völker Afghanistan unterstützt/vgl. Erklärung des ZK der SKP vom Januar 1980 - seine imperialistischen Ausbeuterinteressen vorbeugend für den Fall des Sieges der Revolution durchzusetzen).

- o Das ist die diabolische Doppeltaktik der westdeutschen Imperialisten, deren beide

- o Seiten sich gegen den revolutionären Be-
- o freiungskampf der unterjochten Völker im
- o südlichen Afrika, wie überall auf der
- o Welt richten.

**STATT PHRASEN UND APPELLE AN DIE HENKER MÜSSEN WIR FORDERN:
WAFFEN FÜR DIE SCHWARZEN FREIHEITSKÄMPFER !**

Opportunisten und Schwätzer aller Couleur sind sich mal wieder einig, an die Bundesregierung zu appellieren, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Darin besteht ihre großartige 'Solidarität', einer 'Solidarität', die für die eigenen Imperialisten rettet, was noch zu retten ist.

Offensichtlich fürchten die südafrikanischen Faschisten mehr als Appelle solche niederländischen Antiimperialisten, die in den letzten Wochen gejagt wurden, weil sie nicht in Wörtern, sondern in Taten mit dem Internationalismus ernst machen und Waffen zur Unterstützung der Revolution nach Südafrika bringen.

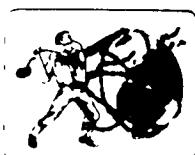
Die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland müssen die gewaltigen Kämpfe der unterdrückten Volksmassen im südlichen Afrika als schweren Schlag gegen die imperialistischen Ausbeuterinteressen des westdeutschen Imperialismus propagieren und als große Hilfe für den eigenen Kampf für die sozialistische Revolution in Westdeutschland durch den gewaltsamen bewaffneten Sturz der westdeutschen Bourgeoisie und Zerschlagung ihres Staatsapparates verstehen. Ohne die Arbeit zur Unterstützung des revolutionären Kampfes der unterdrückten Volksmassen jener Länder, die vom 'eigenen' Imperialismus ausgebaut und unterjocht werden, ist an eine wirkliche Vorbereitung der proletarischen Revolution in Westdeutschland nicht zu denken!

Die Partei, "...die in Worten Feind des Imperialismus ist, in Wirklichkeit jedoch in 'ihren' Kolonien keinen revolutionären Kampf zum Sturz 'ihrer' Bourgeoisie führt, die überall bereits begonnene revolutionäre Arbeit in den Kolonien nicht systematisch unterstützt, dorthin keine Waffen und keine Schriften für die revolutionären Parteien in den Kolonien bringt, ist eine Partei von Lumpen und Verratern." (Lenin Werke, Band 29, S.497)

AUGUST 1985

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERJOCHTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands



Das nachstehend abgedruckte Flugblatt verteilte die MLPÖ anlässlich Bothas "Besuch" im Juni 1984 in Wien.

Ein weiterer Beitrag zu "Demokratie", "Humanismus" und "Menschenrechten":

"SOZIALISTISCHER" BUNDESKANZLER SINOWATZ EMPFÄNGT RASSISTENHÄUPTLING !

ZUSAMMENROTTUNG SUDAFRIKANISCHER RASSISTEN"BOTSCHAFTER" UNTER DEN FITTICHEN DER "FREIHEITLICH-SOZIALISTISCHEN" BUNDESREGIERUNG !

TOD DEM SUDAFRIKANISCHEN RASSISTEN-REGIME !

TOD DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS !

Wie oft haben die Patentdemokraten vom Ballhausplatz schon das Apartheits-Regime in Südafrika "verurteilt", zu wie vielen Resolutionen der UNO gegen die Apartheid haben sie schon ihre Zustimmung gegeben ?! - Nun heißen sie den "Ministerpräsidenten" eben jenes Rassisten-Regimes willkommen !

Der "Besuch" des Rassistenpräsidenten und das Stelldichein eines ganzen Haufens südafrikanischer "Botschafter" in Wien zeigt einmal mehr, was von dem ganzen Geschwätz von "Humanismus" und "Menschenrechten" wirklich zu halten ist: Es ist durch und durch verlogen und dient lediglich zur demagogischen Bemantelung der imperialistischen Politik der Sachwalter des österreichischen Finanzkapitals !

- In Wahrheit ist das Handeln der österreichischen Imperialisten - wie das aller Imperialisten - nur von einem Grundprinzip bestimmt: dem Streben nach Maximalprofit, der unersättlichen Gier, nicht nur aus der eigenen Arbeiterklasse und den werktätigen Massen des eigenen Landes, sondern auch aus den unterjochten Völkern der Welt und den arbeitenden Massen anderer Länder ein Maximum an Profit herauszupressen.

Der Profit steht über allem und es ist so, wie Karl Marx über die Profitgier des Kapitals anführt. "für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert". ("Das Kapital", Marx-Engels-Werke Band 23, S.788). Der österreichischen Bourgeoisie ist es ganz egal, wieviel Blut an jedem ihres "verdienten" Schillings klebt denn sie kennt nur eine Moral: die Moral der Profitmaximierung. Aus der Sicht einer Klasse, die nicht existieren kann, ohne täglich die eigene Arbeiterklasse auszupressen und den Völkern das Blut aus den Adern zu saugen, also eine ganz klare Sache: Der blutbesudelte südafrikanische Rassistenhauptling muß empfangen werden, wenn sich sein "Besuch" direkt oder indirekt in klingende Münze verwandeln läßt !

Daß der Botha-Besuch von "besorgtem" Phrasengeklingel über das Schicksal der "Menschenrechte" in Südafrika begleitet wird, ist äußerst zynisch. Die österreichischen Imperialisten selbst sind es, die vom Bestehen des südafrikanischen Rassisten-Regimes hervorragend profitieren und sich vom Blut und vom Schweiß der geknechteten Völker Südafrikas mästen. Ihr innigster Wunsch ist, daß dieses Ausbeutungsparadies, in dem es für die als "Menschen zweiter Klasse" behandelten schwarzen Massen kein Streikrecht, keine Versammlungs- und Organisationsfreiheit gibt und in deren Ohren allein schon der Begriff "Menschenrechte" wie böser Hohn klingt, auf ewige Zeiten erhalten bleibt. Ihnen geht es tatsächlich nur darum, daß die Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen, besonders der völlig rechtlosen schwarzen Völker, reibungslos und effektiv gewährleistet ist.

Wenn sich diese "Menschenrechts"-Pharisäer bisweilen dennoch gegen das Apartheits-Regime in Südafrika aussprechen, dann nur aus einem Grund: Sie fürchten, daß eine solch "überholte" und sonst nirgends mehr auf der Welt bestehende Form menschlicher Erniedrigung, wie sie das Apartheidssystem in Südafrika darstellt, auf die Dauer nicht geeignet ist, die unterjochten schwarzen Völker Südafrikas niederzuhalten. Ihrer Meinung nach dienen "differenziertere" Herrschaftsmethoden, darunter eine "Modernisierung" des Apartheits-Regimes, auf längere Sicht besser der "gemeinsamen Sache" der österreichischen Imperialisten und der südafrikanischen Rassisten.

Nur scheinbar im Widerspruch dazu steht, daß sich die Sachwalter des österreichischen Finanzkapitals zugleich als "Freunde der Befreiungsbewegungen" im südlichen Afrika aufspielen, Kontakte zu Oppositionsparteien und Organisationen knüpfen und pflegen, die gegen das gegenwärtige Apartheits-Regime kämpfen. Das ist nur die zweite Seite ein und derselben Medaille.

Diese scheinbar so "zwiespältige" Haltung wird tatsächlich ebenfalls von den imperialistischen Profitinteressen des österreichischen Finanzkapitals diktiert. Die österreichischen Imperialisten wissen, daß es angesichts der "unsicheren Lage" im südlichen Afrika in ihrem Interesse liegt, zwei Eisen ins Feuer zu halten, um unter allen Umständen ihre Einflußphären für Kapitalexport, Absatzmärkte und Rohstoffgewinnung sichern und erhalten zu können. Selbstverständlich unterstützen sie zu diesem Zweck von vornherein keine wirklich revolutionären Befreiungsorganisationen, sondern nur solche Oppositionsbewegungen, deren Ziele nicht über den für die österreichischen Imperialisten annehmbaren Rahmen hinausgehen und sich vor den schmutzigen Karren des österreichischen Finanzkapitals spannen lassen.

- Das ist die diabolische Doppeltaktik der österreichischen Imperialisten, deren beide Seiten sich gegen den revolutionären Befreiungskampf der unterjochten schwarzen Völker im südlichen Afrika und überall auf der Welt richten !

Die Veranstalter der Demonstration "Nein zum Botha-Besuch - Boykott der Apartheid !" unterstützen im Grunde diese reaktionäre Doppeltaktik ! Denn erstens vertuschen sie vollkommen die imperialistische Politik des österreichischen Monopolkapitals und zweitens sind sie gegen die revolutionäre Zerschlagung des südafrikanischen Rassisten-Regimes. Wenn die reaktionären SPÖ-"Sozialisten", KPÖ-Revisionisten, GRM-Trotzkisten und andere in ihrem gemeinsamen Flugblatt schreiben: "Apartheid ist nicht reformierbar, - s o l a n g e . . .", so erwecken sie demagogisch den Anschein, als ob irgendeine "Reform" des verdamten Apartheid-Regimes für die schwarzen Völker Südafrikas ein Ausweg sei. Eine "Reform" des Apartheid-Regimes ist aber höchstens für die südafrikanischen Rassisten und die mit ihnen im Bunde stehenden Imperialisten ein zeitweiliger "Ausweg", um die Grundsäulen ihres Ausbeutersystems vor dem Ansturm der bis auf die Knochen geschundenen und gemarterten schwarzen Völker des südlichen Afrikas zu retten !

Die bestialisch unterdrückten schwarzen Völker im südlichen Afrika, die sich immer wieder zur bewaffneten Rebellion gegen ihre weißen rassistischen Unterdrücker erhoben haben, werden sich auch mit einer "reformierten" Form dieser Ausgeburt des internationalen Imperialismus nicht abfinden. Unter Führung ihres Proletariats, mit wirklichen Marxisten-Leninisten an der Spitze, werden sie in der REVOLUTION, im REVOLUTIONAREN BEFREIUNGSKRIEG die völkerversklavende und mordende Hydra, die den Süden Afrikas umschlungen hält, restlos zerschmettern.

Vertrieb für INTERNATIONALE LITERATUR

ÖFFNUNGSZEIT:
SA. 10-14 Uhr

BRUNHILDSTR. 5,1 WESTBERLIN 62, U 7, BUS 48 84 83 75

- Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin, in den Sprachen:

Deutsch	Farsi	Englisch	Italienisch
Türkisch	Spanisch	Französisch	

- Schriften des Kommunismus, Komintern, teilweise in verschiedenen Sprachen



teilweise in verschiedenen Sprachen

- Veröffentlichungen von:



- Anteil imperialistische und antifaschistische Veröffentlichungen, ihs. über den westdeutschen Imperialismus